

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 M., monatl. 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle  
 ober deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen  
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Amt I, Nr. 1506.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 9. Dezember 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die Scheucher.

Der „Vorwärts“ hat sich den Unwillen aller bewährten Patrioten zugezogen, seitdem er einige, für die uferlosen Flottenpläne agitierenden Professoren die „wissenschaftliche Leibgarde Schweinburgs“ genannt hat. Wie könne man, so schreiben die sittlich Entarteten, untadelhafte Ehrenmänner in einem Atem mit einem Individuum nennen, von dem die ganze anständige Presse ausnahmslos immer weiter abtrüde!

Da die sittliche Entrüstung für die bürgerliche Heuschrecke ein Konsumartikel ist, dessen sie jeden Tag bedarf, so sind wir nicht so unbillig, ihr den Häßel zu verkürzen, den sie sich auf unsere Kosten schneidet. Mag sie sich also über uns entrüsten, so viel sie will! Was ihr aber nicht ungekräft hingehen darf, das ist der politische Gumbug, der dabei auf Kosten der Steuerzahler getrieben werden soll, und da es in der deutschen Spießbürgerwelt nur allzu viele derer giebt, die nicht alle werden, mit einigem Erfolge getrieben werden kann.

Unsere Leser werden Gustav Freytags Roman „Soll und Haben“ kennen, den in seiner Art ganz netten Musterroman des bürgerlichen Schachers. Darin trachtet der Bücherer Ehrenthal nach dem Gute des Freiherrn v. Rothfattel. Um den geldbedürftigen Freiherrn zu fixieren, erscheint bei ihm zuerst ein Wucherer untersten Kalibers, ein gewisser Pinfus, der Inhaber einer Diebeshöhle und Schnapsbrennerei, der dem Opfer allerlei halbabschneiderische Vorschläge macht. Der Freiherr zieht nun bei Ehrenthal nähere Erkundigungen ein und erhält die dringenden Warnungen: Pinfus ist ein kleiner Mann, ein schlechter Mann; nehmen Sie einen soliden Geschäftsmann, Herr Baron, wie mich. Der Freiherr fällt zu seinem Schaden darauf hinein, wenn auch nicht zum Gewinn Ehrenthals. Denn wie dieser über Pinfus, so steht über ihm der Wucherer Jzig, der beim Freiherrn wirklich den Hals abschneidet und seinem Werkzeuge Ehrenthal die ehrenvolle Erwähnung widmet: Es ist ein großes, ein wichtiges Geschäft, wo der Ehrenthal macht den Scheucher!

Man braucht diese Romanfabel nur aus dem Privaten ins Politische zu übersetzen, und man sieht mitten in der gegenwärtigen Agitation für die uferlosen Flottenpläne. Pinfus-Schweinburg hat in seiner dummpfiffigen Schnapsbrennerei-Manier das Geheimnis verraten, wie und zu welchen Zwecken der Freiherr v. Rothfattel, will sagen der Steuerzahler, über den Löffel darbiert werden soll. Nun arbeiten die Scheucher Ehrenthal-Wagner und wie sie sonst heißen, lauter Männer in weißen Westen und mit untadelhaften Wäschenpapieren; sie schreiben in ihren Flottenvorträgen: Pinfus ist ein kleiner Mann, ein schlechter Mann; hört nicht auf ihn, sondern auf uns, die Vertreter der „deutschen Wissenschaft“, die auch sagen können, wo Barthel den Post holt. Und ohne sonst in die Geheimnisse des Kastanienwäldchens eingeweiht zu sein, so sehen wir doch, wie sich Jzig-Niquel vergnügt die Hände reibt: Es ist ein großes, ein wichtiges Geschäft, wo die „deutsche Wissenschaft“ macht den Scheucher! Aber das geschichtliche Huhn kann sich heilig darauf verlassen: Läst es sich fangen, so wird es genau so geschlachtet werden, wie Pinfus-Schweinburg in seiner läppisch-schlauen Manier verraten hat.

Mit andern Worten: Die professorale Hez gegen Schweinburg ist ein politischer Gumbug der allergrößten Art, der den Steuerzahlern nicht laut genug denunziert werden kann. Wir zweifeln durchaus nicht daran, daß die Herren Wagner und Genossen sich in gutem Glauben über Schweinburg erhaben dünken, und wir bestreiten nicht einmal, daß ihre bürgerliche Ehrbarkeit dazu alles Recht hat. Aber man gebe doch endlich einmal den kläglichen Philisterstandpunkt auf, der in der Politik an weiße Westen und an Professoren-Titel glaubt! Pinfus-Schweinburg weiß, was die große Industrie will; er weiß, was Herr Niquel will; er weiß vernünftig auch, was noch andere Leute wollen, und er hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, was ihm alle Steuerzahler danken sollten. Nun kommen die Flottenschwärmenden Professoren, die, nach ihrer eigenen Angabe von reiner Begeisterung getrieben, weder wissen, was die große Industrie will, noch was Herr Niquel will, noch was andere Leute wollen, aber gleichwohl mit aller Kraft ihrer Lungen das von Pinfus-Schweinburg angezündete Lichtlein ausblasen möchten. Man begreift, daß dieser Treßliche sich nach einigem scheinbarem Widerstande mit vergnügtem Schnitzeln in den Hintergrund zurückgezogen hat, vor einem heldenhaften Ansturm, der ihm und seinen Hintermännern so trefflich in die Hände spielt.

Moral hin und Moral her! Wir bezogen allen Flottenschwärmenden Professoren mit Vergnügen, daß wir sie für gänzlich unfähig halten, süßerne Löffel zu fesseln, oder solche Trinzgelde anzunehmen, wie die sind, die Pinfus-Schweinburg aufschneit. Wir würden sie sogar dadurch zu beleidigen glauben, daß wir diese Meinung überhaupt erst aussprechen, wenn sie nur selbst nicht bei jedem noch so gerechtfertigten Angriff auf ihre reaktionären Quertreibereien sich als die persönlich beleidigten Ehrenmänner aufzuspielen beliesten. Sie mögen Philosophen des Unbewußten sein, indem sie in der Flottenagitation die Rolle der Scheucher übernommen haben, aber deshalb dürfen die Steuerzahler nicht zu Opfern dieser Verur werden. Der Beruf der Professoren ist gewiß ein so ehrenwerter Beruf, wie jeder andere bürgerliche Beruf auch, aber er unterscheidet sich von anderen Berufen zu seinem Nachteil darin, daß er mit einer erstaunlichen politischen Kurzsichtigkeit gezeichnet ist und die dreiste Annahme besitzt, diese Kurzsichtigkeit als „Wissenschaft“ oder gar als „deutsche Wissenschaft“ aufzuspielen. Man nenne uns irgend einen noch so infamen Streich, den die Reaktion in diesem Jahrhundert vollführt hat — früherer Jahrhunderte ganz zu geschweigen —, und wir machen uns mit Vergnügen anheißig, mindestens ein Dutzend und gewöhnlich ein Hundert Professoren belagungen, die diesen Streich im Namen der „Wissenschaft“ gequert haben. Gerade das höchste Geispenf der

Ueberdöckerung, das gegenwärtig von den Professoren für die uferlosen Flottenpläne ins Gefecht geführt wird, ist schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts unzählige Male gemißbraucht worden, um die armen Klassen der Bevölkerung auszubeuten, zu mißhandeln und zu unterdrücken.

Aber weshalb in die Vergangenheit schweifen? Das Gute oder in diesem Falle Lehrreiche liegt ja so nahe in der Gegenwart. Sehen wir uns doch die Häupter der professoralen Flottenschwärmerei ein wenig näher an! Da ist Herr Adolf Wagner, der in den Tagen des Socialistengesetzes Arm in Arm mit dem Hofprediger Stöder die Juden- und Sozialistenjagd betrieb und daneben mit Bismarcks fiskalischem Tabaksmopol als mit dem „Patrimonium der Enterbten“ haufierte. Da ist Herr Gustav Schmolzer, der, als das Socialistengesetz schon mitten in seinem moralischen und politischen Bankrott war, ihm noch einmal aufhelfen wollte durch den menschenfreundlichen Vorschlag, die socialdemokratischen „Führer“ in die afrikanischen Fieberkolonien zu verbannen. Da ist Herr Hans Delbrück, einer der drei Reichstags-Abgeordneten, die für Bismarcks Schnapsmonopol stimmten, das dem deutschen Volke in einer sogar für die preussischen Junker unannehmbaren Weise die Haut über die Ohren ziehen wollte. Noch sind nicht zehn Jahre verfloßen, seitdem sich diese Herren in einem so extrem reaktionären Treiben gefielen, und heute dürfen sie sich in dem Flottenrummel als die Führer der Nation aufspielen und im Namen der „Wissenschaft“ einen kolossalen Beutezug auf die Taschen des Volkes legen. Ihnen ist daraus gewiß kein Wortwurf zu machen; sie sind dieselben, die sie vor zehn Jahren waren, und wenn ihre Flottenagitation gelingt, wird Herr Wagner sein Tabak, wie Herr Delbrück sein Schnapsmonopol haben; das ist ja alles ganz richtig. Wundern muß man sich nur, daß der Gesundheitsfaden des deutschen Reichs so gar kein Ende zu haben scheint.

Die Arbeiter freilich haben den gebührenden Respekt vor den Gelehrten, die ihnen diese Danaer bringen. Mit dem Tabak- und dem Schnapsmonopol eine Flotte erbauen, die neue Fieberpest „erobert“, wo den Vorlämpfern der Arbeiterbewegung je nach Umständen ein noch schnellerer Tod blühen kann, als in Kamerun und Togo; dieses Ideal Wagner-Schmolzer-Delbrückscher Politik könnte ihnen gerade passen. Und bei aller schuldigen Hochachtung vor den Trägern der patentierten Wissenschaft werden sie sich nicht von dem professoralen Geträtsch verführen lassen, durch das sie von den aufrichtigen, wenn auch abschreckenden Bekenntnissen des ehrlichen, wenn auch unfauberen märrischen Seemanns Schweinburg aus fiskalische Messer geschweicht werden sollen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember.

#### Dankenswerte Offenheit.

In der Rede, die Bebel Dienstag im zweiten Berliner Wahlverein gehalten hat, findet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß unser Genosse mit dankenswerter Offenheit die nächsten Zielpunkte der socialistischen Bewegung skizziert habe und damit die vorläufigen Etappen verraten habe, deren baldige Erreichung die Socialdemokratie von einer weiteren Stärkung ihrer politischen Machtmittel erwartet.

Wenn das Erstaunen der „Norddeutsche“ über die Bebel'schen Ausführungen echt ist, so würde es beweisen, daß der Eigentümer dieses offiziellen Erstaunens niemals in seinem Leben das Programm der socialdemokratischen Partei zu Gesicht bekommen hat. Sonst würde er sich doch über die einfache Erläuterung des Programms nicht wie über eine ganz neue, unerhörte Enthüllung wundern.

Interessant aber ist es, daß die „Norddeutsche“, entgegen der Ansicht Bebel's, ganz genau wissen will, daß sich eine solche Revolutionierung niemals auf friedlichem Wege vollziehen könne. Da wir diesen Weg wünschen und erstreben, so giebt die „Norddeutsche“ wieder einmal mit dankenswerter Offenheit die Anschauung ihrer Klasse wieder, die jeder friedlichen Neuordnung der Gesellschaft sich mit brutaler Gewalt widersetzen werde. An sich ist natürlich auch eine Expropriation auf friedlichem Wege denkbar, wie eben erst Pobjednik und der Reichstag gelehrt hat. Die herrschende Klasse aber will, so verkündet die „Norddeutsche“, keinen gesetzlich-friedlichen Weg. Sie, und nur sie, will den Umsturz.

Das ist in der That eine dankenswerte Offenheit, obwohl sie uns nicht überrascht, da die Socialdemokratie mit diesen Begierden ihrer Gegner seit Anfang an gerechnet hat.

#### Flottenschwärmendes Unternehmertum.

Es wird uns geschrieben:  
 Ein im Racine-Etat für 1900 noch wenig beachteter Umstand ist die Thatfache, daß beim Vergleich der Kostenanschläge für die noch Mahgabe des vorjährigen Flottengesetzes die Anschlagssumme für Linienschiffe sich von 14 250 000 M. auf 16 650 000 M., für große Kreuzer von 11 600 000 auf 13 900 000 M., für kleine Kreuzer von 3 350 000 auf 3 940 000 M. nach den Verdigungsergebnissen sich erhöht.

Diese beträchtliche Erhöhung der Schiffsolonen ist fast ausschließlich in der außerordentlichen Steigerung der Materialpreise, womit die Werften ihre Preisforderung begründen, zu suchen.

Die gewaltige Preissteigerung der letzten Jahre in der Eisen- und Metallindustrie wirkt also den in Frage kommenden Industriellen — in erster Linie der Montan-, in zweiter Linie der Kohlenindustrie — bei einem einzigen Schiffe die extra „verdiente“ Summe von 2 400 000 M. resp. 2 300 000 M. resp. 500 000 M. usw. in den

Schoß. Der Flottenpatriotismus dieser Herren Industriellen ist also ein sehr, sehr einträgliches Geschäft geworden und man versteht es, weshalb in erster Linie die Eisen- und Kohlenbarone mit warmen Herzen der Flottenvermehrung das Wort reden. Und nicht nur diese rheinisch-westfälischen oder schlesischen Schlotjunker ziehen ihren Nutzen, auch die großen Maschinenfabriken, die elektrische Industrie und nicht zu vergessen die Werkbesitzer selber, sie alle haben ihren Anteil an diesen Reheflosen der deutschen Kriegsschiffe.

Gewiß wird man auch die „hohen“ und gegen das Vorjahr „erhöhten“ Löhne der Arbeiter mit ins Feld führen wollen.

Mit wie wenig Ursache dieses möglich wäre, zeigen die von den Unternehmern selbst in ihren Verussagenossenschaften angegebenen Durchschnittslöhne. Dieselben bestanden sich für 1898 in der Süd-Westdeutschen Eisen-Verussagenossenschaft . . . auf 944 M. Schlesienschen Eisen- und Stahl-Verussagenossenschaft . . . 703 „ Nordöstlichen . . . 948 „ Nordwestlichen . . . 933 „ Sächs. Thür. . . 1000 „ Rheinisch-Westf. Hütten- u. Walzwerk . . . 1158 „ Süddeutschen Eisen- und Stahl . . . 909 „

Da die Löhne über 4 M. mit nur einem Drittel in Anrechnung gebracht sind, mögen sich in Wirklichkeit die Zahlen noch um ein Minimum höher stellen, das ändert jedoch nichts an der Thatfache, daß die Löhne in den letzten Jahren nur um je etwa 1 1/2 Proz. sich verbessert haben. Dieser Lohnsteigerung steht also eine Steigerung der Schiffsolonen um ca. 11 3/4 Proz. gegenüber. Man sieht also, die deutschen Industriellen verstehen es meisterhaft, das sich ihnen gebotene Ausbeutungsfeld nach allen Regeln der Kunst abzubauen. So vereinigen sich glühender Patriotismus und warme Fürsorge für den eigenen Geldbeutel.

### Deutsches Reich.

#### Die Rechtfertigung Hohenlohes

gegen den Vorwurf, daß er, beleidigend für Preußen, sein dem Reichstag verändertes Wort gehalten habe, unternimmt — Schweinburg in den „Berliner Politischen Nachrichten“. Er versichert, Hohenlohe habe die Erklärung nicht nur als Reichslanzler, sondern auch als preussischer Ministerpräsident abgegeben. Man müsse erkennen, daß es sich bei der Erklärung der an sich praktisch wenig bedeutenden Streiffrage im Sinne der Erklärung des Fürsten Reichslanzlers vom 6. d. M. um nichts anderes handelt, als um die Wahrung wichtiger Rücksichten der Reichspolitik, durch welche die preussischen Interessen weder in dem einen, noch in dem anderen Sinne berührt werden, daß daher nicht der mindeste Anlaß dazu vorliegt, den Herrn Reichslanzler persönlich anzugreifen oder von inneren Streitigkeiten zwischen den Regierungen im Reich zu reden.

Daneben läßt die „Kreuz-Zeitung“ andauernd die heiligsten Hüter Preußens zu wahren. Die preussische Staatsregierung habe die Reichsgesetzgebung demütigt, um ohne Mitwirkung des preussischen Landtages eine landesgesetzliche Vorrichtung zu beseitigen, deren unbedingte Beseitigung jedenfalls ihr selbst vor zwei Jahren bedenklich erschienen ist und auch jetzt vom Herrenhause möglicherweise nicht genehmigt werden würde. Ein solches Verfahren bedeute einen empfindlichen Mangel an Rücksicht gegen das — Herrenhaus und zugleich einen gewaltigen Erfolg der Demokratie. Die „Kreuz-Zeitung“ richtet dann die schneidige Frage an die Regierung:

„ob aus der Erklärung des Reichslanzlers zu entnehmen ist, daß die Regierung auf die Belämpfung der Auswüchse, die in untermen Vereinen und Versammlungswesen in immer widerwärtigerem Maße zu Tage getreten sind, endgültig verzichtet hat. Wir sind nicht verzweifelt genug, um das anzunehmen, sondern hoffen, daß auch jetzt noch die Regierung entschlossen ist, den Umsturz mit aller Macht zu bekämpfen. Daß sie hierbei auf die Hilfe des Reichstages nicht rechnen kann, ist wohl ohne weiteres klar. Sie wird es deshalb nochmals mit der Landesgesetzgebung versuchen müssen.“

Diese scharfen Angriffe der konservativen Presse gegen die Regierung erklären sich daraus, daß man erfahren hat, der Kanalplan sei keineswegs aufgegeben. Darum macht man scharf gegen den für solche Fälle immer willkommenen Umsturz, um den Zorn von den Kanalrebellien abzulenken.

Die Konservativen sind deshalb in einer besonders fatalen Lage, weil das neue Stedenpferd der Regierung, die Flotte, für die Rücksichten des Junkertums wenig geeignet ist. Ein Flottenkonflikt bringt den Agrariern keine günstige Wahlparole, da die Landbevölkerung durchweg flottenfeindlich ist. Ihr sind die Röhne ebenso zuwider wie der Kanal. Deshalb muß der Umsturz ausbleiben.

**Preußen gegen Deutschland.** Die neueste Botschaft des amerikanischen Präsidenten hat in der deutschen Presse bei weitem nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient. Kamentlich die konservative Presse befreitigt sich einer außerordentlichen Zurückhaltung, was umso auffälliger ist, als sie sonst jede Gelegenheit ergreift, um an den Vereinigten Staaten ihr Mitleiden zu lählen und Material zur Entzündung eines Zollkrieges zusammenzutragen. Diese auffällige Zurückhaltung erklärt sich aus dem Inhalt der Botschaft, der sich sehr scharf gegen die von den Konservativen befolgte Wirtschaftspolitik richtet. Die Botschaft betont nämlich in warmen Worten die guten Beziehungen der großen transatlantischen Regierung zu dem Deutschen Reich, spricht aber zu gleicher Zeit Bedauern aus, daß „einige deutsche Regierungen“ der Einfuhr amerikanischer „zu menschlicher Nahrung dienender Erzeugnisse“ Hindernisse in den Weg legen.

„Einige deutsche Regierungen“ ist eine euphemistische Umschreibung für Preußen, denn wenn auch „einige“ andere „deutsche Regierungen“ sich an dem Feldzuge gegen den Willen des deutschen Volkes beteiligt haben, so ist dies doch unter dem Druck von Preußen geschehen.

Und Preußen, d. h. die preussische Regierung wiederum, sie hat auch unter Druck gehandelt — und zwar unter dem Druck der

preussischen Junker, die ihren persönlichen Einfluß am Hofe und ihre politische Macht ausnützen, um sich durch künstliche Verteuerung des Brotes und Fleisches die Taschen auf Kosten der arbeitenden Klassen zu füllen.

Sie haben schon oft darauf hingewiesen, daß die unerfüllte Gabel der preussischen Junker unsere Beziehungen zu dem Auslande trübt, ja gefährdet. Die Vorkraft des Präsidenten bestreitet auf das eifrigste die Wichtigkeit unserer Anstalt.

Und wenn die Mitteilung eines Heftigen Blattes begründet ist, daß der Staatssekretär des Reiches, Herr v. Bülow, dem Präsidenten Mac Kinley gegenüber seine Freude über den freundlichen Ton der Volkshaus und zugleich die Hoffnung ausgedrückt habe, daß die Reciprocitäts-Verhandlungen zwischen beiden Staaten, beiderseits in freundschaftlichem Geiste zu einem guten Ende geführt werden mögen, dann können wir uns auf eine konservativ-agrarische Hay gegen Bülow gefaßt machen, die alle bisherigen Bülow-Geigen in Schatten stellt.

**Nachdrücklich und maßvoll.** Jedes Nachfolger, der Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, hat den ihm angebotenen Ehrenvorsitz des Vereinigen Vereins für Gemeinwohl mit folgendem Schreiben angenommen:

„Mit herzlichster Freude und aufrichtigem Danke nehme ich den Ehrenvorsitz an. Wie mich dies Amt an gemeinsame Arbeit in vergangenen schönen Zeiten erinnert, so bindet es zugleich ein neues Band in dem Bestreben, unter nachdrücklicher Abwehr aller auf den Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Agitationen einer maßvollen Socialpolitik mit besonderer Berücksichtigung der minder Bemittelten Klassen zu dienen.“

Daß die Socialpolitik Rheinabens maßvoll, sehr maßvoll sein wird, glauben wir ohne weiteres. Dagegen wissen wir, daß die Abwehr des „Umsturzes“, so nachdrücklich sie geplant sein mag, ergebnislos bleiben muß. Jedenfalls sehen wir, daß wir dem Herrn v. d. Rede nicht nachzutrueren brauchen. Er hat vollen Erfolg gefunden.

**Die Prügelstrafe gegen Landräte** soll der „Vorwärts“ empfohlen haben durch die gestrige Notiz über die Prügelstrafe der „Deutschen Tageszeitung“ und den Hinweis auf den chinesischen Brauch, unbotmäßige Beamte mit Stockprügeln zum Gehorsam zurückzuführen. Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt dazu mit einer ehrbaren Dummheit, die fast rührend wirkt:

„Damit beweist das Blatt wieder einmal, daß es nicht im Stande ist, eine wirklich unabhängige und charaktervolle Besinnung selbst abhängiger Beamten zu begreifen, geschweige denn zu wahren, und man wird wissen, was man fernherhin von seinen fortwährenden Tiraden über die charakterlosesten socialdemokratischen Mannesgeister zu halten hat. Mit solchen Auslassungen stellt sich der „Vorwärts“ auf die Bildungs- und Gesinnungsebene der niedrigsten freistimmigen Presse.“

Man möchte wirklich manchmal wünschen, es gäbe so etwas wie einen Befähigungsnachweis für Redacteure.

Damit der „Kreuz-Zeitung“ Mann aber von seinem geistigen Ohnmachtstand sich erholen kann, erinnern wir ihn zur Heilung daran, daß kein Blatt sich schärfer gegen die verfassungswidrige Maßregelung ausgesprochen hat, als der „Vorwärts“.

**Zum Regierungspräsidenten in Bromberg** wurde der vortragende Rat im Landwirtschaftsministerium und konservatives Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses Conrad ernannt. Hoffentlich hat er doch brav für den Kanal gestimmt!

**Flottenbegeisterung von Volkseigenen.** In Weick hat die Polizeiverwaltung J. A. Schreiber eine Bekanntmachung erlassen, in der sie zur Gründung einer Filiale des Schwabensburger Flottenvereins mit folgenden Argumenten auffordert:

„Der Deutsche Flottenverein verfolgt neben anderem den Zweck, das Verständnis und das Interesse des deutschen Volkes für die Bedeutung und die Aufgaben der Flotte zu wecken, zu stärken und zu pflegen und für die Angehörigen der deutschen Flotte da fürsorgend einzutreten, wo die Gesetzgebung und die Verwaltung des Reiches eine ausreichende Fürsorge nicht gewähren können.“

Mitglied des Deutschen Flottenvereins kann jeder zu Kaiser und Reich stehende großjährige deutsche Reichsangehörige werden, welcher sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und dispositionsfähig ist.

Im Interesse der echt patriotischen Sache darf ich wohl um ein recht zahlreiches Erscheinen bitten. Nehmt nur noch die Ankündigung zwangsvoller Vorführung und von Geldstrafen für die Widerstrebenden.

**Noch ein Mittel gegen den Umsturz.** Das neueste Heilmittel gegen die Socialdemokratie hat die „Konservative Korrespondenz“ erfunden; es besteht — man erschrecke nicht — in dem Schutze — höherer Privat-Mädchenschulen:

„Man schicke die tüchtigen, gut geleiteten höheren Privat-Mädchenschulen, denn Berlins beste Kreise bedürfen ihrer; unsere heutige Zeit braucht Stätten, wo der Entfaltung der individuellen Kraft der Weg geebnet wird, denn nur individuell ausgebildete, starke Persönlichkeiten können den Kampf führen gegen den niederen, alles einbreitenden socialistischen Geist; zu diesem Kampf ist aber auch die deutsche Frau berufen, sei es in der Öffentlichkeit, sei es in der Familie.“

Also ist es uns beschieden, an den höheren Töchterschulen und der höheren Lächer, auch deutsche Frau genannt, endgültig zu sterben, obwohl unsere Romandichter die verkehrteste Meinung haben, die höheren Töchter manchmal mit leidenschaftlicher Liebe zu socialdemokratischen Volkshäuptern anzustarren. Doch sind die richtigen Agrarier auch viel konsequenter und meinen, daß die deutsche Frau, damit sie sich nicht „überspannte Ideen“ aneigne, überhaupt keiner höheren Bildung ausgesetzt werden dürfe.

Jedenfalls wird uns nun nichts anderes übrig bleiben, als einen Verzweiflungskampf gegen jene Institute zu eröffnen.

**Bremen, 6. Dezember.** (Fig. Ver.) Die Bürgerschaft hatte heute über einen Millionenpumpen zu entscheiden, den der Norddeutsche Lloyd beim bremischen Staate anlegen will. Das Reichs-Marineamt hat mit dem Lloyd ein Abkommen getroffen, demzufolge erstere auf das Mitspracherecht des großen Crocoders in Bremerhaven verzichtet, wofür der Lloyd den seiner Zeit zum Dothan bewilligten Reichszuschuß in Höhe von 1,7 Millionen Mark zurückzahlen soll. Der bremische Senat, des Lloyds allzeit getreuer Diener, beantragte nun, daß der bremische Staat dem Lloyd die Summe zahlen soll und zwar gegen 3 1/2 Proz. Zinsen und Abzahlung der Summe bis zum Ablauf der Dothanfrist. Gleichzeitig wurde beantragt — alles dringlich — die Pachtfrist, die sich auf 25 Jahre beläuft, um weitere 15 Jahre zu verlängern.

Gegen diese Vorlage wandten sich unsere Genossen in der Bürgerschaft, weil sie eine schroffe Bevorzugung des Lloyd darstellt, der so wie so das Dothanmonopol gegen eine für den Staat durchaus unvorteilhafte Verzinsung (3 1/2 Proz.) in Händen hält. Genosse Blome beantragte die Zurückweisung der Senatsvorlage. Der Antrag wurde von den Liberalen einfach unter den Tisch geworfen. Genosse Blome beantragte weiterhin die Auslegung der Beschlußfassung über die Vorlage des Senats, bis der Senat seine Vorlage durch eine Bestimmung ergänzt hat, durch welche die unzureichende Verzinsung des vom bremischen Staate zum Bau des Kaiserdocks aufgewandten Kapitals zu Gunsten der Staatsfinanzen erhöht wird, sowie die Einsetzung einer Kommission, welche über die Erhöhung des vom Lloyd zu entrichtenden Zinsfußes zu beraten und Vorschläge zu machen hat.

Auch diesen Antrag verwarfen die Liberalen, ohne ihn zur Debatte kommen zu lassen. Die Bürgerschaft nahm alsdann die Senatsvorlage an. Vor der Reberschaft des Lloyd kriechen die gesamten bremischen Liberalen auf dem Bauch.

**Aus Schwarzburg-Rudolstadt.** Der Landtag nahm in erster Lesung das Lehrerbefoldungs-Gesetz an und zwar nicht in der seitens der Regierung eingebrachten Fassung, sondern nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses. Damit erst tritt Schwarzburg-Rudolstadt eigentl. in die Reihe der „Stulturstaaten“, da bisher hier das Anfangsgehalt eines Gendarmen wohl 1200 M., das Anfangsgehalt eines Lehrers auf dem Lande aber 850, im Provinzialort nur 750 M. betrug! Jetzt beträgt das Grundgehalt in den beiden Residenzen 1200 M., in den übrigen Orten des Landes 1000 M., dazu kommen Alterszulagen und Meritentschädigungen, die ebenfalls erhöht worden sind, so daß jetzt die Lage der Lehrer wenigstens etwas erträglicher ist.

**Dresden, 8. Dezember.** (Landtag.) Die Zweite Kammer verhandelte über den Gesetzentwurf eines allgemeinen Baugesetzes für das Königreich Sachsen. Es sind zwar in dem Regierungsentwurf mehrere brauchbare Bestimmungen getroffen, die aber auch jetzt schon in zwei ministeriellen Verordnungen enthalten waren. Das schlimmste war nur, daß sie nie durchgeführt worden sind, weil die dazu nötige Baukontrolle fehlte. Nach dieser Richtung läßt aber auch der Entwurf so ziemlich alles beim alten. Wie bisher wird die Baukontrolle bezüglich der Arbeiterbeschäftigungen den Behörden und den Verlagsgenossenschaften überlassen. Das einzige Neue ist, daß der Bauausführende zur Verantwortung einen „Beauftragten“ aus der Mitte der Beteiligten — Polier u. — zu ernennen hat. Das ist ein ganz und gar unpraktischer Weg, denn von einer strengen Beaufsichtigung wird um des lieben Friedens willen keine Rede sein. Das wurde sogar von einem Abgeordneten, der Maurermeister ist — Entz. Leipzig — offen zugegeben. Selbst dieser Unternehmer verlangte nach schärferen, wirksameren Bestimmungen und er gab ganz offen zu, daß die Unternehmer leider vielfach ihre socialpolitischen Pflichten dem Arbeiter gegenüber nicht erfüllen.

Minister v. Meißner benutzte auch diese Gelegenheit, eine Rede gegen die Socialdemokratie loszulassen, obwohl doch der Bauarbeiter nur auf Drängen dieser Partei in die Wege geleitet worden ist. Abg. Fröhndorf schilderte an der Hand eines reichlichen Rohstoffmaterials die Mängel des Gesetzentwurfs, der schließlich einer Deputation überwiegen wurde.

**In badischen Landtag** brachte die socialdemokratische Fraktion einen Gesetzentwurf ein, der sich mit der Aenderung des bestehenden Wahlrechts befaßt. Auf Grund des allgemeinen, direkten Wahlrechts aller 18jährigen Staatsbürger soll die Volksvertretung gewählt werden. Die schon früher von der Mehrheit der Kammer nicht zurückgewiesene Einführung des Proporz wird zur Lösung der Wahlstreitfrage empfohlen; das Land soll nach der alten Kreisinteilung in 4 Proporzdistrikte zerfallen. Die zur Einbringung des Gesetzentwurfs benötigten 10 Unterschriften kamen zu Stande, indem die demokratischen Abgeordneten Dr. Heimbürger, Meißner und Hoffmann den socialdemokratischen Antrag unterzeichneten.

Die Wahlrechtsanträge des Centrums sowie die Denkschrift der Regierung in der Wahlrechtsfrage wurden einer 15gliedrigen Kommission überwiesen.

Der Centrumsführer Wader erklärte gestern in einer Centrumsfestversammlung, daß, falls die Regierung sich in der Wahlrechtsfrage nicht nachgiebig zeige, das Centrum sich auf das Recht der Budgetverweigerung besinnen müsse. Noch vor wenigen Tagen hat Wader erklärt, im Centrum denke niemand an Budgetverweigerung.

Die socialdemokratische Fraktion hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Dreßbach, Schriftführer Ged. Zum Archivar wurde Kramer ernannt.

**Centrum-Flottenschwärmer.** Aus Baden wird uns geschrieben: Sie kommt, sie kommt, die große Flotte! Zunächst ist die neue Rheinhafenstadt Karlsruhe zu einer Megatta eingeladen, die der „verstärkte Ausbruch“ der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes vorbereitet hat. Alle deutschgefinnten Einwohner unserer Landeshauptstadt — darunter auch Frauen und Jungfrauen — sind zu einer Volksversammlung auf den 8. Dezember in die Festhalle eingeladen. Es kostet kein Eintrittsgeld; jeder Deutsche, sei er Unternehmer oder Arbeiter, Katholik oder Protestant, die Angehörigen jeder Partei sind in der Einladung gebeten, in den Verein der „Flotte Schwärmer“ einzutreten. Was an der Proklamtion von symptomatischer Bedeutung ist: einige Karlsruher Centrumsgrößen, darunter der Mitredacteur und Drucker des Landesorgans der badischen Centrumpartei, Heinrich Vogel, sitzen im Ausschuss und zeichnen mit ihren Namen. Wenn das beim Centrum schon möglich ist!

**Die Merkale der bayerischen Abgeordnetenkammer** haben — so schreibt man uns aus Esch. Lothringen — mit ihrer schwächlichen Stellungnahme zum socialdemokratischen Antrag, betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalt des Statthalters in Esch-Lothringen, ihren Parteifreunden im Reichslande einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Das ist aus der Art und Weise, wie die Merkale Presse unseres Landes über jene Sitzung der Münchener Kammer berichtet, deutlich herauszulesen. Kein Wunder! Versteht doch der weitgehende Einfluß, den die Merkale hier zu Lande noch auf die Bevölkerung auszuüben vermag, in erster Linie auf ihrer unverwundlichen Egoismus gegen das herrschende Diktaturregiment. In aller Erinnerung ist noch der schwere Schlag, den die Regierung vor etwa 2 1/2 Jahren gegen die Merkale Landespartei geführt hat mit der anläßlich der Kaiser Wilhelm-Gedenkfeier auf Grund der „außerordentlichen Gewalt“ des Statthalters erfolgten Unterdrückung zweier ultramontaner Preshorgane. Wenn jetzt der bayerische Ministerpräsident, ohne bei den Münchener Parteifreunden der also Gemahregelten auf Widerspruch zu stoßen, die Behauptung ausstellen konnte, der Diktaturparagraf habe lediglich noch formelle oder theoretische Bedeutung; wenn ferner die ultramontane Kammerfraktion dieser mit den tatsächlichen Verhältnissen im schroffsten Widerspruch stehenden Auffassung des Ministers noch gar dadurch ihre Sanction erteilt, daß sie den Antrag der Socialisten mit in den Papierkorb werfen hilft; so wird man das Mißbehagen und die Verlegenheit erklärlich finden, die sich dabei der Merkale Esch-Lothringens bemächtigt haben. Geradezu komisch muß es wirken, wenn das führende Preshorgan des reichsländischen Merkaleismus, der in Straßburg erscheinende „Erschler“, den unangenehmen Eindruck des Verhaltens seiner Freunde in der Kammer dadurch abzumildern sucht, daß es die Ansicht äußert, die Behauptung des Ministerpräsidenten v. Craillheim könne nur ironisch gemeint sein. — Das Schicksal des Antrages unserer Münchener Kammerfraktion hat hier zu Lande manchen die Augen geöffnet über die weite Kluft, welche die Worte der Merkale von ihren Thaten trennt.

#### Aus Ostpreußen.

In der wirkungslossten Art wird bei uns von den verschiedensten Seiten der socialdemokratischen Agitation der Boden bereitet. Und zwar nicht nur bei den Landarbeitern.

Die Lage der kleinen Fischer in Ostpreußen, welche auf dem kurischen Haff ihrem mühsamen und gefährlichen Beruf nachgehen, verschlechtert sich fortgesetzt. Die Fischer auf dem kurischen Haff gehört dem Staat, deshalb ist der weitaus größte Teil der Fischer nicht im Besitz einer eigenen Fischereigerechtigkeit, sondern muß Pächter des Staates sein. Einigenmaßen erträglich geht es den Fischern, die im Besitze eines eigenen Hauses und einiger Felder sind. Daneben giebt es aber viele Fischer, die zur Miete wohnen müssen und deren ganzer Besitz in dem Boot und den Netzen besteht. Diese Leute leben in der ärmlichsten Weise von der Hand in den Mund und leiden sofort Not, wenn schlechtes Wetter sie daran hindert, auf den Fang zu gehen, wie es z. B. in den letzten Wochen der großen Stürme wegen der Fall war. In den letzten Jahren war in den Wintermonaten bei den kurischen Fischern die Not ein furchtbarer Gast. Das Eis hinderte oft die Ausfahrt mit dem Boot, war aber nicht so stark,

daß es mit Schlitten befahren werden konnte, um die Fischer auszuhäuten.

Früher ließ man die Fischerleute ziemlich ungestört ihrer Arbeit nachgehen. Jetzt hat sich das gründlich geändert. Es ist genau vorgeschrieben, auf welchem Gebiete die Fischer der einzelnen Orte fischen dürfen, ferner wird streng darauf gesehen, daß auf einem bestimmten nur mit genau bestimmten Arten von Netzen und mit einer bestimmten Anzahl der Fänge ausgeübt wird.

Es giebt wohl keinen Fischer, der die Vorschriften genau innehat. Die kleinen Fischer behaupten, daß es ihnen unmöglich ist, sich zu ernähren, wenn sie nicht mehr Netze ausstellen als ihnen erlaubt ist. Die Fischmeister sind aber eifrig auf dem Posten. Wenn dieselben finden, daß mehr Netze ausgestellt sind, wie erlaubt ist, werden die Netze, die zuviel sind, beschlagnahmt und den Fischer trifft eine Strafe. Da fast immer arme Leute von den Strafen betroffen werden, wird die Strafe selten bezahlt, sondern wird abgesehrt.

Nun hat die Regierung zu Königsberg, deren Verwaltung das kurische Haff unterstellt ist, durch Verfügung angeordnet, daß solche Fischer, die wegen Fischereikonvention bestraft sind und die verhängte Strafe durch Haft verbüßt haben, nicht eher wieder zur Fischerei zugelassen werden, bis sie die Kosten der Haftverbüßung bei der zuständigen Gerichtskasse hinterlegt haben. Durch diese Verfügung soll verhindert werden, daß bestrafte Fischer, wie es häufig vorgekommen ist, sich gänzlich oder wenigstens monatelang der Verpflichtung zur Dedung dieser Kosten entziehen.

Da die Leute in den ärmlichsten Verhältnissen leben, haben sie beim besten Willen nicht die Kosten bezahlen können. Die Verfügung der Regierung hat bei den Fischern außerordentliche Erregung hervorgerufen. Die Fischer waren bisher ein genügsames, frommes Völkchen; bei den Wahlen hielten sie es für selbstverständlich, daß sie den konservativen Stimmzettel abgaben. Jetzt geben sie laut murrend ihrer Unzufriedenheit Ausdruck. Daß diese Unzufriedenheit der Socialdemokratie zu gute kommt, dafür werden unsere Genossen sorgen.

#### Eine konservativ Aktion gegen die sächsischen Eisenbahnarbeiter.

Schon seit Jahren arbeiten die sächsischen Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten auf eine Besserung ihrer zweifellos mißlichen Lage, die bereits sprichwörtlich geworden ist, hin. Sie haben in früheren Zeiten alle „ordnungsmäßigen“ Wege ausprobiert, haben gebeten und petitioniert — alles vergeblich. Dieses resultatlose Bemühen brachte sie auf den Gedanken der „socialdemokratischen“ Organisation, und sie streben nun schon seit längerer Zeit in diesem Rahmen, unterstützt von den socialdemokratischen Abgeordneten im Landtage, darauf hin, etwas zu erreichen. Das wird natürlich „oben“ stark übel genommen. Vor kurzem, gleich nach Zusammentritt des Landtags, fand nun in Dresden eine von etwa 800 Eisenbahn-Arbeitern besuchte Versammlung statt, in welcher wieder einmal eine ganze große Reihe krasser Mißstände, die in dem „Musterbetriebe“ des sächsischen Staates herrschen, und unter denen die Arbeiter ungemünzt zu leiden haben, zur Sprache gebracht wurden. Der Verlauf dieser Versammlung, die noch dadurch besonders den Charakter einer Demonstration annahm, daß man einen gemahregelten Eisenbahnarbeiter stürmisch begrüßte und zum Vorkleidenden wählte, wurde in einem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ausführlich wiedergegeben, wodurch die weitere Öffentlichkeit auf die Vorgänge aufmerksam gemacht wurde. Das hat nun 46 Konservative der zweiten Kammer des Landtags veranlaßt, gestern während der Sitzung eine Interpellation einzubringen.

Dieselbe weist zunächst auf die in dem genannten Bericht geschilderten Vorgänge in jener Versammlung hin. Es wird bemerkt, daß die Versammlung nur den Zweck gehabt habe, den organisatorischen Zwecken der Socialdemokratie zu dienen und die Frage gestellt:

„Sind der Staatsregierung die betreffenden Vorgänge bekannt geworden und was gedenkt dieselbe zu thun, um die Disziplin unter den Eisenbahnarbeitern aufrecht zu erhalten?“

Diese Interpellation kommt nächste Woche in der zweiten Kammer zur Verhandlung, und es dürfte zu einer lebhaften Auseinandersetzung kommen. Unsern Genossen im Landtag wird das ein willkommenes Anlaß sein, mit Material die erhobenen Beschwerden zu beweisen, und die Interessen der Eisenbahner in wirksamer Weise zu vertreten.

#### Ausland. Frankreich.

**Paris, 8. Dezember.** Lodoon erklärte einem Mitarbeiter des „Gaulois“, Frankreich müsse 800—400 Millionen für seine Marine ausgeben und nötigenfalls seinem Landheere Truppen entnehmen, um die Küsten zu decken. Die Franzosen müßten endlich begreifen, daß die Gefahr nicht mehr im Osten liege. Koloniale Ausbreitung sei Lebensbedingung für die Völker Europas. Es handle sich für Frankreich darum, seine Kolonien zu verteidigen.

Frankreich hat mit seiner Kolonialpolitik bisher kein Glück gehabt, sondern nur immer kolossale Verluste. Wenn aber die französische Kolonialpolitik zur Wulderung der chauvinistischen Empfindungen gegen den deutschen Nachbarn beiträgt, so würde sie immerhin etwas Gutes bedeuten; aber auch das glauben wir nicht.

#### Belgien.

**Aus Brüssel** schreibt man uns unterm 7. d. M.: Gestern — Mittwoch — hat der Generalrat der Arbeiterpartei den Termin für den Zusammentritt des jährlichen Parteikongresses auf Sonntag, den 14. Januar 1900 vorgerückt. Es war, angesichts der Kammerwahlen im Mai 1900, nicht möglich, den Kongress, auf dem die Wahlpolitik verhandelt werden soll, wie ursprünglich geplant war, erst Ostern zusammenzutreten zu lassen.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist: 1. Die Wahlumstände. 2. Die Frage des Senats. 3. Das Wahlprogramm. 4. Die Organisation der Bewegung zu Gunsten der Arbeiterpensionen.

Da der Kongress nur einen Tag dauern kann, wird wohl keine andere Frage noch auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Wahlpropaganda hat schon begonnen; neue Flugblätter werden demnächst veröffentlicht werden.

In einigen socialistischen Kreisen soll die Rede davon sein, die Proportionalvertretung aus dem Parteiprogramm zu streichen. Wir können eine solche Absicht nicht billigen, die der Gerechtigkeit zuwiderlaufen würde. Wenn die Proportionalvertretung ohne allgemeines Wahlrecht ein Schwindel ist, so ist sie mit ihm eine Notwendigkeit, wie das ja auch in dem Programm der deutschen Socialdemokratie anerkannt ist.

Hier ein bezeichnendes Vorkommnis, das für die herrschende Stimmung symptomatisch ist. Während der letzten sächsischen Tage der Campaigne gegen die Wahl-Entziehung war ein Bürgergardist in ein Meeting gekommen und hatte auf der Tribüne erklärt: „Man hat uns zehn Patronen gegeben. Das sind drei zu viel, denn wir haben nur sieben Minister!“ Auf Antrag des Ministeriums wurde der Gardist vor Gericht gestellt und in erster Instanz freigesprochen. Der Staatsanwalt appellierte, und jetzt ist der Gardist, nach einer glänzenden Verteidigungsrede von Leo Weismann, einem Redacteur des „Völkchen“, auch in letzter Instanz freigesprochen worden. Es giebt noch Richter in — Brüssel.

#### Uffen.

**Peking, 7. Dezember.** Der chinesische Gouverneur von Schantung ist entlassen worden wegen der Unfähigkeit, seiner Zeit mit den Unruhen, die sich gegen die Missionare wäuben, fertig zu werden. Juan Schikai, der frühere Kommandeur der von fremden

Offizieren ausgebildeten Brigade von Getaochau, ist zu seinem Nachfolger ernannt worden.

**Aus Hongkong** bringen die „Times“ ein Telegramm vom 6. Dezember, das besagt, man befürchte Vergeltungsmassnahmen der Chinesen für die Festnahme des Loolai von Gannan und eines chinesischen Militärbeamten, welche jetzt an Bord des französischen Kreuzers „Entrecasteaux“ als Geiseln gehalten werden. Alle französischen Konsularbeamten hätten Gannan verlassen.

## Partei-Nachrichten.

**Aus Dortmund** läßt sich die „Berl. Zeitung“ schreiben: „Es bestätigt sich nicht, daß Dr. Lütgenau in die Redaktion des „Dortmunder Tageblatt“ eingetreten ist. Das Tageblatt will freisinnig, volksparteilich bleiben und Lütgenau steht auf dem Boden der marxistischen Geschichtsauffassung; die Verhandlungen, die allerdings stattgefunden haben, sind an dieser unüberbrückbaren Differenz gescheitert. Im übrigen sieht man hier mit Spannung den Verhandlungen der Verleumdungsprozesse entgegen, die Lütgenau gegen Wredend und gegen den Redakteur der „Rhein-Westf. Arb.-Ztg.“, Lebins, angestrengt hat. Sie werden viel weiter reichen, als man ahnt. Das hiesige sozialdemokratische Blatt, früher von Lütgenau redigiert, befindet sich seit dem Ausbruch der Streitigkeiten in fortwährendem Rückgange.“

Die Kritik stammt offenbar von Lütgenau selbst und ist vermutlich nur des Schlußwortes wegen geschrieben. Es wird nämlich unter Lütgenaus Aufsicht in Dortmund eine regelrechte Kampagne gegen die wirtschaftliche Existenz unseres dortigen Parteiblattes geführt. So wird in der „Exercitia“ der „Wahrheit“ zuwider geschrieben, daß die Abonnentenzahl unseres Parteiblattes weit geringer wäre, wie die des freisinnigen Tagesblattes; dieses, dessen Verleger auch Lütgenaus Broschüre verlegt hat, drückt das Schlußwort ab und schickt dann diese Nummer angestrichen den dortigen Geschäftsleuten zu. Uebrigens — ob den Genossen Wredend und Lebins von dem gegen sie „angestregten Verleumdungsprozesse“ schon etwas bekannt ist?

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Tapezierer!** Der Streik bei Heimann, Brinzeimannstr. 21, dauert unverändert fort und ersuchen wir, die Werkstatt zu meiden und Zugang fernzuhalten. Die Agitationskommission.

**Achtung, Gastwirtsgehilfen!** Da die Differenzen mit dem Gastwirt Stechert noch nicht beseitigt sind, hat der unterzeichnete Verband in seiner letzten Versammlung beschlossen, das genannte Lokal für seine Mitglieder zu sperren. Zwei dort weiter arbeitende Mitglieder wurden ausgeschlossen. So lange die Differenzen weiter bestehen, werden Herrn Stechert aus dem kostenlosen Verbands-Arbeitsnachweis keine Arbeitskräfte zugewiesen. Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

**Modellreue** werden in letzter Zeit nach Malmo in Schweden gesucht. In hiesigen Kreisen nimmt man an, daß diese Modellreue unter solcher Adresse für den in letzter Sonntagnummer gekennzeichneten „deutschen Arbeiterfreund“ gesucht werden. Datum Vorfrist.

### Deutsches Reich.

#### Das Leipziger Gewerkschaftskartell und der Verband der Buchdrucker.

Die Delegierten des Buchdruckerverbandes waren bekanntlich durch einen Beschluß des Leipziger Kartells vom 5. April 1897 und 10. Juli d. J. ausgeschlossen worden. Maßgebend für diese Beschlüsse war die Anschauung, daß die von dem Buchdruckerverband mit den Unternehmern abgeschlossene Tarifgemeinschaft die Interessen und Weiterentwicklung der Organisation der Arbeiter schädige. Die Anhänger der Tarifgemeinschaft, so hieß es in jener Resolution, ständen auf hiesig-widersprechendem Standpunkt und könnten deshalb vom Kartell nicht anerkannt werden. Mit der Frage der Tarifgemeinschaft hat sich nun aber der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. beschäftigt und dahin entschieden, daß tarifliche Vereinbarungen, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen auf bestimmte Zeit regeln, den Grundfragen der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften nicht widersprechen. Das Leipziger Gewerkschaftskartell blieb trotzdem auf seinem früheren Standpunkt stehen. Die Generalkommission hat sich daraufhin an die Delegierten des Kartells gewandt und sie ersucht, den Beschluß vom 10. Juli 1897 wieder aufzuheben. Nicht die „Gewerkschaft“ (berent Delegierte jetzt im Leipziger Kartell zugelassen sind), sondern der Verband der Buchdrucker Deutschlands sei die von dem Gewerkschaftskongress anerkannte Organisation der deutschen Buchdrucker. Die Verhandlungen mit dem Kartell führten zu keinem Resultat. Die Zulassung der Delegierten des Buchdrucker-Verbandes sollte zwar gestattet werden, aber unter der Bedingung, daß die Beschlüsse des Kartells anerkannt. Diese Anerkennung hätte aber die Beseitigung der Tarifgemeinschaft zur Folge bezw. Voraussetzung haben müssen. Dem diese wird ja durch Kartellbeschlüsse als verwerflich bezeichnet. Das Gewerkschaftskartell hatte die Angelegenheit auch den Vertrauensleuten der Gewerkschaften überwiesen. Diese haben am 24. Oktober folgenden Beschluß gefaßt: „Die Vertrauensleute der Leipziger Gewerkschaften erklären sich mit dem zuletzt gefaßten Beschluß des hiesigen Kartells einverstanden und versprechen, alle aus diesem Beschluß entstehenden Konsequenzen solidarisch übernehmen zu wollen.“

Die Generalkommission versuchte nochmals, das Kartell zu einer entscheidenden Stellungnahme zu bewegen, doch erklärte der Vorstand des Kartells die Sache nach diesem Beschluß für erledigt.

So stehen die Dinge noch genau auf dem alten Stand. In der soeben erschienenen Nummer des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht die „Generalkommission“ sämtliche von ihr in der Sache gewechselten Schriftstücke. In einem Schreiben an die Centralvorstände der Gewerkschaften Deutschlands heißt es zum Schluß: „Somit steht das Gewerkschaftskartell in Leipzig mit seinen Beschlüssen im Widerspruch mit den Beschlüssen des Dritten Gewerkschaftskongresses, und ist deshalb die Generalkommission genötigt, jede weitere Verbindung mit dem heute bestehenden Gewerkschaftskartell in Leipzig aufzugeben.“

Wir sind weiter genötigt, an die Vorstände der Centralvereine das Ersuchen zu richten, die Mitglieder in Leipzig zu veranlassen, ihre Delegierten von diesem Kartell zurückzuziehen.“

### Ausland.

**Die Repräsentantschaft der Vereinigten dänischen Fachverbände** hat am Donnerstag und Freitag in Kopenhagen eine Versammlung abgehalten zur Beratung über einige Organisationsfragen, wozu die große Ausperrung die Veranlassung gegeben hat. Wesentliche Organisationsveränderungen erscheinen nicht notwendig. Ferner wurde die Wahl der drei Vertreter der Fachverbände für das auf Grund des Vergleichs einzusetzende Schiedsgericht vorgenommen. Gewählt wurden Landesbestimmungsbeamter C. Andersen, Kollektionsmann cand. jur. Gustav Philipsen und der Vorsitzende des dänischen Schmiebed- und Maschinenverbandes J. A. Hansen. Die beiden ersten waren Mitglieder des früheren Ausschusses.

Außerdem wurden auch Versammlungen der Hauptleitungen und Repräsentanten der einzelnen Fachverbände abgehalten. Auch hier bildeten die Resultate des „Ausgleichs“ den Hauptgegenstand der Debatte; es wurden interessante Aufsätze gegeben, wie verschiedene lokale Arbeitgeber-Organisationen verfaßt, den Vergleich zu umgehen. Im März 1900 soll eine Versammlung stattfinden, zu der Anträge über Veränderung der Lokalorganisationen vorbereitet werden.

**Die Aussperrung der Zwickauer Legilarbeiter** dauert fort. Die Unternehmer hatten am 5. d. M. in den Häusern der feiernden Arbeiter Flugblätter verbreiten lassen, in welchen sie den Arbeitern die Mitteilung machten, daß sie am kommenden Tage, am 6. Dezember, die Fabriken öffnen würden. Den Gehörlosen blieben diese Mitteilungen nicht bewilligen. Die Arbeiter, die wegen der Nichtbewilligung sofort in den Ausstand getreten seien, hätten unrecht getan, sie hätten Rot und Glend über zahlreiche Arbeiterfamilien gebracht. Um der herrschenden Rot-Einhalt zu thun, wollten sie die Fabriken öffnen. Würde die Arbeit nicht zu den alten Bedingungen aufgenommen, dann würden sie die Fabriken den ganzen Winter über sperren.

Das Mitleid mit der Not der Arbeiter ist ein geheucheltes, denn sie, die Unternehmer, haben die Not selbst verursacht. In den Streik getreten waren nur 400 Mann, worauf die Unternehmer über 2000 Arbeiter aussperrten. Die Drohung, den Betrieb für den ganzen Winter zu sperren, ist ohne Erfolg geblieben. Wie der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Zwickau berichtet wird, sind Kuständige in die Fabriken nicht zurückgekehrt, nur einige Betriebe arbeiten mit ihren Angestellten und ein paar Personen in notdürftiger Weise weiter. Die Stimmung ist eine ausgeglichene. Aber die Not ist allerdings eine große. Die österreichische Gewerkschaftskommission bittet denn in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ um Unterstützung der Notleidenden. Geldsendungen sind zu richten an A. Hueber, Redaktion der „Gewerkschaft“, Wien VI, Kopernikusgasse Nr. 12.

**Bei der Berliner Gewerkschaftskommission** lesen noch folgende Beiträge ein:

Für die dänische Arbeiter: Vertrauensmann der Gewerkschaften Westens, auf Witten, 9,85. Personal der Buchbinderer der Kurzpapier-Fabrik Range 6,60. Personal der Buchbinderer Halensheim u. Dopfer 7,45. Buchbinder Berlin, auf Witten, 89,75. Dachdecker Berlin, auf Witten, 9,85. Handelsreisende Berlin (Lokal), auf Witten, —,35. Succatene Berlin, auf Witten 14,20. Durchbrauer, auf Witten, 12,00. Gefangenen Kaiserlicher Männerchor, 2. Rate, 10,—. Kaufleute Berlin, a. Witten, 8,45. Bauarbeiter Berlin, auf Witten 12,50. Sattler Berlin auf Witten 6,85. Maler Berlin auf Witten d. Witten 20,15. Maler Berlin auf Witten durch Koch 8,00. Karl Schulz auf Witten 11,50. Sattler Berlin auf Witten 6,80. Durchbrauer (2. Wahlr.) auf Witten 8,50. Handelsreisende (Central) auf Witten 1,55. Lithographen Berlin auf Witten 37,90. Steinleger Berlin auf Witten 16,80. Bildhauer Arbeiter auf Witten 2,10. Sattler Berlin auf Witten 19,40. Bergarbeiter Berlin auf Witten 11,25. Buchbinderer-Hilfsarbeiter Berlin auf Witten 12,65. Maurer Berlin auf Witten 4,15. Stadtarbeiter Berlin auf Witten 0,50. Handelsreisende Berlin (Central) auf Witten 26,45. Chemigrafen Berlin auf Witten 21,45. Kaufleute Berlin auf Witten 4,50. Stadtarbeiter Berlin auf Witten 3,85. Warmb. auf Witten 14,30.

Für die Steinarbeiter Berlin: Verband der deutschen Buchdrucker 13,—. Kolonie zur Erholung durch Walter 20,—.

Für die Federarbeiter in Witten: Organisierte Outmover Berlin 30,—. Stadtfabrik Heilmann u. Sohn 10,—. Verband der deutschen Buchdrucker 10,—. Sozialdemokratischer Arbeiterverein zu Röpentin 25,—.

Für die Formschneider Deutschlands: Verband der Buchbinder und Verlagsbesitzer Berlin 30,—. Vom Stammtisch der 8 unversicherten organisierten Steinleger d. F. G. 10,—. Personal der Galvanoplastik 6,—.

Für die Metallarbeiter Berlin: Wagner u. Hühner 2,80. Wägenhersteller der Fabrik Schmidt u. Co. 2,80.

Weitere Beiträge für die ausgesperrten Formschneider werden auf dem Gewerkschaftsbureau, Ammenstr. 16, I, entgegengenommen. Der Ausschub der Berliner Gewerkschaftskommission.

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnen Berlin, wahret eure Rechte!

Die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassenen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über: die Dauer der Arbeitszeit für Arbeiterinnen über 16 Jahre, für jugendliche Arbeiter, über Kündigung und Entlassung, Ausstellung von Zeugnissen, Strafgehalt, hygienische und Saubermäßigkeiten, ungesunde Arbeitsräume, Waschvorrichtungen, Ankleideräume, Beschaffenheit und Zahl der Aborte, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen gekürzt.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß die zu eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen von den Unternehmern durchgeführt und umgehalten werden.

Um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Vorsehung der Missethäter in den Arbeitsstätten hinzuwirken, sind nachstehende Personen bereit, wahrheitsgetreue Besichtigungen unentgeltlich entgegenzunehmen und auf schleunigste Abhilfe zu dringen.

Die Namen der Besichtigungsleiter werden streng geheim gehalten!

Hilf. O. V. d. d. Straußbergerstr. 23, v. IV. Frau Wauschke, Postdörferstr. 47, E. H. Hilf. O. V. d. d. Alexanderstr. 15, vorn IV. Frau Jung, Nichtestr. 25, Hof II. Frau L. u. B., Wilhelmstr. 21, Hof part. Frau A. W. d. d. Lychnenstr. 3, Inker Aufg., IV. Frau M. L. e. g., Dinnmühlstr. 63, I rechts. Frau Schneider, Höfstr. 29, I. Frau Sprung, Mariannen-Platz 7, Hof III, rechts. Jeden Mittwochabend 7—8 Uhr.

Gewerkschaftsbureau, Ammenstr. 16, I. Alle Wochentage von 9—1 und 6—8 Uhr.

## Der französische Einigungskongress.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Paris, 6. Dezember.

**Siebente Sitzung. Mittwochabend.**  
Journière eröffnet die Sitzung um 8 Uhr.

**Telefalle** giebt den Bericht der Kommission. Dieselbe schlägt noch folgende Einigungsresolution vor:  
„Der Kongress erkennt an, daß außergewöhnliche Umstände der Partei zur Pflicht machen können, die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob die Teilnahme von Sozialisten an der Regierung angebracht sei. Der Kongress erklärt aber auch ferner, daß die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie in Frankreich wie in allen Ländern darauf gerichtet sein muß, die Wahlämter zu besetzen, unter der Bedingung, daß die Arbeiterklasse selbst zu verdeden hat. Das Endziel muß sein die gesetzmäßige und friedliche Expropriation der Kapitalistenklasse.“

Der Berichterstatter fügt hinzu: Die Ausgleichsresolution ist in der Kommission angenommen worden mit 49 gegen 7 Stimmen.

Diese Resolution ist eingegeben von dem Wunsch, Einigkeit herbeizuführen; sie richtet sich nicht gegen die Vergangenheit, sie will das Gesehene weder rechtfertigen noch verurteilen, sondern sie gibt der Zukunft. (Weisfall.)

Die Kommission ist von dem heißen Vernehmen befecht gewesen, im Interesse der Millionen von Proletariaten, deren Blick auf und gerichtet sind, ihre Aufgabe zu lösen. Triumphieren wir über unsere Leidenschaften und Meinungsverschiedenheiten. Das Resultat des Kongresses hängt von euren Beschlüssen ab. Laßt Euch dabei von demselben Geiste der Eintracht leiten, wie eure Kommission. (Großer Weisfall.)

**Laudrin** (Blanquiste) begründet die Resolution der Minorität, die sich mit der von Vallant eingebrachten (vergl. Donnerstags-Kammer des „Vorwärts“) deckt.

Verschiedene Delegierte verlangen das Wort, um ihre Abstimmung zu begründen, andere widersprechen, es entsteht lebhafteste Bewegung. Der Präsident unterbricht die Sitzung auf 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhält das Wort **Constand**: Ich erkläre im Namen der französischen Arbeiterpartei (Blanquisten), daß wir für die Resolution Laudrin stimmen. Wir sind hierher gekommen in der Absicht, in der Form Konzeptionen zu machen. (Unterbrechung.) Nachdem wir für diese gestimmt, werden wir auch die der Kommissionsmehrheit annehmen, sie schließen sich beide nicht aus.

**Bretou** hat das Wort, wird aber von Mitgliedern der Partei der revolutionären Sozialisten verhindert, nach der Tribüne zu gelangen. Große Bewegung entsteht. Rufe: Abstimm! Sprechen!

**Der Präsident: Jaurès hat das Wort.**  
Erneuter Tumult. Abstimm! Hoch Jaurès! Auf den Säulen der Guesdisten und Allemanisten wird gepfeifen.

**Jaurès: Bürger!**  
Der Lärm verdoppelt sich. Hoch Jaurès! Pfeifen auf der anderen Seite. Guesde besteigt die Tribüne, laute Protestrufe werden laut, Guesde kommt nicht zum Wort. Paste rufft: Es ist Skandal! Er vermag keine Ruhe zu schaffen.

**Der Präsident rufft:** Guesde hat das Wort, er wird ein Amendement einbringen. (Bewegung.) Es sind zwei Amendements eingegangen; die Verfasser derselben müssen zum Wort kommen. Guesde hat das Wort.

**Walter** verlangt das Wort zur Geschäftsordnung: Der Kongress möge beschließen, daß keinerlei Amendements mehr angenommen werden.

**Präsident:** Hier das Amendement Guesdes. Hier das zweite von der Konföderation. Hier noch ein anderes. (Lärm.) Walter rufft: Man möcht sich wohl aber ums!

**Präsident:** Seit dem Geschäftsordnungs-Antrag Walters ist kein Amendement mehr eingegangen. Die Antragsteller müssen zum Wort kommen.

**Walter** besteigt die Tribüne. (Rufe: Ausschluß.) Schließlich gelangt der Geschäftsordnungsantrag Walters, weitere Amendements nicht mehr anzunehmen, zur Annahme.

**Der Präsident** erklärt, daß Guesde für sein Amendement die Priorität verlangt. Er beginnt Guesdes Antrag zu lesen:

„Der Klassenkampf verbietet es einem Sozialisten, in ein bürgerliches Ministerium einzutreten.“ Guesde lehnt es ab, das Wort dazu zu nehmen.

**Jaurès rufft:** Guesde! Das ist eine Moralität. Guesde, Jules Guesde, das ist Verrat! Guesde! Sie haben die Pflicht, im Namen Ihrer Partei zu sprechen. (Weisfall. Tumult. Auf den Tribünen rufft man Bravo! Hoch Jaurès!)

**Jaurès: Guesde! Das ist Verrat! Ich beschwöre Sie, stellen Sie die Ehre Ihrer Partei wieder her. Die Ehre, die Ehre!**

Der Genosse Guesde bleibt ruhig auf seinem Platze sitzen, während alle Delegierten aufgesprungen sind, mit Ausnahme eines Teiles der Guesdisten.

**Jaurès:** Wir sind hier Sozialisten. Guesde, ich erinnere Sie im Namen der Ehre an Ihre eingegangenen Verpflichtungen.

**Pastre** interpelliert in energischem Tone den Genossen Guesde.

**Jaurès:** Guesde, Guesde. Sie sind entehrt. Sie haben Ihr gegebenes Wort gebrochen!

Während mehr denn einer halben Stunde herrscht ein unbeschreiblicher Tumult. Ein Teil der Delegierten besteigen die Tribüne, schwingen die Fahnen, andere pfeifen, schlagen auf die Tisch. Der Präsident unterbricht, nachdem er vergebens die Ruhe herzustellen versucht hat, die Sitzung.

Nach langen Unterhandlungen zwischen den Führern der verschiedenen Gruppen wird die Sitzung wieder eröffnet.

**Jaurès** erhält unter der größten Ruhe des Kongresses das Wort. Er erklärt die Vorgänge in der Kommission. Ein ganz geringer Bruchteil der Guesdisten habe erklärt, auf dem Standpunkt der Blanquistischen Resolution zu beharren. Dieser Teil habe lokal gehandelt. Die anderen 16 Delegierten haben dreimal auf ihr Ehrenwort erklärt, im Plenum des Kongresses für die Ausgleichsresolution Delesalles (Blanquist) stimmen und eintreten zu wollen. Wenn ein solches Wort gegeben sei, müsse es gehalten werden.

**Guesde**, der unter großem Tumult die Tribüne besteigt, erklärt sich dahin: Er habe für die Ausgleichsresolution stimmen wollen. Als er vor einer Stunde die Tribüne bestiegen, habe er seine Partei nur an den Aufruf erinnern wollen, der ihr vom Kongress in Epervanah geworden, die Prinzipienfrage vor der Ausgleichsresolution zur Abstimmung bringen zu lassen.

Nachdem noch Delesalle gesprochen hat, der den Streit im wesentlichen auf Mißverständnisse seitens Guesdes und Jaurès zurückführt, wird zur Abstimmung geschritten.

Der Hauptantrag Guesde wird mit 813 gegen 684 Stimmen angenommen, die Ausgleichsresolution gelangt mit 1143 gegen 245 blanquistische Stimmen zur Annahme.

Die Sitzung ist um 12<sup>1/2</sup> Uhr geschlossen.

Paris, 7. Dezember.

### Achte Sitzung. Donnerstagnachmittag.

(Beginn 2<sup>1/2</sup> Uhr.)

Zum Tagespräsidenten wird **Sombat** (Blanquist) einstimmig gewählt. Er entschuldigt sich, nochmals das Präsidium anzunehmen, er thue das aber nicht als Vertreter einer bestimmten Richtung, sondern im Interesse der Gesamtheit des Kongresses, damit dieser so friedlich seine Arbeiten zu Ende führe, wie wir es alle wünschten. (Lebhafte Weisfall.) Der Kongress habe bereits durch die Ausgleichsresolution über die Ministerfrage das wichtigste vollbracht. Die Arbeit sei überhört. Das erleichtere die Vollendung unserer Aufgaben. (Lebhafte Weisfall.)

**Tubertin** schlägt namens des Verteidigungsausschusses vor, die Tagung um einen weiteren Tag (Freitag) zu verlängern, da der erste Punkt der Tagesordnung vier Tage in Anspruch genommen hat. Nach kurzer Debatte wird einstimmig beschlossen, noch am 8. Dezember zu tagen, wobei die Mandate der Arbeiterdelegierten, die nicht länger verbleiben können, von ihren Organisationsgenossen bei Abstimmungen (noch Mandaten) gebraucht werden dürfen. Ferner wird einstimmig beschlossen, sofort anstatt den zweiten den dritten Punkt zu beraten betreffend die Einigung.

**Delory** verliest namens der guesdistischen Arbeiterpartei folgenden Protest:

„Die französische Arbeiterpartei protestiert mit Entrüstung gegen die von Kongressmitgliedern geleiteten Zeitungen („Leite République“ und „L'aterne“, die seit Sonntag nicht angefordert haben, trotz ihres Redens von Einigung, Zwietracht und Haß zwischen den großen Organisationen und den ihnen angehörenden Gruppen zu sein. Sie protestiert mit der gleichen Energie gegen den Bericht über die gestrige Abendigung, in welchem wiederholt der F. A. P. und deren Sekretär für das Innere, Jules Guesde, „Ränover“, „Moralität“ und „Verrat“ vorgeworfen werden. Die F. A. P. überläßt die Beschimpfungen, die sie nicht treffen können, denen, die von ihnen Gebrauch gegenüber Kameraden machen, und zur Beschämung ihrer Gegner beschränkt sie sich darauf, zu erinnern, daß die sogenannten Ausgleichsresolution, welche in gegenwärtigen Zustande der kapitalistischen Gesellschaft jede Beteiligung eines Sozialisten in einer Bourgeois-Regierung ausschließt, das eigene Werk ihres Kongresses von Epervanah, welches einstimmig von der Generalversammlung ihrer Delegierten am Sonnabend, den 2. Dezember bestätigt wurde, und daß folglich die Partei desto weniger zögern konnte, die Resolution zu votieren, wie sie es gethan, als diese den glänzendsten Triumph ihrer sozialistisch-revolutionären Politik bildet.“

— Für die Arbeiterpartei die erwählte Kommission: Verand, Delory, Lafargue, Dognien, Zevads, Constand, Millet, Dr. Vad. Der Antrag der Gewerkschaften zur Ministerfrage wird der Kommission überwiesen, ebenso eine Resolution Agrippiedes (Blanquist), der in seinem eigenen Namen die Demission Millerands auf Grund der Ausgleichsresolution fordert unter Androhung des Ausschlusses von Millerand aus der Partei, falls er sich nicht der Entscheidung des Kongresses füge sollte.

### Debatte über die Einigung.

Jede Organisation stellt der Reihe nach einen Redner. **Mattinet** (Broussist) spricht für die Union, die sodann die vollständige organisatorische Einigung vorbereiten würde. Unter uns befindet sich ein ungeheures Mißverständnis. Die anonyme Menge der sozialistischen Partei wäre einstimmig für die Einigung, wenn sie hierüber direkt befragt würde. (Weisfall.) Redner verlangt alljährliche gemeinsame Kongresse. (Lebhafte Weisfall.)

**Marxanz** befragt namens von neun unabhängigen Föderationen Ost-Frankreichs, die 18 Departements umfassen, einen Organisationsvorschlag, der auf die vollständige Verschmelzung aller Richtungen hinausläuft, indem die bestehenden Organisationen in den föderierten Departemental-Organisationen ohne Unterschied der Richtung aufgehen würden.

Guesde erinnert an den bezüglichen Beschluß von Gernay. Der Klassenkampf würde die organisatorische Einigung nicht nur des nationalen, sondern auch des internationalen Sozialismus in einer einzigen Partei fordern. Aber zu viel verlangen hier nichts erlangen. Besser ist es, das sofort mögliche Maß von Einigung! Die bestehenden Organisationen entsprechen einer gewissen Arbeitsteilung, sie sind nicht Produkt der Willkür. Es ist unmöglich, zu organisieren, wenn man mit der Desorganisation, der Auflösung der bestehenden Organisationen, beginnt. (Beifall.) Andererseits ist aber auch die Einigung ein notwendiges Produkt der Entwicklung. Keine politischen Vorschläge sind: 1. Die sozialistische Presse soll der Kontrolle der geeinigten Partei unterstellt werden (Wiederholter, demonstrativer Beifall bei Guesdisten und Blanquisten). Ist es denn z. B. möglich, daß ein sozialistisches Blatt seine „ministerielle Campagne“ fortsetzt trotz der Ausgleichsresolution? (Stürmischer Beifall auf denselben Vorschlag.) 2. Die parlamentarischen Vertreter der Partei sollen der Kontrolle unterworfen werden. Keine unabhängigen Deputierten mehr! Sie gehören fortan nicht ihren Wählern, sondern dem organisierten Proletariat. (Stürmischer Beifall bei Guesdisten, Blanquisten, Alleanisten und den Unabhängigen revolutionärer Richtung.) Die Abgeordneten sind verpflichtet, stets das gleiche Votum abzugeben. 3. Alljährliche gemeinsame Kongresse. (Lebhafter Beifall überall.) 4. Die Central-Vertretung soll, wie in Gernay beschlossen, auf proportionaler Grundlage errichtet werden (entsprechend der Kraft der einzelnen Organisationen). Sie würde zwar in diesem Fall 100-150 Mitglieder zählen, aber sie könnte eine kleinere Exekutivkommission wählen, die nur in wichtigen Fällen die Gesamtervertretung einberufen würde. Redner schließt mit Worten der „Eintracht, Brüderlichkeit, proletarischer und sozialistischer Solidarität.“ (Lebhafter Beifall.)

### Im Laufe der Sitzung verlas der Vorsitzende den deutschen Begrüßungsschreiben des Partei-Vorstandes der deutschen Socialdemokraten:

Brüder Kameraden!  
Euer Kongreß ist ein Ereignis, das auf lebhafteste die Socialisten aller Länder der civilisierten Welt interessiert. Was uns betrifft, so versichern wir Euch, daß die Aufmerksamkeit des proletarischen Deutschlands auf Euch gerichtet ist. Wir sind sicher, daß die Resultate dieses Kongresses ein neues Blatt in der glorreichen Geschichte des französischen Proletariats bilden werden, dem wir die heroische *Toujours la Loi* 1848 und die *Rouge* verdanken. (Dröhnender Beifall, besonders links.) Eins nur fehlt Euch bisher: die Einheit. (Ebenfalls Beifall rechts.) Ihr werdet sie dem sozialistischen Frankreich geben — wenn nicht die absolute Einheit der Anschauungen und Theorien, (Beifall links) so doch die tatsächliche Einheit (Beifall überall), die Einheit der Aktion gegen die Feinde.

Auf Wiedersehen in Paris auf dem Internationalen Kongreß des nächsten Jahres, wo wir hoffen, das proletarische Frankreich geeint zu finden. Hoch der internationale Socialismus!

Mit brüderlichem Gruß: der Parteivorstand der deutschen Socialdemokratie: Liebknecht, (stürmische Ovation links) Bebel, Kuer, Singer, Pfannkuch, Gerisch. (Donnerer Beifall.)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird per Acclamation beschlossen, der deutschen Socialdemokratie mit einem Dank- und Begrüßungsschreiben zu antworten.

(Fortsetzung der Nachmittags-Sitzung folgt.)

### Depeschen.

In der Donnerstagsabend-Sitzung wurde die Einigungsdebatte ruhig und würdevoll fortgeführt. In begeisterten Kundgebungen für die Einigung drachen Kongreß und Publikum aus, als *Fabrot* sprach. Da die Kommissions-Resolution noch nicht fertig war, wurde die Abstimmung aller Resolutionen auf Freitagabend, wo die letzte Sitzung stattfinden soll, verschoben. Poulain sprach unter stürmischem Beifall rechts für sofortiges Aufgehen der Sonder-Organisationen in eine Gesamtpartei.

Paris, 8. Dezember. In der Nachmittags-Sitzung am Freitag erfolgte ein einstimmiges Votum für die Resolution, welche die antisemitischen nationalistischen Aktionsmittel brandmarkt. Ferner wurde der Generallist mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Kommission, die die Organisation für die Einigung beraten hatte, fasste alle Beschlüsse einstimmig. Die Nachricht davon rief einen allseitigen Freudenjubel hervor. Die Kommission empfiehlt, die Partei besteht aus den alten Organisationen, den Gewerkschaften, den Genossenschaften und den departementalen Federationen. Alljährlich finden Kongresse statt. Das Generalkomitee wird gebildet durch eine proportionale Vertretung. Ein Komiteemitglied kommt auf 50 Kongreßmandate. Die Presse bezüglich ihrer Aktion steht unter Kontrolle des Komitees, ebenso die Deputierten.

### Sociales.

Der freiwillige Erziehungsbeitrag für schulentlassene Waisen, der sich die Förderung der Waisen Berlins nach ihrem Austritt aus der Schule zur Aufgabe gemacht hat und für den über 1500 Pfleger und Pflegerinnen thätig sind, veranstaltet eine allgemeine Umfrage über die gewerblichen Lehrlingsverhältnisse Berlins. Es sollen durch Befragung sachverständiger Persönlichkeiten aus allen Gewerbezweigen die an die Lehrlinge gestellten Anforderungen, sowie die Lehrbedingungen und die Ausichten für ein späteres Fortkommen festgestellt werden, damit die Pflegerlinge dem Beruf zugeführt werden können, für den sie am besten geeignet sind. Die Fragebogen kommen jetzt zur Versendung und es ist im Interesse des gemeinnützigen Unternehmens zu wünschen, daß die sehr ausführlichen Fragebogen möglichst zahlreich und vollständig beantwortet werden.

Die Wohnungs-Anfrage. Das bayerische Ministerium des Innern hat an den Magistrat in Nürnberg eine Anordnung erlassen behufs Unterbindung der Wohnungsverhältnisse der Kinderbewohnenden, die bis zum 1. Februar nächsten Jahres betätigt sein soll. Es sollen u. a. die Dimensionen, Fensterverhältnisse, Heizbarkeit, Kochgelegenheit, Abortverhältnisse, Feuchtigkeit, Bohnndichtigkeit, Mietpreise und der Flächeninhalt der bebauten Grundstücke berücksichtigt werden.

### Arbeiterfrage in der Schweiz.

Der Kanton Zürich soll ein neues Gewerbegesetz erhalten. Der von der Regierung schon im Jahre 1894 ausgearbeitete erste Entwurf erfuhr unter Berücksichtigung der von den Arbeitern und Unternehmern gemachten Eingaben mancherlei Änderungen, und vor mehreren Monaten ist er endlich vom Staatsrat parlamentarisch verabschiedet worden. Da im Kanton Zürich das obligatorische Referendum besteht, so hat darüber noch das Volk abzustimmen, und zwar findet die Abstimmung am Sonntag, den 17. Dezember, statt.

Das Gesetz regelt verschiedene Materien. Es umfaßt 94 Paragraphen und zerfällt in folgende Abschnitte: Allgemeine Bestimmungen, Gewerbe mit handwerklichem und industriellen Betrieb, Handelsgewerbe, Lehrlingswesen, gewerbliches und kaufmännisches Bildungswesen, Submissionswesen, unlauterer Wettbewerb, Aufsicht und Vollziehung, Straf- und Uebergangsbestimmungen. Das Gesetz findet Anwendung auf alle Gewerbe mit handwerklichem und industriellen Betrieb sowie auf das Handelsgewerbe, soweit für sie nicht die Bestimmungen des eidgenössischen Fabrikgesetzes oder des kantonalen Arbeitermehrwertgesetzes gelten. Demnach wird vom Gesetz auch der kleinste Betrieb erfasst und kommen keine Bestimmungen auch dem einzigen Gehilfen und einzigen Lehrling, der bei einem Meister ist, zu gute.

Eine Anzahl der Vorschriften sind von allgemeiner Bedeutung. So wird zur Regelung der Heimarbeit vorgeschrieben, daß, wenn Wohnräume als Arbeitsstätten für ein Gewerbe benutzt werden, sie allen gesundheitlichen Anforderungen zu entsprechen haben. Sie müssen im Verhältnis zur Zahl der darin Arbeitenden hinreichend groß, hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sein und dürfen weder zum Schlafen benutzt, noch darf darin gelocht werden. Neben den Wohnungsinhabern sind auch die Hauseigentümer dafür verantwortlich, daß die als Arbeitsstätten benutzten Wohnräume den Anforderungen des Gesetzes entsprechen. Die Ueberwachung dieser Bestimmungen liegt den örtlichen Gesundheitsbehörden ob, welche über ihre Thätigkeit alljährlich der Direktion des Gesundheitswesens Bericht zu erstatten haben.

Die zulässige Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit in den dem Gesetze unterstellten Betrieben richtet sich nach den Bestimmungen des eidgenössischen Fabrikgesetzes. Da dieses den elfstündigen Arbeitstag normiert, so gilt dann derselbe auch für den kleinsten Gewerbebetrieb. Wird das Fabrikgesetz revidiert und der Achtstundentag eingeführt, so gilt derselbe dann ohne weiteres auch für alle Gewerbebetriebe in Kanton Zürich. Die tägliche Arbeitszeit des Personals der Kaufläden soll nicht mehr als elf Stunden betragen und für kaufmännische Bureaus 60 Stunden in der Woche.

Der Lohn für Ueberzeitsstunden, für Nacht- und Sonntagsarbeit soll wenigstens um ein Viertel höher sein als der gewöhnliche Lohn.

Zur Aufsicht und Vollziehung des Gesetzes werden der Regierung bezw. dem betreffenden Departement zwei Kommissionen beigegeben, eine für das Handels- und eine zweite für das Fabrik- und Gewerbewesen von je 10 Mitgliedern, welche je zur Hälfte Vertreter der Arbeiter bezw. Angeestellten und der Unternehmer sein sollen. Die Mitglieder wählt auf Vorschlag der betreffenden Organisationen der Regierungsrat.

### Litterarisches.

Mendelson, Dr. Max, Die Stellung des Handwerks in den hauptsächlichsten der ehemals künftigen Gewerbe. X und 240 S. 8°. Jena 1899. Gustav Fischer.

Es war ein sehr guter Gedanke, die Resultate der deutschen Gewerbebeziehung vom Juni 1895 mit den Ergebnissen der Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik über die Lage des Handwerks zusammen zu verarbeiten. Mendelson hat dies für eine große Anzahl von Gewerben ausgeführt und was doppelt anerkanntenswerth bei einer Ersparnisarbeit, in vortrefflicher Weise. Zu bedauern ist nur, daß diese Publikation erschienen ist, bevor die letzten Bände der deutschen Berufs- und Gewerbebeziehung, vor allem Band 111 und der noch ausstehende Band 119 über Gewerbe und Handel im Deutschen Reich nach der gewerblichen Berufsbeziehung vom 14. Juni 1895 erschienen waren. Sicherlich hätte bei Verlässlichkeit aller Veröffentlichungen über die letzten Zählungen das Buch noch bedeutendere Ergebnisse zu Tage gefördert. Aber auch so giebt es einen ausgezeichneten zuverlässigen und gut lesbaren und dabei kurzen Ueberblick über die traurige Lage des Handwerks, über die unüberwindbare Konkurrenzfähigkeit des Großbetriebes.

Wir möchten diese Schrift warm empfehlen zur Anschaffung für Arbeiterbibliotheken, vor allem für die Gewerkschaften derjenigen Berufe, die in dem Buche behandelt sind: Seiler, Gerber, Dörcher, Drechsler, Tischler, Klempner, Schmiede und Schlosser, Tapezierer, Sattler, Buchbinder, Schuhmacher, Schneider, Wäder und Konditoren, Fleischer, Barbiers, die Baugewerbe (Maurer, Zimmerer, Maler).

### Der Krieg.

#### Von Lady Smith.

London, 8. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Pietermaritzburg vom 5. d. M. General Buller und sein Staff seien am Abend dieses Tages nach Pretoria abgereist.

„Star“ veröffentlicht eine von Eingeborenen nach Pretoria gebrachte Lady Smith'sche Warnung, daß am 30. November die Befestigung zwei harthäutige Sturmgewehre der Boeren zurückgeschlagen habe. Die Verluste der Boeren wären angeblich beträchtlich, die der Engländer unerheblich gewesen.

Eine „Standard“-Meldung aus Lady Smith vom 2. Dezember besagt, die Befestigung sei anhaltender und verheerender, da einige Kreuzot-Kanonen jetzt daran teilnehmen. Die Boeren beschossen das Hospital, mehrere Infanterien wurden getötet oder verwundet. White ließ die Meldung nach Pretoria gelangen, daß ein Zwiespalt zwischen den Transvaal- und Orange-Boeren entstanden sei, und daß ihre Vorräte anfangen knapp zu werden. Nach Verläuten von Eingeborenen machten die Boeren Montag einen Angriff in großem Anstich auf Lady Smith, wurden aber mit schwerem Verluste zurückgeschlagen.

Das „Mentische Bureau“ meldet aus Pretoria vom 7. d. M.: In der Richtung auf Lady Smith wurde heute früh heftiges Geschützfeuer vernommen.

Die zweite Ausgabe der heutigen „Times“ meldet aus dem Lager bei Pretoria vom 6. Dezember: Die Boeren brachen eins von den größten ihrer fünf Lager nahe bei Colenso ab und bewegten sich ostwärts.

#### Kämpfe im Westen.

Meldung des „Mentischen Bureaus“ aus Modder-River vom 4. Dezember: In der vergangenen Nacht ist die Verbindung mit Kimberley hergestellt worden. Es wurde von dort gemeldet, daß alles wohl sei, daß die von hier mitgetheilten Informationen als befriedigend angesehen würden, und daß reichlich Vorräte vorhanden seien. Die Stadt sei seit dem 25. November nicht mehr bombardiert worden. Da im Fluße viele Leichen des Feindes gefunden wurden, welche das Wasser verpesteten, ist das britische Lager eine Meile weiter nach Norden verlegt worden.

Das „Mentische Bureau“ meldet ferner vom 6. d. M. aus Pretoria: Hier ist die Nachricht eingegangen, daß heute früh 6 Uhr in der Nähe des Modder-Flusses ein Gefecht begann.

#### Im Norden der Kapkolonie.

Queensdown, 5. Dezember. Nach Meldungen, die hier aus Ladysmith eingetroffen sind, haben nicht die Freistaat-Boeren, sondern Aufständische der Kapkolonie Dordrecht besetzt.

Stierström, 5. Dezember. Zur Verstärkung der Division des Generals Gatacre treffen neue Truppenabteilungen schleunigst ein; unter denselben befinden sich die 77. und 74. Batterie. Boeren-Abteilungen sehen noch in der Nähe von Dordrecht.

#### Schamlose Censur.

London, 8. Dezember. (B. G.) „Daily Telegraph“ beklagt sich bitter über die Censur, welche an den aus Südafrika einlaufenden Telegrammen geübt wird. Das Blatt teilt mit, daß ein Telegramm, welches über 1500 Fr. gelostet hat und am 8. November ausgegeben worden ist, ihm jetzt erst zugehört ist. Es ist dies die zweite Hälfte des Telegramms über die Salacht bei Ladysmith, dessen erster Teil vor 14 Tagen veröffentlicht worden ist.

#### Unterstützung durch das „Rote Kreuz“.

Laurenço Marques, 6. Dezember. Der deutsche Dampfer „König“ ist hier mit einer deutschen und einer holländischen Abteilung des Roten Kreuzes eingetroffen. Die Abordnung wurde hier von den deutschen Konsuln in Transvaal empfangen und wird morgen in einem für sie bereit stehenden Ambulanzzuge nach Transvaal abfahren.

#### Major v. Wischmann über die Boeren.

Interessant sind die Aeußerungen, die Herr v. Wischmann soeben in der „Steir. Alpenz.“ über die Ausichten der beiden kriegsführenden Parteien gethan hat:

„Die kriegerischen Vorzüge der Boeren werden sich ziemlich aufwiegen gegen den enormen Reichtum an Kriegsmitteln der Engländer. Ich glaube, dieser Krieg wird ein langes Ringen ohne besonders entscheidende Schlage werden; er wird sich, wie England, nicht auf einem andern Teil seiner kolonialen Interessen bedrängt, mit seinem ganzen Reichtum an Mitteln gegen die Boeren aufzutreten können, in einem Kleinkrieg auflösen, in dem die Boeren noch Jahre lang, ja bis zu einem gegenseitigen Uebereinkommen das Feld halten werden. Von einer absoluten Unterjochung könne keine Rede sein. Es müßte sich ja nun bald entscheiden, ob General Joubert die englischen Entsatstruppen aufhalten und zurückweisen kann. Sollte ihm das gelingen, so wird sich die Partei der Boeren zu stärken, da ein weiterer, späterer Nachschub von Entsatstruppen den Engländern nichts mehr nützen wird. Afrika und manche Partei, die heute noch in Schwanken begriffen und durch den englischen Einfluß niedergehalten wird, sowie auch viele Eingeborene werden sich dann offen für die Boeren erklären. Transvaal und der Orange-Freistaat werden dann freie selbständige Republiken bleiben, wenigstens noch auf lange Zeit. England wird in seine schon von den Boeren vollkommen anerkannten Besigungen zurückgedrängt werden. Gelingt es aber den Engländern, ihre Entsatstruppen herbeizuführen, so vereinigen, die von den Boeren jetzt bedrängten Truppen zu entsenden, dann beginnt ein langwieriger Kleinkrieg, dessen Ende gar nicht abzusehen ist. Die Boeren werden festsetzen, man kann wohl den Ausdruck gebrauchen: bis zum letzten Blutstropfen. Niemals werden sie sich durchaus unterjochen lassen.“

#### Letzte Meldungen.

London, 8. Dezember. Lord Salisbury wohnte heute einem Ministerrat bei, in welchem ganz besonders die Frage des Aufstandes der Holländer in der Kapkolonie zur Sprache kam. Dieser Aufstand scheint bedeutend ernster zu sein, als bisher vermutet wurde. Derselbe paralytisierte vollständig die Bewegungen der Generale French und Gatacre, welche mit einer starken Kolonne nach dem Orange-Flusse aufbrechen sollten, um von dort in den Orange-Freistaat einzubringen. Es wird berichtet, daß eine ausgebreitete Verschwörung in Kapstadt entdeckt worden ist, und daß zahlreiche Verhaftungen bevorstehen.

London, 8. Dezember. Das Kriegsamt giebt bekannt: Von Lord Reithen sind heute keine weiteren Nachrichten eingegangen. Indessen sagt ein Telegramm aus Orange-River-Station, daß heute früh bei Graspan die Eisenbahnüberführung gesprengt wurde. Der Telegraph sei abgeschnitten. Führer bringen Meldungen von heftigem Geschützfeuer im Norden.

Pretoria, 7. Dezember. (Meldung des „Mentischen Bureaus“.) Folgendes Telegramm ist hier aus dem Hauptlager vor Ladysmith vom heutigen Tage eingegangen: In der letzten Nacht ging hier die Nachricht ein, daß die Engländer auf Colenso vorgehen, aber die Nacht verging, ohne daß ein Angriff erfolgte. Heute früh begann ein unregelmäßiges Kanonenfeuer. Die Schiffgeschütze in der Stadt erwiderten es kräftig.

#### Nachtrag zum Reichstagsbericht.

In der Sitzung am 1. Dezember ist ein Passus aus der Rede des Genossen Stadthagen herausgeblieben, den wir hiermit nachtragen:

Bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist von allen Seiten anerkannt worden, daß eine Beschränkung des Koalitionsrechts durch die Arbeitgeber etwas gegen die guten Sitten Verstoßendes sei und deshalb ein diesbezüglicher Vertrag ungültig sei. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Auf Antrag des Centrums und auf meinen Antrag ist ausdrücklich die Beschränkung gestrichen worden, da diese Handlungen, die wider die guten Sitten verstoßen, gegen das Gesetz sein würden, auch wenn jemand ein formales Recht gebraucht. Nach der Ansicht des Kollegen Gröber ist es eine der hervorragendsten Eigenschaften des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß es den Wert der Arbeitskraft anerkennt und diese als etwas zu Schätzendes darstellt. Sie geben aber zurück auf frühere verbotene, reaktionäre Anschauungen, wenn Sie der Arbeitskraft nicht dasselbe Recht geben wollen, wie irgend einem anderen Teile des Eigentums. Hier zeigt es sich: wer ist der Feind des wichtigsten Eigentums des Menschen, der Arbeitskraft. Verlangen wir zuviel, daß die Arbeit, die früher mißachtet, von Sklaven verrichtet wurde und heute von Freien verrichtet wird, denselben Schatz genieße wie das Eigentum? Dieser Paragraph ist ein wahrer Paragraph zum Schutze der Arbeitswilligen, und die Regierung müßte ihn eigentlich einbringen. Ich würde es verstehen, wenn manchen Leuten die hier festgesetzte Strafe zu gering erscheint und nichts dagegen haben, wenn für diese Mißachter des Koalitionsrechts das Arbeitshaus an Stelle des Gefängnisses tritt. (Heiterkeit.)

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Französische Deputiertenkammer.

Paris, 8. Dezember. (B. L. B.) Bei der Beratung des Budgets für die Kolonien betont der Nationalist Faure die Notwendigkeit, die Verteidigung der Kolonien sicher zu stellen, eine Kolonialarmee zu schaffen und ein unterirdisches Kabelnetz herzustellen. Redner kommt auf Chamberlains Rede zu sprechen und sagt, dieser habe zwar nur in seinem eigenen Namen gesprochen; immerhin sei aber die Thatsache, daß ein englischer Minister eine derartige Sprache führen konnte, bedeutungsvoll genug, um in der Kammer besprochen zu werden, und bezeichnend für die Stimmung, welcher Rechnung zu tragen hohe Zeit sei. Chamberlains Rede bedeutete eine erste Warnung. (Beifall.) Redner wendet sich sodann dagegen, daß Agenten im geistlichen Gewande Tunis und die Kabylie durchziehen und den Arabern Pulver verlaufen; erklärt, die Garnison von Bizerta sei zu schwach im Verhältnis zu der Besatzung von Malta und schlägt mit einer Besprechung der englischen Streitkräfte im Mitteländischen Meer.

D'Estournelles weist auf die Gefahr hin, welche eine koloniale Ausdehnung mit sich bringe, namentlich wegen möglicher Verwicklungen mit dem Auslande, da ja Frankreich weder eine Kolonialarmee noch eine Flotte zum Schutze der Kolonien besitze. Redner spricht sich gegen die Ansetzung französischen Kapitals in China aus, wo die Schaffung einer Industrie eine Konkurrenz herbeiführen würde, welche Europa unmöglich anhalten würde. Etienne tritt für die Kolonialpolitik ein. Der Minister der Kolonien Decrais erklärte, die Regierung werde sehr bald in der Lage sein, einen Gesetzentwurf über unterirdische Kabel vorzulegen. Etienne ergreift alsdann nochmals das Wort und verlangt die schleunige Bildung einer kolonialen Armee.

#### Italienische Deputiertenkammer.

Rom, 8. Dezember. (B. L. B.) Der Präsident verliest ein Gesetz um Genehmigung der Strafverfolgung des Deputierten Palizzolo. Derselbe wurde in dem gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Mailand schwebenden Prozeß wegen der Ermordung des früheren Direktors der Bank von Sizilien Rotarbartolo von mehreren Zeugen beklagt, den Auftrag zur Ermordung des letzteren gegeben zu haben. Auf Antrag Sonnino beschließt die Kammer, jegliche in den Bureaus zusammenzutreten, um sich über das Gesetz schlüssig zu machen. (Beifall.) Ministerpräsident Pelloni erklärt, man müsse die Sache beschleunigen, da Palizzolo sich bisher noch nicht in das Auslande begeben habe. (Allgemeine Zustimmung.) Die Kammer erteilt sodann die Ermächtigung zur Strafverfolgung und eventuellen Verhaftung Palizzolos.

Diese ist bereits in Palermo erfolgt.

Paris, 8. Dezember. (B. G.) In der Militärkammer zu Gard merkten 80 Schüler. Sie zerstörten ihre Bänke, warfen die Fenster ein und forderten in einem Anrufe, den sie mit „Fort Chabrol“ unterzeichneten, die Abhebung mehrerer höherer Offiziere. Auf Jureden der Offiziere wurde der Aufstand beigelegt.

Der französische Einigungskongress.

Paris, 5. Dezember.

Fünfte Sitzung. Dienstagabend.

Beginn 9 Uhr. Fortsetzung Punkt I.

9. Dezember. Galais spricht im Namen der Gewerkschaften zu Gunsten Millerands, weil dieser für die Stärkung der Gewerkschaften viel getan. Alle unsere Kameraden im Norden haben Millerands Eintritt ins Ministerium gebilligt. Er begründet folgende von den Gewerkschaften vorgeschlagene Resolution: „Die sozialdemokratische Partei muß den Klassenkampf auf allen sich ihr darbietenden Gebieten führen. Zudem sie die Expropriation der Produktionsmittel durch die soziale Revolution fördert, darf sie andererseits nicht die unmittelbaren Vorteile geringschätzen, die der Arbeiterklasse die Mittel sichern können, um in wirksamer Weise für die Besserung ihrer Lage und ihre endgültige Befreiung zu kämpfen. Die Gewerkschaftsdelegierten beauftragten daher ihre Vertreter in der Resolutionskommission, von dieser einen Beschluß zu erwirken, der die unmittelbaren Interessen der organisierten Arbeiterklasse nicht kompromittiert.“

Guesde, mit lebhaftem Beifall begrüßt, wendet sich gegen Viviani, der seine Wahlhilfe für Guesde und Vallant in Erinnerung gebracht habe. Wir zahlen unsere Schulden, wenn es Schulden sind. Aber ich sage Viviani, daß, wenn die Vallants sich nicht 1871 zum Tode hätten verurteilen lassen, so besäße Viviani jetzt nicht die Stellung, die er innehat. (Lebhafte Beifälle und heftiger Widerspruch.) Ich thue den Gewerkschaften nicht die Verleumdungen an, vorauszusetzen, daß sie die Revolutionen um ein Linsenmaß zu vertauschen bereit seien. Es ist keine Identifizierung möglich zwischen parlamentarischen, municipalen Posten einer- und Ministerposten andererseits. Ich protestiere gegen Verwechslung des Klassenkampfes mit der Jagd nach Portfeuille. Seit 20 Jahren verteidigen wir denselben revolutionären Standpunkt des schroffen Gegensatzes der Arbeiterklasse gegen alle anderen Klassen. Die Lehre von der Eroberung der Macht hat nichts mit Ministerposten zu thun. Wir sind in Uebereinstimmung mit dem internationalen Sozialismus. Die Umfrage der „Petite République“ hat nahezu die Einstimmigkeit der Sozialisten aller Länder gegen Millerands Ministerchaft ergeben. Sowohl Debel wie Schoenland und Liebnecht...

Ein Ruf: „Nieder mit Liebnecht!“ entseht einen minutenlangen Sturm der Enttäuschung. Man ruft fortwährend: „Ginaus! Aus! Aus! Aus!“ „Allgemeiner Tumult.“ Die Tribüne des Präsidiums wird von zahlreichen Delegierten zugleich betreten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung protestiert der Vorsitzende im Namen des Kongresses gegen den Ruf und schlägt vor im Namen des Präsidiums, „der deutschen Sozialdemokratie und ihrem verehrten Veteranen Liebnecht im besonderen den Gruß des Kongresses zu übermitteln.“ (Minutenlanges Beifall, angenommen per Reklamation.)

Delors und Genossen beantragen den Ausschluß des Delegierten, der Liebnecht beleidigt hat. Der Delegierte wehrt sich. Es ist Joindy, Allemanist. Er bestreitet die Tribüne (Zischen) und erklärt, er sei von den reinsten internationalen Gefühlen befeelt. Sein Ruf gegen Liebnecht sei einzig verursacht durch die im „Antragskammern“ von gestern und der „Libre Parole“ von heute wiedergegebenen Artikel Liebnechts in der Wiener „Fackel“, betreffend die Dreyfus-Affäre. (Joindy wird am weiteren Sprechen verhindert. Dessen Ausschluß aus dem Kongreß wird sofort mit erdrückender Mehrheit votiert unter stürmischen Beifall, der die Proteste der Minorität überdauert. Joindy verläßt den Saal.)

Fabrot sucht Joindy, seinen Organisationsgenossen, der Mitglied der allemanistischen Parteiführung und des Verständigungskomitees ist, zu entschuldigen. (Fortwährende Unterbrechungen.) Der Ausschluß sei eine viel zu harte Strafe.

Der Kongreß beschließt, etwaige weitere Auseinandersetzungen über Joindy auf morgen zu vertagen.

Guesde fährt fort: Die internationale Umfrage der „Petite République“ hat den Standpunkt der Arbeiterpartei gerechtfertigt. Redner citiert auch eine frühere Zeugenschaft Gervault-Richards, des Chefredacteurs der „Petite République“, gegen die sozialistische Ministerchaft. Ich hege keine persönliche Animosität gegen Millerand, der nur ein Opfer der „neuen Methode“ ist. Ein sozialistischer Minister ist unmöglich. Er kann höchstens reformatorische Proben durch Dekrete durchziehen. Beispiel: Im Januar l. J. hat die Kammer auf Antrag des sozialistischen Abgeordneten Strauß eine Resolution votiert, daß die Hälfte der Mitglieder des höheren Arbeiterrates von den Arbeitern zu wählen seien. Nun, Millerand war nicht einmal im Saal, dieses Votum zu verurteilen. Sein bezügeltes Defret giebt den Arbeitern bloß 22 von den 66 Mitgliedern des Arbeiterrates. Man hat viel von Millerand erwartet. Er hat aber Vankrott gemacht; dieselbe Justiz und Polizei wütet gegen das Proletariat wie vorher. Würde dieser Zustand andauern, so wäre das der endgültige Vankrott des Sozialismus. (Lebhafte Beifälle.) Es müßte eine Spaltung zwischen Revolutionären und Gemäßigten im Interesse des Sozialismus eintreten. Man hat die Republik retten wollen, in Wirklichkeit führt diese Rettungsmethode zur Kompromittierung der Republik, da die Massen sehen, daß ihre Hoffnungen auf die „neue Methode“ enttäuscht sind. Millerand ist, ebenso wie Albert in der provisorischen Regierung 1848, eine Geißel der Bourgeoisie.

Redner erinnert an die Debatte des Stuttgarter Parteitag's über den Schützoll. Insbesondere hat den Ausgang der Debatte entschieden die Minderheit auf die internationale Einigung der Arbeiter. Ein sozialistischer Minister müßte noch schlimmer den Internationalismus gefährden als das Eintreten von Sozialisten für den Schützoll. Denkt an die häßlichen kolonialen und andere Kriege. Da hätten wir einen französischen Millerand und einen englischen, die einander betrogen. Die Internationale wäre tot und begraben. (Stürmischer Beifall.) Dem Redner wird eine Ovation bereitet.

Redpender, Gewerkschaftsdelegierter, spricht zu Gunsten Millerands, jedoch, wenn die Regierung demokratisch ist, erklären die Gewerkschaften, und ungeachtet Millerands Reformvorschläge haben uns gefehlt. Redner zählt einige der Reformen Millerands auf und jagt, die Durchführung von diesen Reformen durch einen Sozialisten sei von großem Vorteil für den Sozialismus. (Lebh. Beifall.) Millerand hat das verwirklicht, was alle seine Vorgänger niemals haben versuchen wollen. Ohne Millerand hätten wir im Arbeiterrate nicht einmal fünf Gewerkschaftsvertreter bekommen. (Beifall.) Ebenso ist erst dank Millerand das Schützoll für Frauen und Kinderarbeit von 1892 zur Wirklichkeit geworden. (Wohlsinnige Zustimmung.) „Und die Streiks?“ (Ja wohl, die Streiks!) Früher stritten wir beim Ausbruch eines Streiks, da die Polizei und Militär Gewalt stets provokatorisch vorging. Unter Millerand hat sich das geändert. Die Arbeiter fürchten nicht mehr, den Gewerkschaften beizutreten. Zum Schluß verweist Redner auf die neueste erfolgreiche Einmischung Millerands zu Gunsten der streikenden Tabalarbeiter von Nantes. (Lebhafte und langdauernde Beifälle.)

Bonard, Delegierter der Föderation des Jura-Departements: In der Provinz verlangt man vor allem die Einigung. Hier und gibt es keine Guesdisten, keine Allemanisten und keine Blanquisten, sondern nur Sozialisten. (Lebhafte Beifälle.) Die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktion ist notwendig, um praktische Resultate zu erzielen. Wir haben im Jura Genossenschaften, die die sozialistische Propaganda mit Geldmitteln unterstützen. Mil-

lands Eintritt ins Ministerium ist bei uns als eine Enttäuschung begrüßt worden angesichts der Gefahren der damaligen Situation. (Stürmischer Beifall.) Millerands Ministerchaft hat die Aktion unserer Gewerkschaften und Genossenschaften angepörrt. Redner bekräftigt sodann die organisatorische Einigung auf der Grundlage der departementalen Föderationen. (Lebhafte Beifälle.) Die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung wird mit Mehrheit geschlossen.

Vorher wurde noch per Reklamation die Begründung der sozialistischen Parteien aller Länder beschloffen.

Holbes, einer der Führer der Streiks in Montceau-les-Mines und in Creuzot, erhält danach das Wort, um über den Verlauf der Streiks zu berichten, die man gegen Millerand ins Feld geführt hat. In Creuzot war es der Mißbrauch des Ausganges nach Paris, der Walde-Roussau zu seinem Schiedsspruch bewog, hat aus Furcht vor dem Auszug. Aber die Folgen des Schiedsspruches? Die verbotenen Rechte der Arbeiter werden mit Füßen getreten. Täglich werden organisierte Arbeiter, besonders die Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes gemahnt. (Lebhafte Beifälle bei Guesdisten und Blanquisten.) Alle Reklamationen der Arbeiter bei Walde-Roussau helfen nichts. Der Schiedsrichter läßt ruhig seine Entscheidung mit Füßen treten. Millerand hat zwar große Anstrengungen zu Gunsten der Arbeiter von Creuzot gemacht, aber er war ohnmächtig. Das kapitalistische System ist daran schuld. (Lebhafte Beifälle.) Ich weiß, daß Millerand Reformen anstrebt, aber werden sie auch verwirklicht werden? Sind nicht alle Arbeiterkategorieen infolge der kapitalistischen Herrschaft auf dem Papier geblieben? 15 Jahre nach Einführung des Koalitionsgesetzes muß man ein neues Gesetz machen, um jenes sicher zu stellen! Und ist das neue Gesetz votiert, so werden die bourgeoisien Richter für dessen Verfehlung sorgen. (Lebhafte Beifälle.) In den Streiks von Gurgon, Genet, Montluçon und des Doubsbäales ist das Militär trotz des guten Willens Millerands in aller Weise gegen die Arbeiter angesetzt worden. (Lebhafte Beifälle.) Dort wäre ein Haor ein Gemel angeordnet worden. Und welches wäre dann die Situation des sozialistischen Ministers gewesen? Diese Erwägung hat noch insbesondere gegen die Ministerchaft entschieden. Ich bin auch für eine erweiterte Auffassung des Klassenkampfes, für ein alseitiges Eindringen in die kapitalistische Hochburg, für eine alseitige Aktion nach dem Muster der belgischen Sozialisten. Aber die Ministerchaft gehört zum Klassenkampf nicht! (Lebhafte Beifälle.)

Nach einer verworrenen und unruhigen Diskussion für und wider das sofortige Votum über Punkt I, schließt die Sitzung um 12 1/2 Uhr nachts.

Paris, 6. Dezember.

Sechste Sitzung. Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Tagespräsident Desjardins, Bürgermeister-Adjunkt von Lille, zu denjenigen Guesdisten gehörend, die mit den Unabhängigen zusammengehen.

Zunächst wird auf den Vorschlag der Guesdisten Arbeiterpartei einstimmig beschloffen, dem gestern ausgefallenen Point d'ordre wieder die Ausübung seines Delegierten-Mandats zu gestatten.

Es entspinnt sich eine neue Debatte für und wider die Wiedereröffnung der Diskussion über den ersten Teil des ersten Punktes der Tagesordnung (Fall Millerand). Der Schluß der Diskussion wird hauptsächlich mit guesdistisch-blanquistischen Mehrheit endgültig votiert.

Wir müssen nachtragen, daß nach Schluß der Abendung vom Dienstag ein Teil der Guesdisten mit dem Abg. Jouvans an der Spitze verurteilt hat, ein neues Bureau zu bilden und die Sitzung wieder zu eröffnen, um die sofortige Abstimmung über den Fall Millerand vorzunehmen, trotzdem die Resolutionskommission sich noch nicht einmal konstituiert hatte. Heute protestieren in der „Petite République“ neun guesdistische Abgeordnete (unter 18) und drei weitere guesdistische Delegierte gegen jeden „Ueberrumpelungsveruch“.

Die „Petite République“ schreibt ihrerseits: „Der mächtige Weisheit der sozialistischen Einigung und Loyalität, der die übergroße Weisheit der Delegierten beweist, wird diese Manöver vereiteln: sie werden sich mit schändlicher Gewalt gegen deren Urheber hehren.“

Da Desjardins Beteiligung an der Resolutionskommission notwendig ist, wird er im Präsidium durch Abg. Journière (Unabhängiger) ersetzt.

In die Kommission werden noch sechs Gewerkschafts- und drei Genossenschaftsvertreter gewählt.

Cery, Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission, berichtet über eine Anzahl besitzener Mandate. l. a. beantragt die Kommission, die Delegierten des Wahlkreises Kersilly (bei Paris) zuzulassen, da die dortigen sozialistischen Gruppen nicht dafür zu haben haben, daß der von ihnen aufgestellte Kandidat, der feierliche Abgeordnete Valoge, sein sozialistisches Wahlprogramm verlegt hat und in der Kammer der unabschließlichen Fraktion beigetreten ist. Der Kommissionsantrag wird bekämpft unter Hinweis darauf, daß Valoge zugleich von den Radikalen unterstützt war und antirevolutionäre Erklärungen schon während der Wahlkampagne gemacht hat. Die Delegierten von Kersilly werden mit erheblicher Mehrheit zugelassen. Die weiteren Anträge der Kommission werden nach kurzer Debatte en bloc angenommen.

Hierauf wird ohne Debatte eine Motion einstimmig angenommen, die die Wahrung der Ruhe und der Weisheit der Redner verlangt.

Ann. beginnt die Diskussion über den zweiten Teil des Punkt I:

„Mittel und Wege zur Eroberung der Macht.“

Briant (revol. Unabhängiger) bekräftigt den Generalstreik, zu dessen Urhebern er gehört. Alle Gewerkschaftskongresse seit dem Pariser von 1892 haben den Generalstreik votiert. Die sozialdemokratische Partei darf nicht die Beschlässe des organisierten Proletariats mißachten, sie muß mit den Gewerkschaften in an ihrer Spitze marschieren. (Beifall.) Die teilweisen Streiks sind politisch wie ökonomisch erfolglos. Vom ökonomischen Standpunkt ist es unmöglich, Gegner des Generalstreiks zu sein, wenn man Anhänger der gewerkschaftlichen Organisation ist. Wie der einzelnen Gewerkschaft, mag sie es wollen oder nicht, der teilweise Streik sich ausdrängt, so kann der Fall eintreten, daß die Gesamtorganisation sich vor die Notwendigkeit des Generalstreiks gestellt sieht. Vom politischen Standpunkt wendet man ein, der Generalstreik sei die soziale Revolution: wozu also jetzt und nicht gleich diese zu predigen? Ja antwortet: der Generalstreik ist ebenso wie die Revolution von der Entwicklung und den Umständen abhängig. Man kann nicht die Revolution betreiben, aber der Menschewille kann die Entwicklung beschleunigen und die Ereignisse vorbereiten. Guesde sagte gestern, wie wir die Revolution mit dem Gewehr in der Hand machen. Aber wo sind die Gewehre? (Lebhafte Beifälle.) Der Generalstreik ist eben ein Mittel zur Durchführung der Revolution. Die alten revolutionären Methoden taugen nicht mehr. Wie im Krieg alles auf die rechtzeitige Mobilisation ankommt, so auch in der Revolution. Nun, die Mobilisation des Proletariats ist am schnellsten durch die Gewerkschaften zu bewerkstelligen. Selbst wenn wir die Majorität im Parlament hätten, so wären wir nicht im Stande, mit der Majorität allein unser Ziel zu verwirklichen. Die Bourgeoisie würde die Arme gegen die sozialistische Parlements-mehrheit aufstellen. Der Generalstreik würde die militärische Aktion lähmen. Der mißlungene vorjährige Generalstreikbeweis nichts. Es war aber der erste Versuch, der ja, dem in besonders ungünstiger Situation stattfand. Wer den Generalstreik vorbereitet, handelt als Sozialist und Revolutionär. (Lebhafte Beifälle.)

Delors, guesdistischer Bürgermeister von Lille: Keine Waffe kann als die beste gelten und andere Waffen verdrängen. Die Wahl der Kampfmittel hängt von den Umständen ab. Die Revolution wird meines Erachtens viel leichter die Folge politischer Ereignisse sein, als die Folge ökonomischer, denn diese haben eine total beschränkte Wirkung als jene. Wenn man erklärt, der Generalstreik ist ein Mittel, das in einem bestimmten Moment angewendet werden kann, so bin ich kein Gegner des Generalstreiks. Dieses ist für mich kein Mittel, sondern lediglich ein Mittel. Die belgische Partei, die den Generalstreik zu einem bestimmten Zweck gemacht hat, treibt doch keine spezielle Agitation für den Generalstreik. Kommt einmal ein günstiger Moment, dann bin ich bereit, die Prozedur der Generalstreiks zu prüfen. Aber es ist falsch, ihn als das einzige revolutionäre Mittel und Prinzip zu erklären. Das einzige revolutionäre Prinzip ist, wie Vallants Resolution besagt, die Diktatur des Proletariats. (Beifall.)

Fabrot, Allemanist, spricht für den Generalstreik, ohne neue Gesichtspunkte zu entwickeln.

Le Page erklärt kurz im Namen der Blanquisten, daß sie den Generalstreik anerkennen, weil sie alle revolutionären Mittel anerkennen. (Beifall.)

Tallemon spricht namens der Drouffisten (Possibilisten) über die Aktion. Man kann Sozialist sein, ohne es zu wissen. (Widerspruch.) Das gilt von den Bauern, unter denen Redner wirkt. Sobald die Bauern die Vorteile gegen die von den Bourgeois zu bewerkstellenden Sozialisten übersehen, werden sie unseren Ideen zugänglich. Man braucht aber hierzu, die richtige Methode anzuwenden, das Minimalprogramm ihnen auseinanderzusetzen. Warten wir also auch unter den Bauern! (Beifall.)

Dejeante (Kommunist. Alliance) freut sich, den Generalstreik nicht mehr so heftig wie früher bekämpft zu sehen. Millerands Eintritt ins Ministerium hat einen im Entstehen begriffenen Generalstreik vereitelt. (Beifall und Widerspruch.) Die Rücksicht auf den Generalstreik ist ein weiterer Grund gegen die sozialistische Beteiligung am Ministerium. Der Streik von Creuzot war ein Vorbild des Generalstreiks.

Chaussevat bekräftigt namens der Gewerkschaften den Generalstreik, aber die ökonomische Aktion muß durch die politische unterstützt werden.

Schluß der Sitzung um 6 Uhr.

(Schluß siehe Hauptblatt.)

Soziale Rechtspflege.

Selbständiger Schanbetrieb oder Nebenbetrieb der Landwirtschaft? Die weisliche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat in ihrem Statut eine auf Grund des Gesetzes angenommene Bestimmung, wonach der Zwangsversicherung bei ihr Landwirte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 2000 M. nicht unterliegen. Unter Bezugnahme auf diese Bestimmung verzweigte die genannte Berufsgenossenschaft dem unfallsverletzten Landwirt und Brennermeister Gaverden die Gewährung einer Rente. G. legte Berufung ein und wandte sich später, als diese erfolglos blieb, an das Reichs-Versicherungsamt. Er führte aus, daß er aus der Landwirtschaft nur 900 M. jährlich erziele, während die übrigen 1275 M. seines Jahreseinkommens aus der Brennerei und seinem Schanbetriebe stammten. 200 M. entfielen auf den Auschank, so daß sein Jahreseinkommen aus der Landwirtschaft selbst dann weniger wie 2000 M. betrage, wenn die Brennerei als Nebenbetrieb der Landwirtschaft angesehen werde. Somit wäre er zwangsweise bei der Berufsgenossenschaft versichert. Indessen auch das Revisionsgericht erkannte zu seinen Ungunsten. Es ging davon aus, daß die Brennerei ein Nebenbetrieb der Landwirtschaft sei und daß andererseits der Auschank zu eng mit diesem Nebenbetriebe zusammenhänge, um ausgeschlossen werden zu können.

Schlichter der Töpfer und Innungs-Schiedsgericht. Die Kammer III des Gewerbegerichts hat einen jugendlichen Arbeiter, der den Töpfern des Innungsmeisters Segalterra als Zünger gedient hatte, mit einer Klage gegen den genannten Meister wegen Unzulässigkeit des Gewerbegerichts abgewiesen und begründend ausgeführt: Das Innungsgelehr (Novelle zur Gewerbeordnung) behne die Zuständigkeit der Innungs-Schiedsgerichte auch auf die gewöhnlichen ungelerten Arbeiter derjenigen Innungsmeister aus, für die ein Innungsgericht zuständig sei. Für den Beklagten sei nun an sich das Schiedsgericht der Töpfer-Innung maßgebend, deren neues Statut bereits genehmigt sei. Nicht zu ständig für die Klagen ungelerten Arbeiter von Mitgliedern der Töpfer-Innung wäre deren Schiedsgericht nur dann, wenn die ungelerten Arbeiter des Töpfergewerbes nicht ordnungsmäßig in dem Innungs-Gewerkeausch vertreten wären. Ob dies der Fall oder ob es nicht der Fall sei, habe aber nicht das Gewerbegericht festzustellen, das wäre vielmehr Sache des Innungs-Schiedsgerichts.

Gewerbegericht und Innungs-Schiedsgericht. Der Glaser R. hatte den Innungsmeister Kasteincke beim Gewerbegericht auf Gewährung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung verklagt, weil K. ihn ohne vorherige Kündigung plötzlich entlassen hatte. Da die Glaserinnung bei einem Innungs-Schiedsgericht beteiligt ist, lehnte es die Kammer III des Gewerbegerichts wegen Unzulässigkeit ab, in der Sache zu entscheiden. Doch meinte der Vorsitzende, Gewerberichter Schalhorn, die Parteien könnten beim Gewerbegericht einen Vergleich schließen. Der Beklagte war nicht abgeneigt, den Kläger wieder in Arbeit zu nehmen. Die noch nicht abgelaufene zweite Woche der Kündigungsfrist wollte er ihn bestimmt beschäftigen, während für später die Kündigung ausgeschlossen sein sollte. Es kam auch ein derartiger Vergleich zu stande, der Kläger erklärte dann jedoch, er verzichte nicht auf eine Entschädigung für die ersten 8 Tage. Im Einverständnis mit den Parteien wurde nunmehr in das Protokoll noch aufgenommen, daß der Kläger beantragte, seine Sache insoweit dem Innungs-Schiedsgericht zu überweisen, als es sich um die Entschädigung für die erste Hälfte der Kündigungsfrist handele. — Es liegt hier somit der eigentümliche Fall vor, daß ein Rechtsstreit zur Hälfte vom Gewerbegericht erledigt wurde, während dem Innungs-Schiedsgericht der Rest verblieb.

Verfammlungen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband beschäftigte sich am Sonntag in seiner Generalversammlung mit der bevorstehenden Entscheidung der Zwangsinnung für das Tischlergewerbe, welche am 1. Januar in Kraft tritt. Rob. Schmidt legte einleitend die verschiedenen Bestimmungen dar, die durch das Gesetz getroffen sind. Er schilderte den Aufbau und die Tätigkeit der Zwangsinnung und empfahl eine rege Beteiligung bei der Wahl des Gesellenauschusses. Redner kritisiert dann das heutige Krankenversicherungswesen. Durch die Zwangsinnung mit ihrer Affenerechtung werden Tausende unserer Kollegen gequält, weil sie ihrer Rechte in den alten Klassen (Ordnungs-Klassen) verlustig gehen. Wir müssen daher dahin wirken, das Krankenversicherungswesen einzustellen zu gestalten. Wechs nicht anders, dann muß auf die Auflösung der Innungs-Klassen hingewirkt werden. Durch die Zwangsinnungen erhalten auch die Innungs-Schiedsgerichte eine Bedeutung, die sie jetzt nicht haben. Es wird der

Rechtszustand für den Arbeiter wieder verschlechtert, anstatt verbessert, weil für alle bei Zimmereiern beschäftigten Tischler das Gewerbeprivat nicht mehr zuständig ist. Es tritt dann der komplizierte Apparat mit Berufung auf die ordentlichen Gerichte wieder ins Leben. Zum Schluss erläuterte Redner die Handwerkskammern und die Arbeitervertretung an diesen.

In der Diskussion wurden vom Referenten einzelne Fragen beantwortet. Gegen die Beteiligung an den Wahlen zum Gesellenauschuss war niemand.

Es wurden sodann von der Versammlung für den Gesellenauschuss folgende Mitglieder nominiert: Arndt, Berghard, Diet, Eschler, Engmann, Eulenfeld, Geppert, Hoffner, Habelsch, Klingner, Lohse, Lude, Mann, Matthes, Wendt, Nonnen, Ostermann und Stucke. Sobald bekannt wird, aus wie viel Personen sich der Ausschuss zusammensetzt, soll die Ortsverwaltung eine engere Wahl für eine einheitliche Vorkandidatliste vornehmen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, Cantonisierung, wurde beschlossen, zehn Delegierte zu wählen. Vorgelegten wurden: Adrens, Böste, Brinkmann, Bunte, Denzer, Diet, Fendel, Glöde, Köppen, Kunze, Krause, Raab, Malina, Rissen, Schulz, Siefeld und Tabert. Da die Zeit vorgeschritten war, so wurde die engere Wahl ebenfalls der Verwaltung überlassen.

Mit dem Hinweis, daß jeder Kollege über 21 Jahre seine Stimme abzugeben habe, wenn die Wahlen zum Gesellenauschuss stattfinden, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**Ausführung des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgebung** vom 19. November 1899. Aufgenommen wurden die Männergesangsvereine „Osten“, „Wach auf!“, „Wilhelmshöhe“, „Einigkeit N.W.“ Der neue Vorstand besteht aus folgenden Personen: Richard Thate, 1. Vorsitzender, Schöneberg, Brunenwaldstr. 99; Paul Kupfer, 2. Vorsitzender; Max Begner, 1. Schriftführer; Otto Hoack, 2. Schriftführer; Gottsch. Vogt, 1. Kassierer; Ad. Weber, 2. Kassierer.

**Legilarbeiter.** In der öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Bäcker vom 29. November sprach Koyke über „Arbeiterlohn und Unternehmergewinn“. Sodann wurde über die Präzisierung des Kollegen Glöde, der von der Firma Riebel, Köpplerstraße, entlassen worden war, verhandelt; die Versammlung beschloß, den Genannten moralisch und materiell zu unterstützen.

**Eine gutbesuchte Bezirksversammlung der Zimmerer für Süd- und West- und Schöneberg** tagte am 30. November im Königsplatz. Nitzler referierte über „die Verhältnisse des Arbeiterbundes für das Baugewerbe und die Vereinbarungen zwischen den Berliner Zimmerern und ihren Arbeitgebern“. Die Form und die Taktik, welche die Organisation der Unternehmer einschlägt, sei dazu angehen, den Arbeitnehmern die Augen zu öffnen und sich nicht durch präherische Ergriffe, wie z. B. im Organ der Herren im Hause, sprechen zu lassen. Der Redner forderte auf, streng die von der Witzschner-Kommission gefassten Beschlüsse einzuhalten und jede Unregelmäßigkeit sofort dem Bureau zu melden. In der sich hieranschließenden Diskussion meinte Th. Fischer: Wenn wir in diesem Jahre auch nicht viel erlangen haben, so ist es den Arbeitgebern doch schon leid, diese wenigen Zugeständnisse gemacht zu haben.

Redner aber halten wir besser Wort, als die Arbeitgeber. Wie steht es denn mit den in dem Vertrag vorgesehenen Verbänden aus? Sodann erstattete Nitzler Bericht über die zweite Konferenz der Vertrauensmänner-Centralisation der Zimmerer Deutschlands vom 20. November 1899. Interessanten erschien das Protokoll der Verhandlungen in Nr. 48 der „Einigkeit“.

**Eine öffentliche Versammlung der Schmiede** tagte am Sonntag im Grand Hotel Alexanderplatz. Michaels erstattete einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Gesellenauschusses. Die Ausführungen gingen dahin, daß leider das Recht des Gesellenauschusses nur auf dem Papier steht, daß diese Zustände aber nicht eher geändert werden können, ehe nicht die Gesamtheit der Berliner Schmiede hinter dem Ausschuss steht. Eine scharfe Kritik von Seiten Baders erfuhr das Lehrlingswesen und der Arbeitsnachweis der Schmiede-Jungung. Eine Forderung sei aber auch hier nur durch eine starke Organisation zu erzielen. Im selben Sinne sprach Liebigang.

Sodann hielt Stadtdirektor Ad. Hoffmann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

**Die Kohrer** beschlossen in der Versammlung am 3. Dezember, nach einem Referat Gohls, dem Gewerkschaftsartikel beizutreten und wurde demgemäß zur Wahl der Delegierten geschritten. Aus der Wahl ging B. Bernau und als Ersatzmann G. Wichmann hervor, dieselben wurden auch einstimmig als Vertrauensmänner gewählt. Die Wahl der Revisoren fiel auf F. Behrend und A. Steinmar. Ferner wurde beschlossen, wöchentlich 20 Pf. für den Agitations- und Unterstützungsfonds vom 1. Januar 1900 an den Vertrauensmann abzuführen und zwar durch Deputierte, welche sich die Kollegen bei jeder Firma zu wählen haben.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgebung** hielt am 3. Dezember seine Mitglieder-Versammlung in den „Vorstadt-Sälen“, Adlerstr. 67, ab. Genosse Dr. Behl hielt einen Vortrag über: Alkoholismus und moderne Arbeiterbewegung. Sodann wurde folgender Antrag angenommen: Sollte das frühere Mitglied Meyer versuchen, sich in dem betreffenden Verein wieder aufnehmen lassen zu wollen, so darf das innerhalb eines Jahres nicht geschehen, nach Verlauf eines Jahres ist die Wiederaufnahme desselben von einer Mitglieder-Versammlung abhängig. Wegen Accordarbeit wurden eine Anzahl Mitglieder aus dem Verein ausgeschlossen. Dann wurde der Antrag angenommen, daß ausgeschlossene Mitglieder, wenn sie den Verein wieder betreten wollen, den Antrag selbst oder durch ein Mitglied der Versammlung vorzulegen haben. Klodann wurde bekannt gegeben, daß die Zahlstelle 80, nach Brangelstr. 21, Ede Pflasterstraße zu Herrn Albert Gragig, verlegt worden ist.

**Verband der Bau-Hilfsarbeiter.** Die Zahlstelle III hielt am 3. Dezember eine Versammlung ab, in welcher der Genosse Kiesel nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt.

**Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** hielt am 4. Dezember seine Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Hoffmann referierte über: „Auf was wir stolz sind“. Der Redner fand mit seinen treffenden Ausführungen den vollen Beifall der Versammlung. Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion. Unter Vereinsangelegenheiten wurden die Vorgänge in der Fabrik von S. Schulz eingehend besprochen. Allgemein verurteilt, selbst von anwesenden Verbandsmitgliedern, wurde das Verhalten des Holzarbeiterverbandes, dessen falscher Taktik es zu danken sei, wenn die Angelegenheit keine für die Arbeiter günstige Erledigung fand.

**Die Stoc- und Schirmarbeiter** hielten am Mittwoch eine stark besuchte Versammlung ab. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Reichstags-Abgeordneten Rosenow referierte Paul Jahn über: „Unternehmertum und Arbeiterklasse im Kampfe um ihre Interessen“ unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Eine Besprechung über den Vortrag wurde nicht beliebt. H. Lude erstattete hierauf einen ausführlichen Bericht über Entstehung, Verlauf und gegenwärtigen Stand des Streiks der Wiener Stodarbeiter. Die noch etwa 425 Streikenden, von denen sich nur wenige Streikbrecher gefunden haben, verlangen u. a. Anerkennung der Organisation, Einführung des Reinfindentages und der Lohnarbeit etc. Eine Anzahl Unternehmer haben über 200 Arbeiter diese Forderungen bewilligt. Im übrigen erwartet der Redner von den Berliner Kollegen eine kräftige Unterstützung, um einen raschen und vollständigen Sieg der Wiener Stodarbeiter zu ermöglichen. Sodann wurde beschlossen, daß alle arbeitenden Berliner Stoc- und Schirmarbeiter mindestens 30 Pf. pro Woche als Unterstützung an die Wiener Streikenden während der ganzen Dauer dieses Generalstreiks zu zahlen haben. S. B. erfuhr am Schluss der Versammlung um zahlreiche Beteiligung, bezw. Entnahme von Einladungsarten zur Uranavertellung in der Taubenstraße am 1. Weihnachtst-Feiertag, nachmittags 4 Uhr.

Diese Karten werden von allen Vertrauensleuten und in sämtlichen Zahlstellen der Stodarbeiter herausgegeben.

**Der Arbeitervertreter-Verein** hielt am Mittwoch bei Buske, Grenadierstr. 33, eine Versammlung ab. Die E. Simonowitsch berichtete, sind die Kandidaten, die in der vom Arbeitervertreter-Verein nach der Brauerei Friedrichshain einberufenen Versammlung aufgestellt worden sind, mit großer Majorität als Vertreter zur untern Verwaltungsbehörde der Invaliditätsanstalt Berlin gewählt worden. Ein genaues Resultat ist allerdings noch nicht bekannt, da die amtlichen Zahlen noch nicht veröffentlicht worden sind. Obgleich ein einheitliches Vorgehen eingeleitet worden ist — seitens der Arbeitgeber — ist doch eine bedeutende Zersplitterung und zwar auf beiden Seiten zu verzeichnen. Zum Teil ist die Zersplitterung darauf zurückzuführen, daß Kandidaten nominiert wurden, die den von der betreffenden Versammlung gestellten Anforderungen nicht entsprachen, und daß seitens der Orts-Krankenkasse der Kaufleute noch Wünsche geltend gemacht worden sind, so daß nachträglich eine Abänderung der Kandidatenliste notwendig war. Dem Bericht folgte eine längere Diskussion in der sich fast alle Redner zustimmend zu den getroffenen Maßnahmen äußerten.

Hierauf berichtete W. Arnst über die bisherige Tätigkeit und Funktionen des Ausschusses. Die interessanten Ausführungen des Redners wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Von einer Diskussion wurde abgesehen und als Vertreter zum Ausschuss unter denselben Vorbedingungen, wie die Schiedsgerichts-Veifiger, folgende Genossen aufgestellt: W. Arnst, Rude, Seibt, Zimpel, Dähne, Arns, Guttheit, Günther, Kempfuhl und Baader. Außerdem wurden 10 Stellvertreter zum Ausschuss gewählt. Dem Vorstande des Arbeitervertreter-Vereins wurde es überlassen, gemeinsam mit den Besitzern zur untern Verwaltungsbehörde noch weitere 20 Vertreter zum Ausschuss zu wählen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Rummelsburg.** Was verschuldet den Stillstand in der Entwicklung der Gemeinde Rummelsburg? Ueber dieses Thema referierte der Gemeindevertreter Genosse Ritter in einer außerordentlich starkbesuchten Volksversammlung, die am Mittwoch im Weigelschen Lokale stattfand und der auch verschiedene bürgerliche Gemeindevertreter beiwohnten. Redner führte unter anderem aus: Die Einwohnerzahl der Gemeinde sei nicht nur nicht gewachsen, sondern zurückgegangen, da Rummelsburg infolge seiner famosen Verwaltung in mehrfacher Beziehung hinter allen anderen Vororten Berlins zurückbleibe. Die Einwohner müßten einen Steuerzuschlag von nicht weniger wie 100 Proz. zahlen. Dabei seien z. B. die Strohen in einem geradezu erbärmlichen Zustande, und doch gebe es Leute an der Spitze der Gemeinde, die da meinen, der augenblickliche Zustand sei mindestens noch zehn Jahre zu bestehen. Sinn für Verbesserung sei nicht vorhanden, öffentliche Plätze und Anlagen, in denen sich die Frauen mit den Kindern tummeln könnten, wolle man nicht errichten, entsprechende Anträge würden einfach abgelehnt. Man sage immer, es müsse gewartet werden. Jawohl, aber wie habe man bisher gewartet. Da sei seiner Zeit der Vertrag mit der Kontinental Wasserwerk-Gesellschaft abgeschlossen worden und darin habe man sich auf zwei Arten der Verrechnung des Kaufpreises eingelassen, wonach der Preis einmal 882 626 Mark, das andere Mal 787 827 Mark betragen würde. Der Ratrat aus dem vor noch nicht langer Zeit eingerichteten Gemeinde-Bauamt habe den Preis horrend gefunden und die Einholung eines Gutachten veranlaßt. Danach sei das Wasserwerk einschließlich eines Reingewinns von 10 Proz. nur 517 000 M. wert. Ohne das Bauamt hätte man dies nicht herausgefunden. Das Bauamt sei also nicht überflüssig, wie die „sparsamigen“ Philister fortwährend behaupteten. Es lasse sich vielmehr eine bessere Sparsamkeit denken, und es sei nur zu bedauern, daß man an ihre Einführung nicht schon sechs Jahre früher gedacht habe. Jetzt werde es schwer halten, auf friedlichem Wege mit der genannten Gesellschaft auseinanderzukommen. Das Bauamt habe auch Mängel in der technischen Ausführung eines der Brunnen entdeckt und für Abhilfe durch die Gesellschaft gefordert. Dasselbe Einsichtlosigkeit der Verwaltungsmänner, die so gern im alten Kalendrian fortgeschritten wären, habe bewirkt, daß noch verschiedene andere wirklich praktische Spargellegenheiten nicht angegriffen wurden. Der Gemeinde- und Amtsvorsteher werde von den Schöpfen nicht genügend unterstützt; er habe selber in der Gemeindevertretung erklärt, er könne mit den Schöpfen des Samstags keine Sitzung mehr abhalten. (Allgemeine Heiterkeit.) Die Ursache könne man sich denken. Thatsächlich sei auch ihm, dem Redner, eine selbstherrliche Verwaltung durch den Ortsvorsteher lieber, als eine Verwaltung durch diesen Gemeindevorstand. Als der Gemeindevorsteher krank gewesen sei, sei keines der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes informiert gewesen. Zum Schluss rügte Redner noch die im Orte übliche Wahlweise hinter verschlossenen Thüren unter Verwendung der angehenden Gemeindevorsteher. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. — Der bürgerliche Gemeindevertreter Kollin, ein mehrfacher Hausbesitzer, erklärte in längerer Ausführungen die von Ritter kritisierten Verhältnisse für wirklich vorhanden und versprach, ihn im Kampfe dagegen zu unterstützen. — An der sehr animierten Debatte beteiligten sich dann noch mehrfach die Herren Ritter, Kollin, Gebauer, Neupert und andere. Es wurde eine gründliche Kritik an der Gemeindevorstandung geübt. In seinem Schlussworte betonte Genosse Ritter noch, daß er eine andere Verteilung der Steuern, die die Unbemittelten entlaste, anstreben werde.

Einstimmig erklärte sich die Versammlung mit der Tätigkeit Ritters im Gemeinderat einverstanden und die Anwesenden verpflichteten sich, bei Wahlen nur solchen Leuten ihre Stimme zu geben, welche das Interesse der Gemeinde auch richtig vertreten. Ferner soll Ritter in der Gemeindevertretung auf die Errichtung eines Gewerbegerichts hinwirken.

**Charlottenburg.** Am 1. Dezember hielt das Gewerkschafts-Kartell eine Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Bleck, daß er, entgegen dem vorliegenden Bericht, nicht für Aufhebung des Kartells eingetreten sei. Sodann wurde eine fünfgliedrige Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten für die Gewerbegerichts-Wahlen gewählt. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Von Seiten der Gewerkschaften sollen Arbeitgeber aufgestellt werden. Von den vierzehn zu wählenden Besitzern sollen Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer je zwei und Fabrikarbeiter, Maler, Porzellanarbeiter und Buchdrucker je einen Kandidaten nominieren. Die Kosten sollen durch Listen aufgebracht werden und sind solche bei Bleck, Postalozzistr. 32, zu haben. Die Arbeitsverhältnisse der Schussfabrik von Tod u. Co. in Burg bei Wogdeburg, und wie stellen stellen sich die Gewerkschaften zu der neu eröffneten Filiale am hiesigen Orte? besprach der Vertreter der Schuhmacher. Nicht anwesend waren Buchbinder und Fabrikarbeiter.

**Nixdorf.** Am Sonntag, den 3. Dezember, fand im Lokale des Herrn Rexier, Steinmehlr. 55, eine gut besuchte Versammlung der Handelshilfsarbeiter statt. Genosse Neukrau sprach über: „Sind wir berechtigt oder verpflichtet, unsere Lebenslage zu verbessern?“ Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden Fischer und Mohr gewählt.

**Schöneberg.** Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich am Montag, den 4. d. M. mit der Gründung eines Konsumvereins für Schöneberg. Der Reichstags-Abgeordnete Wurm beleuchtete das Für und Wider eines solchen Unternehmens. Weiling teilt mit, daß schon eine große Anzahl Personen sich als Mitglieder gemeldet hätten und eine bedeutende Summe als Fonds vorhanden sei. Er hofft, daß die noch fehlenden Mitglieder bei fleißiger Agitation bald gewonnen sind, so daß die Gründung im Frühjahr erfolgen könne. Der Vorsitzende fordert am Schlusse der Versammlung mit kräftigen Worten zur energischen Agitation auf

für das zum Leben der Schöneberger werthfähigen Bevölkerung zu gründende Unternehmen.

**Charlottenburg.** In der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung die am 5. d. M. tagte, referierte Menge über die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiterschaft. Hier anschließend gab der Redner auch seinen Bericht als Gewerbegerichts-Beifiger. Danach wurden im Jahre 1898/99 insgesamt 539 Klagen anhängig gemacht, das sind 14 Proz. weniger, als das Jahr vorher. Sodann erstattet der Kartell-Delegierte Spörer Bericht. Als Kandidaten für das Gewerbegericht werden Menge und Spörer wieder aufgestellt, ins Kartell werden Menge und Montag delegiert. Zum Schluss giebt Menge einen Bericht über seine Tätigkeit als Mitglied des Kuratoriums für den städtischen Arbeitsnachweis.

**Verichtigung.** Zu unserem Bericht über die Versammlung des V. Wahlkreises wird uns geschrieben:

„Ich habe mich mit meinen Ausführungen nicht als Freund der Konjunktionsgesellschaften gekennzeichnet, sondern mich im wesentlichen eben so ausgeprochen, wie Genosse Niepmann. Mein Standpunkt war ein neutraler. Allerdings habe ich nicht nur die Schattenseiten der Konjunktionsvereine, wie sie sich in Sachen bemerkbar gemacht haben, hervorgehoben. Auf den Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Arbeiterschaft habe ich insofern hingewiesen, als in England, wo zwar das Genossenschaftswesen in hoher Blüte steht, die politische Aktion der Arbeiterschaft leider sehr in den Hintergrund getreten ist und die Socialdemokratie eine unbedeutende Rolle spielt.“

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 10. Dezember, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 70: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendasselbst Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Wehrle: „Der Freidenker Reimarus.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Weihenau.** Sonntagnachmittag 2 Uhr findet bei Götzling, Rennbahnstraße 4, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Koyke über „Der Kampf gegen das Unrecht“ spricht. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vertrauensmann.

**Centralverband der Elektromonteur und Berufsgenossen Deutschlands.** Sitzung Berlin II. Sonnabend, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Zimmendorfer, Sophienstr. 5.

**Tischlerverein.** Heute, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15: Versammlung.

**Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (S. 6, 29, Hamburg), Filiale Berlin 7. Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Bergemann, Postwallstr. 3. Tagesordnung: Kassenbericht, Berichtlesen.

### Eingegangene Druckschriften.

**Kalender für das Baugewerbe 1900.** Verlag J. Harwitz Nachf. Berlin.

**Allgemeiner Tischlerkalender 1900.** Verlag J. Harwitz Nachf. Berlin.

**Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik.** Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im 12. Jahrgang erscheinenden, von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Hermanns Verlag) hat folgenden Inhalt: Abhandlungen: Koalitionsgesetz und Strafrecht. Von Prof. Dr. Löwenfeld in München. — Die Berufs- und Gewerbeprüfung im Deutschen Reich vom 14. Juni 1895. Von Prof. Dr. F. Rauscher in Prag. II. Theil. Berufsregulierung und soziale Schichtung. — Die marxistische Theorie der sozialen Entwicklung. Ein kritischer Versuch. Von Peter v. Straube in St. Petersburg. — Gesetzgebung: Deutsches Reich. Die Jubiläumsgesetze der Gewerbe- und Handelsgerichte und § 51 Absatz 6 der deutschen Handelsverfassung. Von M. v. Schulz, Gewerbe- und Handelsgericht des Gewerbegerichts Berlin. — Wortlaut des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze eines gewerblichen Arbeitsverhältnisses — Modelle: Arbeiterbauvereine in der Umgegend Kopenhagens. Von Niels Petersgaard, Armeninspektor in Kopenhagen-Fredersberg. — Literatur.

**Rudolf Felds Wetterkalender und Verzeichnis der kritischen Tage.** 1. Jahrgang 1900. Kommissionsverlag von Hugo Steiny, Berlin.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementzahl mitzutheilen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

**Die juristische Zurechnung findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.**

**P. 23. 10.** Bitte Sie in einem Kurzbuch oder fragen Sie in einem Auskunftsbureau eines Buchhandels nach.

**G. C. 2.** Der Arbeitsnachweis der Handwerker befindet sich in Berlin Wilhelmstr. 1.

**Zugabe.** Wir bitten, doch in Zukunft mit Paketfahrt-Marken bestellte Briefe nicht dem Reichspostamt anzuvertrauen. Für Ihren Brief müßten wir 20 Pf. Strafpunkte zahlen.

**Joh. 21.** „Freilebende“ nennt man die Habeler unserer Gegner, als beachtliche die Socialdemokratie nicht anders, als einen schönen Tages die bürgerliche Gesellschaft ohne weitere Umstände durch schnellen Handstreich zu beiragen.

**M. 100.** Eine in der That nicht öffentliche, auf den Kreis der Mitglieder beschränkte Theaterverein-Versammlung kann ausfallen, was sie will. — **P. 6. 100.** Wenn doch die Ehe geschlossen wird und der in seinen Rechten gekränkte Ehegatte die Bestrafung verlangt: ja, laßt sein. — **J. R. 3a.** Nicht verboten kann eine private Luftfahrt werden. — **Meiner.** Beide Bäter müssen zur Hälfte zahlen, halten aber jeder dem Eigentümer fürs Ganze. — **G. M. 3. 1. Ja. 2. Ja. 3. Nein.** — **A. 1894. 1. u. 2.** In beiden Fällen kann Ihnen ein Udenrals befreit werden. — **M. 5. 100.** Auskunft wird nicht schriftlich erteilt. — **G. Schulz 58.** Sie sind zur Annahme verpflichtet. — **A. 2. 29. Ja.** — **G. 3.** Sie müssen bezahlen, sonst würden Sie zur Zahlung verurteilt und noch obendrein Kosten zu zahlen haben. — **W. 2. 4. 21 Jahre.** — **2. a.** Wohnen kann der Reintag in der Wohnung der Schwiegereltern. Wenn diese aber dulden, daß er die eheliche Pflicht in der Wohnung vor der Heirat erfüllt, so macht sich der Schwiegermutter der qualifizierten Kupplung schuldig, die mit mindestens einem Jahre Zuchthaus bedroht ist. — **P. 9. 2.** **Edenvertraue.** Sie können die Bedingung stellen, daß nur zum vollen Wert verkauft werden darf. — **M. 20.** Das hat seinen Zweck mehr. — **A. 8. 99.** Wenden Sie sich an einen der Arbeitervertreter, deren Namen sich allmählich im „Vorwärts“ veröffentlicht werden. — **P. 8. 2. 1.** Die erteilte Zustimmung genügt. 3. Ja. — **Heimkehr.** 1. Ja. 2. Genuß Berufungsfrage beim Amtsgericht erhoben werden. 3. Das Gewerbegericht, in dessen Bezirk die Arbeitsstätte liegt, ist zuständig. — **Zwei Wetende 1001.** 1. Nein. 2. Der Arbeiter. — **A. Bohue.** Bis zum 1. Januar 1900 ja, späterhin: nein. — **R. 6. 10.** 1. Sie können fordern, was Sie wollen. 2. Vorher; ehegen Sie sich nicht, so belegen Sie auf Gründung Ihres Mietvertrages. — **C. 1000.** Das wissen wir nicht. — **Streitende 1000.** Nur ein Verzeih, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezieht, hat Statuten u. s. w. einzulegen, ein Bergbauverein nicht. — **Spal, Frankfurt.** Dene Ihre Klage und die Beschlüsse zu kennen, ist es nicht möglich, Ihnen Bescheid zu erteilen. — **G. 21. 1. Rein.** 2. Die Betreffende müßte selbst bei der Polizei sich danach erkundigen, was hin der Betreffende von seiner früheren Wohnung abgemeldet ist und an dem neuen Wohnort in derselben Weise verfahren. Die Kosten sind unentgeltlich. — **W. 6. 50.** Das löst den Vertrag nicht. Wenden Sie sich an einen Kammergericht zwecks Verlegung der Katten und Kagen Sie die Jagdlofen gegen den Willen ein. — **Unwissend 204. 1. u. 2.** in 30 Jahren. 3. Ja. — **C. 2. 511.** Carcinoma pylori et ventriculi heißt Krebsgeschwür des Vormens (unteren Magenmundes) und des Magens. — **Rühr 6. 24.** Es muß in diesem Fall gekündigt werden, und zwar spätestens am 3. Quartaltage. Beträgt die Jahresmiete mehr als 150 M., so löst der Vertrag mit Schluss eines Jahres ohne weiteres ab. — **Erbschaftsgericht.** Erbe ist in Ihrem Falle allein das Adoptionskind geworden. Nach der Adoptionsvertrag formell gültig, somit es auf das etwaige Erbschaftsrecht des Adoptionskindes nicht an. Dennoch scheint eine Aufhebung des Erbschafts der Adoptionskinder in Ihrem Falle ausgeschlossen. — **G. 6. 100. Vergrabe.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Ja. — **H. 8. 105.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **P. M. 25.** Er muß betreten. — **Johannsen.** Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre, wird jedoch durch jede gegen Sie gerichtete richterliche Handlung (z. B. Verlegung eines Erbschafts) unterbrochen. Von der Verjährung ab läuft eine neue Verjährungsfrist. — **Genosse.** 1. Nein, die Verjährungsfrist beträgt in diesem Fall 30 Jahre. 2-5 ist aus dem Archivkalender ersichtlich. Auskunft darüber, wo man bestimmte Waren am Orte kaufen, erteilen wir nicht. — **P. M. 10.** Im Klagefall würden Sie zum Schadenersatz verpflichtet werden, wenn das numerisch mehr als wahrscheinlich der Richter annimmt, Sie treffe als Sachverständiger, die Hauptschuld. —

Couranteste Bedienung

Streng feste Preise

# Geschäftserweiterung Kaufhaus Max Mannheim, Berlin O.

89. Frankfurter Allee 89.

Nach beendetem Umbau eröffne ich am **Sonnabend**, den **9. d. M.**, einen

## „Grossen Weihnachts-Ausverkauf“

zu bedeutend ermässigten Preisen

in allen Abteilungen meines Kaufhauses.

Kleiderstoffe, Sammet- u. Seidenwaren, Leinen- u. Baumwollenwaren, Wäsche, Schürzen, Teppiche, Gardinen, Portieren, Läuferstoffe, Tricotagen, Weiss-, Tapiserie- u. Wollwaren, Damenputz, Bettfedern, fertige Betten und Bettstellen, Konfektion.

### Gratisverteilung am Eröffnungstage

von 10 Uhr ab und so lange der Vorrat reicht

**1 geschliffenen Pokal mit Goldrand und Inschrift schon bei Einkäufen in Höhe von 50 Pf.**  
Bei Einkäufen von 3 Mark an einen Wandkalender für das Jahr 1900, neueste Prachtausgabe, gratis.

## Kaufhaus Max Mannheim, Berlin O.

89. Frankfurter Allee 89.

**Komfortabel eingerichtetes Verkaufslokal.**  
**Souterrain. Parterre. Erste Etage.**

Sonntag, den 10., 17. u. 24. Dez., bleiben meine Verkaufsräume von 8-10 vorm. u. 12-8 nachm. geöffnet.

Elektrisches Licht  
eigene Kraftanlage

Pferde- u. Stadtbahnverh.  
nach allen Richtungen

1000 Mark Belohnung



...  
Herfeld & Compagnie  
Neuenrade, Westfalen.

### Zahnschmerz

...  
Fr. C. Henke,  
Rathenowerstr. 49, 1. Ecke  
Perlebergstrasse 1.

### Naturheilverfahren

...  
Fr. C. Henke,  
Rathenowerstr. 49, 1. Ecke  
Perlebergstrasse 1.

### Homöopath. Klinik

...  
Klinik, Diefenbachstr. 17, 2-4

Begründung des Geschäfts 1878.

## M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail  
Dresdenerstrasse 4, am Kottbuscher Thor.

### Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Herbst- und Winter-Paletots in Stoffen, Cheviot und Krummer von 16,50-42 Mk.  
Gehrock-Anzüge von 27 an  
Rock-Anzüge von 23 an  
Jackett-Anzüge von 15 an  
Veinkleider von 5 an  
Winter-Zoppen von 5 an  
Schlafroben von 8,50 an  
Jünglings-Anzüge von 12 an  
Knaben-Zoppen, einzelne Hosens.

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig angefertigt.

### Seiden-Hut-Fabrik

von Carl Renz,  
3. Oranien-Strasse 3.  
Schirm- u. Pelzlager. — Reelle Bedienung.

## J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

**Teppiche! Gardinen!  
Steppdecken! Portieren!  
Tischdecken! Läuferstoffe!**

zu sehr billigen Preisen aus  
**Ausverkauf!!**

### Cylinder-Hüte

...  
Max Radtke, Blumenstr. 39,  
Ecke Andreasstraße (kein Laden).

### Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstr.  
Passende Weihnachtsgeschenke

in nur guter Ausführung und jeder Preislage. Lange Damen-Uhrketten sowie Herren-Uhrketten in massiv Gold und Doublet. Gefällig gekoppelte Trauringe in jedem Gewicht und Feingehalt.

### Gohlen und Absätze umsonst

erhält jedermann, der ein Paar Schuhe oder Stiefel im Preise von **Mk. 5,50** an gekauft.

Heinrichs billiger Schuh-Laden,  
Köpnickerstrasse 56.

### Hüte \* \* \*

Herrenhüte von 1,50 an.  
Knabenhüte „ 1,00 „  
Pelzwaren

(nur eigenes Fabrikat).  
Schirme (größtes Lager).  
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2.

### Preis nur 15 Pfg.

BERLINER ARBEITER-KALENDER 1900.  
124 Druckseiten mit vielen Original-Illustrationen, 36 Seiten mehr als im vorigen Jahre.  
Inhalt:  
Der Klingeljungel. Von C. Diebig.  
Der nächste Morgen. Von Ludwig Kuba. — Kontersbanne. Von Fritz Hansen. — Gedichte. Von Margret-Rönigsdorf. — Die Stimme von oben. Von Krihar Kochl. — Anwendung der Elektrizität im Bergbau. Von Dr. S. Borchardt. — Ueber die Erbscheidung im Zukunftsrecht. Von R. Fuchs.  
Gewerkschaften, welche den Kalender verteilen wollen, werden gebeten, ihre Adresse einzuschicken, worauf ein Probe-Exemplar gratis und franco zugesandt wird.  
Zu haben in allen Buch- und Papierhandlungen, Zeitungsbedrucken, sowie bei dem Verleger Th. Mauhofer Nachf., Berlin N., Weinbergweg 15 B.

# Julius Lindenbaum

## Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse. 3 grosse Schaufenster, 16 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

3231L\*

# Herren- und Knaben-Bekleidung.

Winterpaletots.

## Sämtliche Sport- u. Jagd-Artikel.

Winterjoppen.

Berufskleidung.

### Specialität: Massanfertigung.

Reelle billigste Preise.



**Nur noch 9 1/2 Mark**  
frische 18 bis 20 Str., tolle neue deutsch-america-  
nische Gitarre-Zithern „Columbia“, ca. 62 cm  
lang u. 5 Accorden - 6 Böden, 41 Saiten u. sämmtl.  
Kubehör in ganz herrlich schöner Ausführung.  
Diese Instrumente haben fast den schönen Ton der  
bekannteren Concert- oder Schlagzithern, aber den  
großen Vorteil, dass sie von jedem nach Notenblättern,  
und ganz bequemer Weise, gespielt werden zu  
kann. Hochachtungsvoll wie üblich mit Akkord u.  
Harmonik, sehr angenehm schöne Instrumente,  
12 1/2 Mark, 20 Str. 20 Str. Versandt gegen Nachnahme,  
4 Wochen zur Probe. Katalog sämtl. Musik-  
Instrumente gratis u. franco.

**Herfeld & Co.,** Musikinstrumentenfabrik,  
Neuenrade, Westf.

Die anderweitig angebotenen bedeutend klei-  
neren u. deshalb billigeren u. minderwertigen  
Columbia-Zithern von 5 Mk. kosten bei mir nur 7 Mk. Was achte deshalb genau  
auf die obersichere Größe.

## Ziehharmonika mit Spiral-Zitter-Apparat.



**Muffeln erregende Reiztheit. Preis nur 5 M.**

Diese Trompeten-Harmonika, 35 cm  
hoch, hat einen ganz grobrihtigen fröhlichen  
modulationsfähigen Ton. Mittels des  
neuen Zitterapparates, welcher mit Spiral-  
federung versehen ist und infolge dessen einen  
herrlichen und lieblichen Zitterton hervorbringt,  
kann man die Musik beliebig zum Tremulieren  
oder Zittern bringen, ähnlich wie bei italienischen  
Trompeten. Dieses Instrument zeichnet sich  
gleich, ob Zitterapparat in oder außer Tätigkeit,  
durch seine sehr leichte Stimmenanpassung und  
überaus schön Klangfarbe aus. Außerdem  
ist dieses Instrument versehen mit 48 breiten Stimmen, 10 Tönen, garantiert  
unzerbrechlichen Spiral-, Zahnfedern, unzerbrechlichen Bass- und Bass-  
klappenfedern, extra guten Doppeldübeln, 3 Kontrabässen, 3 Registern (wie  
gewöhnlich) offener Klaviatur mit Klappdeckel, höchsten Metall-  
beschlägen und Verzierungen, Metall-Halsgehäusen. Durch das Zusammenlagern  
können wir dieses großartige Instrumente noch neuerer Selbstlernschule  
für 5 Mark liefern. Keine Konkurrenz im ganzen Deutschen Reich ist im  
Hande, diese Harmonika mit unserm Spiral-Zitter-Apparat zu liefern.  
Schöne Instrumente mit 3 neuen Klappen kosten nur 6 Mark, schöne,  
4 neue Klappen 7 1/2 Mark, schöne, 6 neue Klappen 11 1/2 Mark, Dreifache  
mit 4 Böden, 10 Tönen 9 1/2 Mark, mit 21 Tönen 10 Mark. Reiz-  
volles Glasenspiel 20 Pfe. extra. Trompeten-Harmonika-Große  
35 cm ohne Zitter-Apparat aber in höchster Ausführung, man höre und  
staune, nur 4 1/2 Mark. Kaufen Sie also nicht von solchen Firmen, die  
wegen ihres kleinen Umsatzes nicht so billig liefern können. Anderweitig  
angebotene Instrumente zu 4,25 sind minderwertiger. Kein Risiko, wir  
zahlen Geld zurück, wenn dieses nicht der Wahrheit entspricht. Kaufen Sie  
keine Harmonika mit Zitter-Apparat, an welcher der letztere nicht mit unserer  
Spiralfederung versehen ist, da diese nicht den schönen Zitterton hervor-  
bringt. Man lasse auch keine formidablen Tremolos, die sich gar nicht  
durch Wegziehen abstellen lassen. Unser Zitterapparat ist der beste und weil  
mit Spiralfederung auch von härterer Wirkung. Verpackung unkonf. Nach-  
nahme Porto 30 Pf. Versandt gegen Nachnahme. Preisliste gratis und  
franco. Man bestelle mir bei der

**ältesten u. grössten Neuenrader Harmonika-Fabrik  
von Severing & Co., Neuenrade i. W.**

Frühstücks-Suppen  
Gemüse- und Kraftsuppen  
Bouillon-Kapseln  
Suppen-Würze

# MAGGI

stets vorrätig bei **J. C. Rieger, NW., Beusselstrasse 43.**

**Erwin Dobisch**  
Rixdorf, Bergstrasse 55. Rixdorf.  
Große Auswahl in Uhren-, Gold- und Silberwaren.  
Cyclische Zeitfel - Reparaturwerkstatt.  
Herren Remont-Uhren von 8 M. an. 3232Q\*  
Gold-Damen-Uhr u. 15 M. an. Gold-Herren-Uhr u. 35 M. an.  
Regulateure, reelle Fabrikate, von 15 M. an.  
Für jede von mir gefasste Uhr ferre ich als Nachmann 4 Jahre Garantie.  
Vergeltliche Tätigkeit bei der Firma Gebr. Eppner, Hofstr. 10, Berlin,  
verbürgt sorgfältige Ausführung aller Reparaturen. 3232

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben,  
nur neue moderne Sachen. 3231Q\*  
Prima Qualität 1,50 und 2.-  
Die beliebtesten Arbeitshüte immer 1 Mk.  
früher Barometer, 1 u. 5.  
**Hutfabrik-Comptoir** jetzt Kaiserstrasse 25 A.  
**Wo? beim alten Freund.**  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-  
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.  
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 150. Sprechst. 9-7.

**Filzhüte für Herren,**  
neue Form hochfeine Winter-  
hüte 1,00, 1,15,  
schöne 2,00, extrafeine 2,50  
bis 3,50 im Engroslager  
Wenzelauerstr. 30, 2 Tr.  
Sonntags geöffnet.

**Natur-Seilverfahren.**  
Haut-, Horn- u. Blasenleiden,  
Frauen-Krankheit, heilt sicher  
ohne Berufshörung. 31888\*  
R. Wagner, Wallstraße 23,  
P. 2, 5-9, Tel. 9-2

Für Vereine  
officielle zu Weihnachtsfeierungen  
Gedächtnisfeierl. E. Loewicko, Alte  
Johannisstr. 19/19. 1176B

**Ein wirklich schönes Weihnachtsgeschenk**  
ist die schon  
weltbekannte Dampfmaschine  
**Vulkan**  
Reichspatent 67 253.  
Lehrreich und interessant.  
„Vulkan“, liegende Maschine mit  
Messingkessel, blau gebeizt, mit  
Messingdampfpeife, Wasserschraube  
mit Sicherheitsventil, Lager u. Rad  
ganz aus Eisen, hoher Schornstein  
feststehender Zylinder mit  
Flaschenschiebersteuerung,  
sämtliche Teile lackiert und  
vernickelt. Das Gehäuse auf  
höchstem Holzfundament  
montiert.  
Für tadelloser Funktion über-  
nahme volle  
**Garantie.**

Gebrauchsanweisung jeder Maschine beiliegend. Wird die  
Maschine hiernach behandelt ist Gefahr vollkommen  
ausgeschlossen. Da das vorhandene Lager in diesen  
Maschinen in kurzer Zeit geräumt sein dürfte, so  
erbitte Aufträge möglichst sofort, da nur bei früh-  
zeitiger Bestellung für Erledigung der Aufträge  
garantieren kann.

Der neue Katalog mit Nachtrag wird gratis  
und franco versandt.

**Welt-Versandhaus Walter Kirberg**  
Fochel bei Solingen.

**Möbel und Polsterwaren.** Reelle Arbeit,  
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 3164Q\*  
Franz Titzauer, Brunnenstraße 152.

Für Weihnachts-Einkäufe empfehle  
**Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche**  
nur eigenes Fabrikat, gute Stoffe und saubere Arbeit. 3139Q\*

**D. Wurzel & Co.,** Wrangelstrasse 17.

**Trinkt Hugo Belings  
Durch und Durch!**  
Wagenstärkender Kräuterliqueur.  
a Flasche 1,25 M. mit Flasche.

**Größte Auswahl in der Hutbranche!!**  
Zweite Neuheit besser und weicher Herrenhüte 2,50 und 3 M., elegante  
Cylinder 5-10 M., Chapeau Claire 8,50-10 M., prima Filzhüte  
7,00-7,50 M. Ein großer Gelegenheitsposten weicher Herrenhüte, farbige,  
per Stück 1,50 M. 3236Q\*

**Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstrasse 38, part.**

**Oderbruch-Waist-Gänse**  
erhalten wir täglich frisch geschlachtet  
und stellen solche zum billigen Preise  
zum Verkauf. 3140Q\*

**A. Klein & Co.,**  
Markthalle Wedding, Stand 19.

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

Möbel auf Teilzahlung Teil-  
zahlung, Pringelstraße 62. 1107B\*

Möbel, bar und Teilzahlung,  
billig, Frankfurter Allee 110, I. Ede  
Küchenherdverkauf. 287R\*

Strepdden auf billigen Kredit  
Große Frankfurterstraße 9, partiere. 783Q\*

Gardinenhaus Große Frankfurter-  
straße 9, partiere. 1107B\*

Knädelgeheute Herrenhüte aus  
feinsten Stoffen 9-12 Mark. Ver-  
kauf nur Sonnabend und Sonntag.  
Verkaufshaus Germania, Unter den  
Eichen 21 II. 750B

Verjährte elegante Winter-  
paletots und Herrenanzüge aus  
feinsten Stoffen 25-40 Mark. Ver-  
kauf nur Sonnabend und Sonntag.  
Verkaufshaus Germania, Unter den  
Eichen 21 II. 750B

Bettstühle, Stuhlrohr, Bambus,  
C. O. Kramer, jetzt Wallstraße 16.

Damenjackets billig. Geoma-  
straße 38, I. Etage. 344Q\*

Möbelverkäufer kaufen Rahm-  
möbel, Anstammöbel, darunter  
Säulenstühle, Truhen, geschliffenes  
Glas 60, hochelogene Panee-  
lengeren-Tafeln, Stoffsofas, hochfeine  
Rückenbetten, Anstammöbel sowie  
vollständige Wohnungsrichtungen zu  
billigen Preisen. Dirschowitz,  
Karlshagenstraße 7a. 295K\*

Goldwaren-Kaufhaus, spottbillig  
Friedrichstraße 129 partiere. 1178\*

**Bestellen mit Nachnahme** 18,  
einfache 8, Schafstraße, gut erhalten,  
sowie angefertigt mit neuen Bezügen.  
Waldgasse 20.

**Herrenanzüge** spottbillig, Sta-  
ligerstraße 129 partiere.

**Höhen**, verjäherte goldene und  
silberne Remont-Uhren mit  
feinsten Werken, unter zweijähriger  
Garantie, goldene Ketten nach Ge-  
wicht, künstliche Goldwaren, Brillanten  
in allen Fassungen verfertigt vorzüglich  
Kronstein, Edelstein, keine Schwin-  
denverkäufe. 783Q\*

**Strickmaschinen**, dieses Fabrikat,  
aus auf Teilzahlung. Verkauf  
Brederer, Engelstraße 20. 13715\*

**Cigarrenfabrik** A. Diez, Jung-  
fernenstraße 124 und Breiterstraße 24.  
Garantiert seine Comptourmaschinen: 5 Pf.  
Nr. 21, 6 Pf. Nr. 27 und 23, 7 Pf.  
Nr. 22. Auch Weihnachtspodung jeder  
Art. 776\*

**Triefel**, alte, billig und reell,  
Friedrichstraße 7. 7115\*

**Fahrräder**, Teilzahlung, wichtige  
Anzahl, direkt aus Fabrik. Lager  
von 400 Maschinen, gebrauchte Fahr-  
räder sehr vorzüglich. Hauptstr. Fahr-  
radverkauf, Dierichsstraße 33. 1178\*

**Knabenanzüge** spottbillig Kofen-  
berg, Kottbuser Damm 93.

**Mädchenkleider** spottbillig Kofen-  
berg, Kottbuser Damm 93.

**Knabenpaletots** spottbillig Kofen-  
berg, Kottbuser Damm 93.

**Mädchenjackets** spottbillig Kofen-  
berg, Kottbuser Damm 93.

**Mädchenmäntel** spottbillig Kofen-  
berg, Kottbuser Damm 93. 2948\*

**Fahrräder**, erstklassige Marken, 2  
Jahre Garantie, Gebrauchs-Fäder,  
noch gut erhalten, billig, Teilzah-  
lungen gestattet. Tandem und Ein-  
sitzer werden verlichen. Karl Fischer,  
Deutscherstraße 9. 1298\*

**Gute Samsonitkoffer** verkauft Vie-  
baum, Bergmannstraße 21. 1072B

**Restoration** für jeden anneh-  
baren Preis zu verkaufen wegen Lebens-  
nahme einer Fabrikkanille. Gebhardt,  
Friedrichstraße 100. 1286B

**Fahrrad**, hochlegant, Abreißschalter  
für jeden Preis, Bollnerstraße 15  
III. links.

**Fahrrad**, hochlegant, neu, Jahlung  
genommen, für jeden Preis, Choriner-  
straße 46/47, Seitenhügel partiere.

**Nähmaschinen**, alle Sorten, ohne  
Auszahlung, Komme sofort, Postkarte.  
Gris, Frankfurter Allee 110.

**Mittelschiff** billig zu verkaufen  
Stangardstraße 57. 7121

**Pianos**, schönes Instrument, ge-  
braucht, billig verkauft, Berner,  
Weidenweg 38. 7115\*

**Muschelmöbel**, Kuchbaum, Stube,  
Küche, spottbillig, auch einzeln, Garten-  
straße 22A vom I. links. 776\*

**Electra**, Prinzessstraße 55. Neuer  
Kleiderkasten und Parkett für  
Elektronmonteur 6. Dezember. 2189\*

**Wegerekliffen**, Brodhaus, Bremen  
und andere wissenschaftliche Bücher  
kauft und beiligt Antiquariat Buch-  
handlung 56 I. 257R\*

**Kulturgüter** und Kunstschaf-  
Stempel liefert seit 20 Jahren für  
tausende Rollen und Brevete Jean  
Folje, Hamburg, Große Drebahn 45.  
Illustrierte Preislisten gratis. 134/1

**Zwei Regattwagen**, drei Vereins-  
zimmer Sonnabends, Sonntag frei.  
Bayer, Arndtstraße 43. 7120\*

**Oranienstraße 108**, Bierhaus  
zum Trauerer, großer Mittagsstisch  
mit Bier 50 und 75 Pf. und Abend-  
stisch zu kleinen Preisen. 280Q\*

**Vereinszimmer** empfiehlt hier  
Alte Jakobstraße 119. 288K\*

**Zahl** noch einige Sonnabende frei,  
Sabbatstraße 67, Brauer-Kaufhaus.

**Schuhmacher** - Meister erhalten  
Schäfte, Sohlleder, Auschnitt und  
Güte vorteilhaft Reuhersstraße 21.

**Unterred.** Tüchtige Arbeiterinnen  
auf bessere konfektionierte Unterred,  
die bei laudativer Aufsichtung Posen  
liefern können, finden dauernde Be-  
schäftigung zu guten Arbeitspreisen.  
Wendungen, unter Vorlage von Probe-  
arbeit, bei Orger & Hidelmann, Ar-  
ndtstraße 47/48, II. 1290B

**Wach-Heimstätten.** Tüchtige Ar-  
beiterinnen auf Wach-Heimstätten,  
die bei laudativer Aufsichtung Posen  
liefern können, finden dauernde Be-  
schäftigung zu guten Arbeitspreisen.  
Wendungen, unter Vorlage von Probe-  
arbeit, bei Orger & Hidelmann, Ar-  
ndtstraße 47/48, III. 1290B

**Lampenfortlererin** verlangt Kofen-  
berg, Frankfurter Chaussee 133. 11715\*

**Gürtler,**  
welcher in Gas-Inhalation, auch  
Bronchiten von Kronen, sowie in  
Dreiarbeit beschäftigt ist, bei dauernder  
Stellung und guten Lohn.  
W. Wunderlich, Braunstraße,  
Böttcherstr. 10.

**Tücht. Arbeiterinnen** auf bessere  
Jackets und Kostüme sofort zu  
dauernder Beschäftigung bei hohem  
Lohn für unsere Arbeitshüte gesucht.  
**Graumann & Stern,**  
12915\* Hausvogtelplatz 9.

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Der Streit bei Abels & Co.  
dauert fort.  
**Achtung! Drechsler!**  
In den Maschinenfabriken von  
Habit u. Comp., Sebastianstr. 61,  
Goldschmidt u. Comp., Altkönigstr. 40,  
Koffel u. Fischer, Dierichstr. 7,  
haben sämtliche Drechsler wegen Disse-  
renzen die Arbeit niedergelegt.  
**Zuzug fernhalten.**  
Die Erdbverwaltung.

**Rixdorf.**  
Die in der Bauhilferei von  
Virgens, Pringelstraße 23,  
ausgebrochenen Differenzen sind zu  
Gunsen der Kollegen beigelegt.  
279/10 Die Erdbverwaltung.

Unsern neuesten Kurs.

- 1. Berlin. In der Berufungsinstanz Genosse Jahn-Charlottenburg 150 M. Geldstrafe wegen Verleumdung von Arbeitswilligen.
2. Wilmersdorf. Wegen des gleichen Vergehens der Gerber Holm 10 Tage Gefängnis.
6. Dresden. Genosse Hänisch wegen Verleumdung der Polizeibehörde in Harand 1 Monat Gefängnis.
9. Altona. In 15 Mark Geldstrafe der Wirt Timm und der Tabakarbeiter Heising wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
10. Berlin. Die Maurer Lichtenberg, Ebel und Bastian je 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung Richterorganistern.
11. Verdenburg. Genosse Günther-Dessau wegen Verleumdung eines Schutzmanns 50 M. Geldstrafe.
13. Halle. Der Maurer Raith-Giebichenstein 1 Monat Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
14. Arnstadt. Wegen Nötigung zc. der Arbeiter Bergmann 6 Monate Gefängnis.
15. Jachow. Der Gerber Giesch-Wilster wegen Nötigung 1 Monat Gefängnis.
17. Chemnitz. 2 Wochen Gefängnis Genosse Schulze wegen Verleumdung eines Gewerbe-Inspektors.
18. Kiel. 200 M. Geldstrafe Genosse Korn wegen Verleumdung eines Landrats.
21. Erfurt. In der Berufungsinstanz Genosse Ray 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung groben Unfugs.
22. Wilmersdorf. Die Gerberei-Arbeiter Gerda und Pfaffenbach je 15 M. Geldstrafe wegen Verleumdung groben Unfugs.
23. Bochum. Genosse Hub wegen Verleumdung eines Betriebsführers 500 M. Geldstrafe.
25. Magdeburg. Wegen unbesugten Sammelns Genosse Tillmann-Hamburg 25 M. Geldstrafe.
26. Berlin. In der Revisionsinstanz der Drechsler Grauer 10 M. Geldstrafe wegen Uebertretung des Straßenspolizei-Reglements.
27. Dresden. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Maurer Friedrich 10 Tage Haft.
28. Angsburg. 31 Anklage wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs und Widerstands insgesamt 148 Monate 14 Wochen und 45 Tage Gefängnis.
29. Erfurt. 100 M. Geldstrafe Genosse Ray wegen Verleumdung des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.
30. Jachow. Der Gerberei-Arbeiter Köhler wegen Verleumdung der Polizeibehörde in Wilmersdorf 4 Monate Gefängnis.
31. Potsdam. Wegen Richterverleumdung Genosse Guth-Brandenburg 1 Monat Gefängnis.
Insgesamt wurden erlitten auf 14 Jahre 4 Monate 7 Wochen 2 Tage Gefängnis und 1339 M. Geldstrafe.
Berlin, den 5. Dezember 1899.

Der Parteivorstand.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. In der Fortsetzung der Beratungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Staats für das Verwaltungsjahr 1900 erledigte das Magistratskollegium zunächst den Spezialteil der städtischen Grundstücke in der Stadt, indem es die Einnahmen auf 729 116 M., die Ausgaben mit 97 199 M. festsetzte, folglich ergibt sich ein Ueberschuss von 631 917 M. — Der Spezialteil der ländlichen Grundstücke innerhalb und außerhalb der Stadt ist in Einnahme mit 102 295 M. und in Ausgabe mit 187 099 M., folglich mit einem Ueberschuss von 516 M. eingestellt. In den Einnahmen ist als Anteil der Stadtgemeinde Berlin aus dem Ergebnisse der Müdersdorfer Kollberge die Summe von 57 700 M. vorgesehen, während die Ausgaben die Summe von 142 000 M. zur Regulierung der Zufahrtsstraße zu dem städtischen Grundbesitz am Kurfürstendamm enthalten.

Die Magistratskommission zur Vorberatung der Angelegenheit wegen anderweiter Regulierung der Abgabepreise für Gas hat in der Magistratsitzung Bericht erstattet und in Vorschlag gebracht, daß der Preis des Gases zum Kochen und gewerblichen Zwecken auf 12 Pfennige, das zu Beleuchtungs Zwecken auf 14 Pf. festgesetzt werde. Die Beratung, welche geraume Zeit in Anspruch nahm, wurde jedoch noch nicht zu Ende geführt, vielmehr soll sie morgen in einer außerordentlichen Sitzung fortgesetzt werden.

Mit Rücksicht auf das Gesetz vom 16. September d. J. betreffend die neue Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung hat der Magistrat eine allgemeine Verfügung an die einzelnen Verwaltungen erlassen, in welcher verfügt wird: gemäß §§ 38, 40 der Zivilprozess-Ordnung durch ausdrückliche Vereinbarung die Zuständigkeit des Amtsgerichts „Berlin-Mitte“ für Rechtsstreitigkeiten der Stadtgemeinde Berlin festzusetzen, soweit dies zulässig und ein ausschließliches Gerichtsstand nicht begründet ist. Insbesondere wird eine solche Vereinbarung bei allen auf längere Dauer berechneten Vertragsverhältnissen der Stadtgemeinde von Wichtigkeit sein. Die städtischen Einzelverwaltungen werden angewiesen, dies bereits jetzt sowohl beim Neu-Abschluß von Verträgen wie bei einer etwaigen Revision derselben zu beachten. Es soll hierdurch einer abweichenden Rechtsprechung, die bei der Zersplitterung der Gerichte nicht ausbleiben werde, entgegenzuwirken werden.

Tokales.

Den Parteigenossen des ersten Reichstags-Wahlkreises die Mitteilung, daß am Sonntag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, in Coburg Festlichkeiten, 20.22. eine Versammlung stattfindet. Reichstags-Abgeordneter Rechtsanwalt Wolfgang Heine spricht über: „Die persönliche Freiheit, ihr Schicksal und ihre Verengung durch das Gesetz“. Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein. Eintritt 20 Pf. (incl. Tanz und Garderobe). Um zahlreichem Besuch bitten. Die Vertrauenspersonen.

Freie Volkstheater. Sonntagnachmittag finden 2 Vorstellungen statt und zwar nachmittags 3/4 Uhr im Lessingtheater für die

zweite Abteilung: Gottf. Ephraim Lessings Lustspiel: Minna von Barnhelm. (Die Titelrolle liegt in Händen von Fräulein Elise Sauer); und im Carl Weich-Theater für die 5. Abteilung: „Winterschlaf“ von M. Dreier. Die Vorstellungen von „Minna von Barnhelm“ finden ferner statt am 17. Dezember (24. Dezember und Feiertage fallen aus) und am 31. Dezember, 1. Januar 1900 und 7. Januar. Um pünktliches Erscheinen zu den Vorstellungen werden die Mitglieder dringlichst ersucht. Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Das Begräbniß unseres alten Kollegen Dietl fand gestern auf dem städtischen Friedhofe unter zahlreicher Theilnahme der Freunde und Parteigenossen des Verstorbenen statt. Eine stille würdige Feier, wie sie dem Wirken des Entschlafenen entsprach. In der Leichenrede stimmten die Sänger der „Typographia“ den Abschiedsgruß an, worauf unser Kollege R. Schmidt dem alten Kameraden eine kurze, warm empfundene Gedächtnisrede widmete. Er erinnerte daran, daß in diesem Jahre bereits das zweite Mal der Tod in unsere Reihen eine Lücke gerissen hat. Nicht lange, daß sich die Gruft über unserem braven Kollegen Jacobey geschlossen, und schon wieder thut sich das Grab auf, um unseren alten Roland zu umfassen. Sein Leben war ein fortgesetzter Kampf um das Nützlichste zum Fortkommen; und als die alten, müden Glieder den Dienst verlagten, da fand er in unserer Mitte eine Aufnahme. Aber nicht die Ruhe war ihm beschieden, nach der sich das Alter sehnt, sondern mit den Jungen hat er in schwerer Zeit in den vordersten Reihen gestanden. Und wenn je von denen die Rede ist, die im Kampfe für das Proletariat gelitten haben, dann wird man seiner ehrend gedenken, der 15 Monate hinter finsternen Kerkermauern zubrachte.

Nach diesen Worten ertönten abermals die getragenen Weisen der Sänger und der Sarg glitt langsam in die Tiefe. Reiche Kranzspenden bedeckten die Gruft; es besonderte sich darunter solche von den Berliner Parteigenossen, dem Parteivorstand, den Parteigenossen aus Schöneberg, dem Raucherbund, der Geschäftscommission der lokalorganisierten Gewerkschaften, dem Personal der Buchdruckerei Vading, dem „Vorwärts“, Dr. Braun, Max Vading und dem „Perle-Klub“.

Noch ein letzter Blick in die Gruft und als der letzte Vers des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ verklungen war, rollten die hart gefrorenen Schollen dumpf auf den Sarg.

Wegen zwei „Musterwohnhäuser“ für arme Leute, die beiden, Alexanderstr. 10/11 und Neue Friedrichstr. 5/7 belegenen ehemaligen Kasernegebäude der „Franzer“, wird augenblicklich von einem Bezirksverein dieser Gegend und von einigen Berliner Blättern Sturm gelaufen. Die alten Wunden dienen, seit sie von den Raschfüßigen verlassen und mit einem besseren Heim verkauft wurden, teils als Werkstätten, zum Teil als Wohnungen. Sie gereichen durch ihr ruinenhaftes Aussehen der Nachbarschaft zum Argerniß und geben durch die allen Forderungen der Hygiene höhnisch sprechende Beschaffenheit ihres Innern zu Verwundern in gesundheitlicher Beziehung Anlaß. Der Sturm, der jetzt auf diese ehrwürdigen Ueberbleibsel aus Alt-Berlin unternommen wird, ist nicht der erste und wird leider wohl auch nicht der letzte sein. Die beiden Steinblöcke sind ihrem Alter zum Trotz noch sehr dauerhaft, und der Militärsitus, dem sie gehören, wird sie nicht eher los schlagen, als bis er es mit größtmöglichem Vorteil kann. Wenn die bloße Ausdehnung der himmelsstreichenden Zustände, die in diesen „Musterwohnhäusern“ herrschen, hinreichte, um ihre Freisetzung zu veranlassen, dann müßten sie längst befreit sein. Die Arbeiter-Sanitäts-Kommission hat sich bereits vor sechs Jahren mit dieser Angelegenheit beschäftigt und beiden Gebäuden in ihren im „Vorwärts“ veröffentlichten Berichten eine sehr eingehende Schilderung zu teil werden lassen. Sie hat aber damals mit ihren Klagen keinen Erfolg gehabt. Die Berliner Presse hat von dem Weisheitsmaterial, das die Arbeiter-Sanitäts-Kommission auf Grund der Ermittlungen ihrer Controlleure vorlegen konnte, überhaupt keine Notiz genommen. Hinterher begegnete wir in dem Jahresbericht der Armenverwaltung pro 1894/95 der Bemerkung, daß der Armenrat des betreffenden Bezirksbezirks (Bezirk I, Alt-Berlin umfassend) über die Wohnungsverhältnisse in einer ehemaligen Kaserne gefogt habe. In den letzten Jahren haben die Armenverwaltungs-Berichte aus den Mitteilungen der Armenärzte über die Wohnungsverhältnisse der von ihnen behandelten Armen nichts mehr veröffentlicht, man kann also nicht wissen, ob die Verträge ihre Klagen wiederholt haben. Grund dazu hätten sie selbstverständlich nach wie vor gehabt. Das Gebäude in der Neuen Friedrichstraße ist eine Zeit lang von dem Frauenverein „Octavia Will“ verwaltet worden, aber auch er hat nichts ausdrücken können und bald wieder das Feld räumen müssen. Die Bauart dieser Gebäude macht es eben vollständig unmöglich, hier Sauberkeit und Ordnung zu schaffen. Die Zustände, die hier herrschen, sind vielleicht das Schlimmste, was es an Wohnungselement in Berlin giebt. — Schreiber dieser Zeilen hat bisher nichts Schlimmeres gesehen — aber die Gebäude gehören dem Militärsitus, darum werden sie wahrscheinlich noch manchen Sturm überdauern.

Vom Gemeinsein der Hausagrarier. Die Städte-Ordnung setzt bekanntlich bei den Grund- und Hausbesitzern ein besonderes hoch entwickeltes Interesse für das Gedeihen der Gemeinde voraus und sucht deshalb durch Bevorratung dieser Herren zu verhüten, daß nicht etwa die „unanfällige“ Bevölkerung, die für Wohl und Wehe der Gemeinde weniger Verständnis besitzen soll, das Uebergewicht in der Gemeindevertretung gewinnt. Deshalb wird bei Feststellung des Wahlergebnisses die Grund- und Gebäudesteuer auch bei den Hausbesitzern mit angerechnet, denen „nicht ein Fingerglied auf dem Dache gehört“. Deshalb haben wir weiter die Bestimmung, daß die Hälfte der Stadtverordneten in jeder Abteilung aus Hausbesitzern bestehen muß. Thatsächlich zeigt sich nun aber, daß die Hausbesitzer dieses bei ihnen vorausgesetzte höhere „Interesse“ in recht eigenartiger Weise betätigen. Das zeigt wieder in besonders augenfälliger Weise eine Nachweisung über die Beträge, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1897 bis 31. März 1899 für enteignetes Straßenland und dergleichen von der Stadt gezahlt werden mußten. Es handelt sich dabei im ganzen um 22 Posten. Bei 8 derselben ist aus der Nachweisung nicht zu ersehen, wie hoch die Forderung der betreffenden Grundeigentümer sich belief, oder es wurde von den Eigentümern keine bestimmte Forderung gestellt. Bei den verbleibenden 14 Terrainerwerbungen erreichten die Forderungen der Eigentümer insgesamt die Summe von etwa drei Millionen Mark, während im Enteignungsverfahren nur Ansprüche auf etwa 1 600 000 Mark anerkannt wurden. Das heißt, die Herren Hausagrarier forderten annähernd das Doppelte der Summe, welche ihnen nach der Entscheidung des Polizeipräsidenten oder der Gerichte rechtmäßig zustand. Und der Stadtsäckel, also der Geldbeutel der Steuerzahler, wäre allein zu Gunsten dieser 14 Eigentümer um 1 400 000 M. höher belastet worden, wenn deren Forderungen entsprochen wäre. Fürwahr, ein recht eigenartiges „Interesse“ für das Gemeinwohl! Es verdient vielleicht aber noch das eine erwähnt zu werden, daß unter diesen 14 Grundeigentümern auch — der Fiskus sich befindet; er forderte für Abtretung eines Stückes vom Botanischen Garten, das zur Regulierung der Grunewaldstraße er-

fordertlich war, die Kleinigkeit von 90 000 M., während das Polizeipräsidentium im Enteignungsverfahren 31 000 M. — also wenig mehr als ein Drittel der geforderten Summe — für ausreichend erachtete. Bei diesem Bescheide begnügte sich der Fiskus, ohne den Rechtsweg zu betreten. Es ist also anzunehmen, daß den Behörden wohl selbst Zweifel an der Berechtigung der ursprünglichen Forderung aufgestiegen sind.

Die unhaltbaren Zustände in der Reichsdruckerei, deren Räume trotz aller Einbauten und inneren Umgestaltungen immer weniger dem rapid steigenden Geschäftsumfang entsprechen, werden in einer besonderen Denkschrift zum Etat eingehend dargestellt. Auch manche Mißstände in den Arbeitsverhältnissen sucht die Denkschrift auf die Ueberlastung der Betriebsräume zurückzuführen. Den Schwereigkeiten hat bisher durch eine zeitweilig stärkere Anspannung der Arbeitskräfte und durch intensive, schon aber das zulässige Maß hinausgehende Ausnutzung der Betriebsräume begegnet werden können. Für die Dauer ist dies aber nicht möglich. Die Luft im Kupferdrucksaal ist schlecht und heiß und läßt sich trotz kräftiger Ventilation nicht erheblich verbessern. Segerei und Tunderei der Abteilung II sind überfüllt. Der Raumangel verhindert eine Vermehrung des Personals und nötigt dazu, mit Ueberstunden arbeiten zu lassen. Hierdurch wird das Personal in unzulässiger Weise in Anspruch genommen, die Betriebskosten aber vermehren sich durch die Zahlung erhöhter Löhne für die Ueberstunden und durch die Ausgaben für die längere Vorhaltung der Betriebskraft für einzelne Maschinen. Bei der Stadtertheilung fehlt es an Plätzen für Graveure und Zeichner. Bei dem Raumangel ist es bisher nicht möglich gewesen, den Anforderungen der Gewerbe-Ordnung entsprechend, besondere Speisräume für die Arbeiter zu beschaffen. Das Personal muß seine Mahlzeiten in den Arbeitsräumen einnehmen, deren Luft durch die Ausdehnung der Menschen und Kleider, den Gas- und Farbdunst zc. trotz aller Ventilation verunreinigt ist, und die zum Teil auch den für die Gesundheit so gefährlichen Mehlstaub enthalten. Es muß etwa 1300 Personen, die während der Arbeitszeit die Reichsdruckerei nicht verlassen dürfen, die Möglichkeit geboten werden, die Mittagspause in einem besonderen, gut gelüfteten Speiseraum zu verbringen, so daß während dieser Zeit auch die Arbeitsräume gründlich gelüftet werden können. Die Reichsdruckerei darf, wenn sie sich den Charakter einer großen Anstalt erhalten soll, auch in dieser Beziehung nicht hinter gut geleiteten Privatanstalten zurückbleiben. Hoffentlich lassen diese guten Vorträge nicht nach, wenn erst das Geld für die Erweiterung da ist. Für diese sind in Aussicht genommen die Grundstücke Kommandantenstraße 7-9 (Bade-Anstalt des Vereins der Wasserfreunde), welche nach hinten zu bereits an die Reichsdruckerei angrenzen. Dadurch soll zugleich Unterkunft für das Personal geschaffen werden, dessen Diensträume in der Reuthstraße trotz der 88 152 M. jährlicher Miete dem riesigen Geschäftsverkehr der Nachbarschaft in keiner Weise mehr gewachsen sind.

Gewerbegerichtliche Glossen zu einem Streit. Im Oktober dieses Jahres hat die V. Kammer des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerbeichters Dr. Leo 19 Klumpner zur Leistung von Schadenersatz verurteilt, weil sie beim Ausbruch des Alenynnerstreiks in der Badewannenfabrik von Gerode die angefangene Accordarbeit unvollendet liegen ließen. In der schriftlichen Begründung des Urteils kommt ein Passus vor, der bei allen, die der Arbeiterbewegung unbesonnen gegenübersehen, Kopfstöße erregen muß. Nachdem in den Urteilsgründen ausgeführt ist, daß die besagten Arbeiter keinen gesetzlichen Grund zur Nichtfertigmachung der Accordarbeiten hatten, heißt es wörtlich:

„Es mag — was allerdings rechtlich unerheblich sein würde — bemerkt werden, daß die Besagten auch für die Lohnbewegung selbst keinen Grund angeführt haben, der die daraus resultierende Arbeitsunterbrechung vor Vollendung der Accorde zu rechtfertigen geeignet wäre. Vielmehr muß, wenn die Besagten in dem Schreiben vom 9. September die Forderungen der diesjährigen Lohnbewegung aufstellen, wie man etwa von einer diesjährigen Mode spricht, und somit die Lohnbewegung wie eine liebgewordene jährliche Gewohnheit behandeln, die völlige Offenheit des Rechtsbruchs anerkannt werden.“

Die vorstehenden Ausführungen sind — wie der Verfasser des Urteils selber sagt — rechtlich unerheblich. Aber sie sind insofern für uns interessant, als sie erkennen lassen, daß eine gewisse Vorurteilshaltung gegen die Lohnlämpfer der Arbeiter nicht nur in den Kreisen der berufsmäßigen Scharfmacher herrscht.

In dem vorliegenden Urteil ist die Bezeichnung der Lohnbewegung als eine liebgewordene jährliche Gewohnheit, also eine solche, die keine innere Berechtigung hat, umso weniger am Platze, als es gar nicht Aufgabe des Gewerbegerichts war, die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Lohnbewegung zu untersuchen. Das Gericht hatte vielmehr nur die Frage zu entscheiden, ob die Besagten verpflichtet waren, die Accordarbeiten fertigzustellen.

Die rosenrote Manchesterbrille. Selbstverständlich ist es die „Voss. Zig.“, die sich in der Frage der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder folgendes Stück „Festsche“ ausmalt:

„Der gewohnt ist, morgens etwas zeitiger aufzustehen als üblich ist, und vor dem Frühstück einen kleinen Spaziergang zu unternehmen — was unter Umständen sehr zuträglich ist — hat ja Gelegenheit, die unglücklichen Kinder des Proletariats bei ihrer Thätigkeit zu beobachten, und wird zu schwerwichtigen Betrachtungen wenig Gelegenheit finden. Die meisten sehen — unbefen! — recht wohl aus und halten sich so munter, daß man sieht, sie fühlen sich weder ausgebeutet, noch werden sie abgepaunt in den Unterricht kommen. Diese Arbeit muß eben geleistet werden; sie würde unerschwinglich teuer werden, wenn sie nicht als eine Nebenarbeit geleistet würde, und sie wirft denn doch für die Familie eine wesentliche Hilfe ab.“

Gegen solche arabisch verrückte Betrachtungsweise anzukämpfen, ist natürlich ein vergebliches Bemühen. Man kann zwar fragen, warum Lessings Erben bisher der Veruchung widerstanden haben, die Gesundheit ihrer Kinder durch Feilheitsarbeiten zu fördern; aber ein ernsthafter Hinweis auch nur auf die vielen Stimmen der Lehrerschaft gegen die Kinderausnutzung wäre vor dem Vossischen Poeten der holdseligen Morgenröthe ebenso deplaciert als etwa vor den letzten Gästen einer Cylanderfeste. Würden auch noch hundertmal mehr Beweise als bisher gegen die Kinderausnutzung vorgebracht: vor der rosenroten Brille verwandelt sich doch aller Sommer in eine zu Echern anmimernden Pausbäckigkeit. Ein glückseliger Zustand, aufs Haar ähnlich dem, den Heine in seinem Gedicht „Der Kaiser von China“ schildert:

Allderrall ist Ueberfluß  
Und es gefunden die Kranken;  
Mein kostwertweiser Konfuzius  
Belommt die kranken Gedanken.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in der Alexandrinenstraße 26 erfreut sich wachsenden Zuspruchs und Besuchs. Die Bibliothek wird gegenwärtig von ungefähr 700 Personen benutzt. Bis Dienstagabend 7 1/2 Uhr waren es 671, und noch war ein lebhafter Andrang zur Bibliothek. Da die Anstalt am 26. Oktober eröffnet wurde, verteilt sich also die Zahl von 700 auf 41 Tage, was ungefähr 16 neue Bücher-Eintrichter auf den Tag ergibt. Da nun jeder Leser und namentlich auch jede Leserin jeden Tag ein neues Buch entnehmen kann, und dies auch vielfach geschieht, so ergibt sich eine sehr bedeutende und erfreuliche Frequenz der Bibliothek. Ihr entspricht die Frequenz der Lesehalle, die trotz des Arbeitsdranges vor Weihnachten jetzt noch durchschnittlich 100 Besucher für den Tag hat. Erwähnt sei noch — obgleich das nicht anders erwartet werden

komte — das musterhafte Benehmen des Publikums in der Bibliothek und Besuche — ein Benehmen, das dem Publikum der sogenannten höheren und gebildeten Klassen zum Muster dienen könnte.

**Vom Bodenwucher.** Von der Steigerung der Grundstückspreise in den letzten 50 Jahren erzählt folgende Thatsache. Das Grundstück, auf dem das *Chapelle Haus* gebaut wird, wurde im Jahre 1849 in seiner jetzigen Größe von den umliegenden Grundstücken abgeteilt. Der Kaufpreis betrug 7800 Thaler. Der zweite Verkauf fand 1858 statt; der Kaufpreis betrug schon 23 500 Thaler, und beim dritten Verkauf, 1888, wurden 535 000 M. gezahlt.

**In Sachen der Allgemeinen Volks-Krankenkasse G. S. 126** in Berlin ist gestern auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld von verschiedenen Abteilungen des hiesigen Amtsgerichts beschlossen worden, den Liquidatoren folgendes aufzugeben: Sie sollen am 12. Januar n. J. nachweisen, daß der Antrag auf Auflösung der Kasse von der Mehrheit aller Klassenmitglieder gestellt worden ist. Ist dies nicht geschehen, so ist der Auflösungsbeschluß statutenwidrig und die Ernennung der Herren Schiele und Genossen als Liquidatoren rechtlich ungültig. Die sämtlichen von diesen Herren angestellten Klagen sind dann unbefugterweise erhoben und abzuweisen.

**Der Eisenbahnminister Thielen** hat einen Vernichtungsbefehl gegen Ratten und Mäuse auch auf den Eisenbahnen eröffnet. Wegen der Gefahr der Seuchenverbreitung durch diese Tiere weist der Minister in seinem an die Eisenbahndirektionen gerichteten Erlasse auf den Ausbruch der Pest in Portugal sowie auf die pestverdächtigen Fälle in Russland hin. Die Eisenbahndirektionen haben die ihnen unterstellten Dienststellen aufgefordert, das Rottge zur Vernichtung der Ratten sofort zu veranlassen. Wenn dazu ein amtlicher Befehl genügt, gäbe es auf der Welt überhaupt kein Ungeziefer mehr.

**Beschränkung der Arbeitsruhe für Bäcker.** Das Polizeipräsidium teilt mit, daß vorläufig der 9., 21., 22. und 23. Dezember dieses Jahres als diejenigen Tage festgesetzt werden, an denen in den Bäckereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

**Ueber die Aufnahme weiblicher Ärzte in medizinisch-wissenschaftliche und Staudesvereine** sprach gestern Dr. A. Payer im ärztlichen Nordklub. Die Bedenken, welche sich gegen die Aufnahme von Damen geltend gemacht hätten, seien durchweg kleinlicher Natur. Man solle sich daran, daß der Antrag für die Aufnahme von zwei sozialdemokratischen Ärzten angehe. Wer aber an diesem Umstand Anstoß nähme, der hätte diesen Herren zuvorkommen sollen. Andere machten geltend, es wäre schon jetzt im Langenbuckhause Platzmangel. Dieser Einwand sei nur als ein Scherz zu betrachten. Bedeutungslos sei schon der gehäufte Zweifel, ob die Promotion der in Frage kommenden Damen den Satzungen gemäß als „rite“ erfolgt zu betrachten sei. Demgegenüber müsse darauf hingewiesen werden, daß der Schweizer Doktor bisher stets als vollwertig angesehen sei. Der gewichtigste Einwand sei der, daß man aus Fortschritt abgeneigt sei, in Gesellschaft von Frauen Dinge geschäftlicher oder eklektischer Natur zu besprechen. Für die Wissenschaft gebe es aber nichts Unreines. Der Mann, im Behrendischen Kolleg eine Höherin hinausgetrampelt zu haben, sei ein gar trauriger. Schon jetzt sei zu beobachten, daß beide Geschlechter bei Operationen zusammenarbeiten. Mancher frante Mann ließe sich von der Pflegerin die notwendigen, nicht immer sehr ästhetischen Dienste der Reinigung verrichten. Es handle sich hier um Frauen, die unter widrigen Verhältnissen jedenfalls einem härteren Drange folgten, als eine Zahl von Ärzten, die die Medizin als Professionsstudium erwählten, sich der medizinischen Wissenschaft gewidmet hätten. Diese dürften nicht durch Mißgunst oder kleinliche Bedenken aus dem Kreise ausgeschlossen werden, wo die moderne Medizin den Triumph ihrer weiteren Entwicklung feiere.

**Die Berliner Universität** wird nach der amtlichen Statistik im gegenwärtigen Winterhalbjahr von 6478 eingeschriebenen Studenten besucht, die größte Ziffer, die bisher erreicht wurde. Die theologische Fakultät umfaßt 379 Kommilitonen (289 Preußen), die juristische 2334 (1792), die medizinische 1348 (909), die philosophische 2419 (1659). Von diesen sind 789 aus Gymnasien, 369 aus Realgymnasien, 50 aus Ober-Real Schulen hervorgegangen; 451 besitzen noch kein Reifezeugnis. Außer den 6478 Studenten sind noch 4843 Personen zum Hören der Vorlesungen berechtigt, so daß diese im ganzen von 11 321 Personen besucht werden. An Frauen sind in diesem Winter 406 als Hörerinnen zugelassen. — Die Technische Hochschule zählt 2563 Studierende, die Tierärztliche 378, die Landwirtschaftliche 349 Studierende mit dem einjährigen Zeugnis, die Hochschule für die bildenden Künste 300, die Kaiser-Wilhelm-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen 300 und die Bergakademie 57 Studierende.

**Die Krankenhäuser werden teurer.** Nachdem schon längere Zeit über die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den Krankenhäusern Beratungen gepflogen worden waren, hat der Minister für das Medizinische am 5. d. M. eine Verfügung erlassen, nach der für die königliche Charité am 1. Januar 1900 eine solche Erhöhung eintritt. Bisher zahlten in der Charité erwachsene Kranke 2 M. und Kinder 1,50 M. den Tag. Am 1. Januar werden diese Sätze auf 2,50 Mark und 2 Mark erhöht. Umfangreiche Berechnungen haben angeblich diese Erhöhung des Kur- und Verpflegungspreises als berechtigt und notwendig erwiesen. Sie haben gezeigt, daß die wirklichen Kosten sich unter den heutigen Verhältnissen ohne Verzinsung eines Anlage- und Betriebskapitals auf 3 M., mit einer solchen Verzinsung aber auf 4 M. stellen. In der königlichen Charité bestehen die in der Charité jetzt neu einzuführenden höheren Sätze schon seit längerer Zeit. Auch für die städtischen Krankenhäuser wird eine Erhöhung der bisherigen Sätze gegenwärtig beraten. Für Westend nimmt die Charité nach wie vor 3 M., wenn es Berliner, und 4 M., wenn es Auswärtige sind, falls die Platzverhältnisse die Aufnahme gestraukter Personen von außerhalb überhaupt zulassen. Aus der Verfügung des Ministers wird sich auch für die Krankenkassen die Notwendigkeit ergeben, am 1. Januar ihre Sätze zu erhöhen, wenn sie nicht ihre Kranken der Gefahr aussetzen wollen, sich von der Aufnahme in die Charité ausschließen zu lassen.

Angelehrt der Liebesgaben, die den Agariern alljährlich in den Schoß geworfen werden, nimmt sich der den Proletariern gegenüber vertretene Krankenhaus-Vorkomitee sehr eigenartig an. Vom Standpunkte des Ministers aus müssen konsequenterweise alle gemeinnützigen Institute, bei denen Staat oder Gemeinde nicht auf ihre Kosten kommen — Schulen, Telegraph, Bibliotheken usw. — gehörig verteuert werden. Die Krankenkassen werden es gewiß nicht an Versuchen fehlen lassen, das Unheil, das über sie hereingebrochen droht, energig abzuwehren.

**Nach dem Benehmen der „Verl.-Ztg.“** soll für den Verkehr mit Ansichtskarten noch eine ganze Reihe neuer Konzeptionen bevorstehen. Es sei beabsichtigt, den Vorschriften über Postarten eine Fassung zu geben, die all den harmlosen Reuegestaltungen der Ansichtskarten freie Bahn bereitet. Voraussetzungen werden in nächster Zeit Bilderschnitt und Aufklebungen auf der Rückseite der Formulare in so weit zugelassen sein, als durch die Eigenschaften des Versendungs-Gegenstandes als offene Postkarte sowie die erforderliche posttechnische Behandlung nicht beeinträchtigt werden und die aufgestellten Forderungen der ganzen Fläche nach befestigt sind.

**Staudesstatistik.** Im Ränneratshaus des Berliner Arbeitervereins für Obdachlose nächstigen in vorigen Monat 20 104 Personen, im Frauenklub 3332 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Füllstr. 5.

**Die Ausbildung der Wagenführer der Straßenbahn** ist auf Veranlassung der königl. Eisenbahndirektion Berlin einer eingehenden Untersuchung durch den Kommissar des Polizei-

präsidiums für das öffentliche Fahrwesen, Polizeihauptmann Vogel, unterzogen worden. Der Beamte hat sich dem Benehmen nach anerkennend über die Gründlichkeit der Ausbildung ausgesprochen. Mit dieser Gründlichkeit kontrastiert merkwürdig die Unschuldigkeit, die ein angeklagter Motorwagen-Führer dieser Tage vor Gericht zu seiner Verteidigung vorbringen ließ. Ein Motorwagenführer der „Elettrischen“ war an der Ecke des Kurfürstendamm und der Kurfürststraße mit seinem Wagen gegen einen haltenden Pferdebahnwagen angefahren, wodurch der Kutscher des letzteren eine Verletzung des Rückgrates erlitt. Der Verteidiger des deshalb angeklagten Motorwagenführers machte zu Gunsten seines Klienten geltend, daß dieser an jenem Tage zum ersten Male allein gefahren sei. Er habe zwar Lehrgangsfahrten in Gegenwart älterer Motorwagenführer auf der Strecke Rantseffelstraße-Treptow machen müssen und sei dort instruiert worden, habe bis dahin aber keine Prüfungsfahrt vor dem Oberführer für das Fahren in Verkehrsstreifen gemacht gehabt und auch die Strecke und die darauf befindlichen Haltestellen der Pferdebahn nicht gekannt. Thatsächlich habe seine Probefahrt erst nach dem Unfälle stattgefunden.

Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Aus der Begründung durch den Landgerichts-Direktor Ködler Rang jedoch deutlich die Verwunderung darüber heraus, daß die Straßenbahn-Verwaltung nicht vorsichtiger sei. Die Verwunderung des Richters wird das ganze weite Publikum teilen.

**Großfeuer, das einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark verursachte,** wütete Freitagnacht im Norden Berlins. In der Kreiswalderstraße 78/80, unmittelbar an dem Zugangsweg zum Weisenfischer Güterbahnhof, hat die Firma W. A. Käster auf einem ausgebehten Gelände eine Fabrik für Holzbearbeitung, eine Kugelhohlung, Zimmerei und Tischlerei errichtet und lagert dort große Mengen Bretter und Bauhölzer. Neben einem Wohnhause für den Pflanzwart, zwei Pferdeboxen, dem Maschinenhause und zwei Tischlereiverstärken befanden sich auf dem Terrain noch eine Anzahl freiliegender Holzstapel, sowie mehrere überdachte Lagergruppen. Zu wenigen Stunden wurde ein großer Teil dieser Anlagen in einen Trümmerhaufen verwandelt. Zwei Familien sind nur mit knapper Not dem Tode entronnen.

Nach Mitternacht bemerkte ein Schuttmann zuerst das Feuer in einer der Tischlerei-Verstärken und eilte, ohne den Pflanzwart zu wecken, nach dem nächsten Feuermelder. Mittelsweile war auch der rapide um sich greifende Brand von anderen Personen beobachtet und verschiedenen öffentlichen Weibern mitgeteilt worden, so daß die Wächter von allen Seiten heranzöhlten. Hausböfe Flammengarden roteten den Himmel, und Hunderte von Personen aus den ersten Stadien der Stadt begannen sich zu Fuß oder auf Wagen nach dem Brandplatz auf. Vieles war das Gerücht verbreitet, nach Weisenfische stehe in Flammen. Der Pflanzwart küßte mit seiner Familie im tiefsten Schlaf, als die Flammen bereits das Wohnhaus ergriffen hatten. Durch den Feuerlärm erwacht, blieb den Weisenfischen kaum Zeit, barfuß in Unterleiden auf die Straße zu flüchten und sich in Sicherheit zu bringen. Doch da sangen auch in rasendem Galopp schon die Wächter aus der Reitel- und Oberbergerstraße an. Der erste Angriff galt der Sicherung des Wohnhauses. Zugleich suchten die Wächter mit einbringen, um 13 Pferde aus den schon brennenden Ställen zu befreien, was nach großer Anstrengung auch gelang. Trotzdem fast Windstille herrschte, überbrang das in der südlich gelegenen Werkstelle ausgebrochene Feuer den etwa 20 Meter breiten und 90 Meter tiefen 1/4-stöckigen Lagergruppen und legte die nördlich gelegene Werkstelle in Flammen. Nicht lange, so brannte der nun zwischen zwei Feuer liegende Lagergruppen in seiner ganzen Ausdehnung und an das dadurch gebildete Flammenmeer vermochten die Mofrführer nur dadurch zu gelangen, daß sie Türen und Fensterläden zum Schutze vor sich hielten. Nur durch einen Wettersturm war das brennende Grundstück von dem benachbarten Nr. 75—77 getrennt, auf dem sich die Kugelhohlung von Simonson befindet. Da der Wind umgesprungen war, griff das Feuer auch auf dieses Grundstück über und sicherte hier einen Bretterstapel im Werte von 12 000 M. ein. Daneben wurden auch die Gebäude beschädigt. Immer weiter griffen die Flammen um sich und ergriffen das älteste Maschinenhaus, dessen Kesselanlage mit Lokomotive allein einen Wert von über 60 000 M. repräsentiert. Hier aber gelang es der Wehr, Herr des Elements zu werden. Gegen 7 Uhr früh rühten die meisten Flammen ab, um der Abblöschung Platz zu machen. Dampfströme 2 verblieb jedoch bei der Abblöschung.

**Die mehrfach genannte Marie Fornaçon,** die ihren Eltern durchdrannte und von der Polizei gesucht wurde, befindet sich, wie sie ihren Eltern schreibt, in Jumbud.

**Die ersten Eisbahnen** sind bereits gestern eröffnet worden. Die Biergartengewässer waren heute Morgen mit einer ziemlich starken Eisdicke überzogen und es ist zu erwarten, daß beim Fortbestand der gegenwärtigen Witterung die Eisbahnen an der Rousseau-Insel und dem Neuen See noch vor Weihnachten eröffnet werden.

**Durch eine Rangiermaschine erfaßt und schwer verletzt** wurde gestern Morgen der beim Bau der neuen Brücke in Rummelsburg beschäftigte Arbeiter A. Fuhnel, Wiesenstr. 38 wohnhaft. F., welcher an der dortigen Eisenbahnverfahrricht beschäftigt ist, war mit mehreren Arbeitskollegen beim Bau tätig und hatte sich von Berufs wegen ein Stück auf das Geleise begeben, als eine Rangiermaschine in schnellstem Tempo heranzuckte, den Arbeiter erfaßte und bei Seite schleuderte. Der Unglückliche wurde sehr schwer verletzt. Man brachte ihn in bewußtlosen Zustande nach der Bahnstation, wo er den ersten notwendigen Verband erhielt. Inzwischen hatte man den Stationswagen der Unfallstation XVI in der Rantseffelstraße, der in der Landberger Allee stationiert ist, telephonisch herbeigerufen, der den Schwerverletzten nach seiner Wohnung brachte.

**Gegen den verschwundenen Kaufmann Jakob Behrendt** ist ein Steckbrief erlassen worden.

**Auf dem Haupt-Eurodamarkt für Weihnachtsschäume** an der Grob-Görchensstraße steht jetzt der Handel mit Weihnachtsschäumen auf seiner vollen Höhe. Tagtäglich von den frühesten Morgenstunden an bis in den späten Abend hinein treffen die mit Tannen und Fichten hochbepackten Wagen auf dem weiten Terrain ein.

**Apollo-Theater.** Nach einer Lebensdauer von 218 Tagen hat „Fran Luna“ ihr Dasein beschloffen. Der Hittlerglanz wandert in die Kumpellammer, das liebliche Luftballon Grigolanz geht nach London ins Drury Lane-Theater und von der fabelhaften Pracht der Ausstattungsoberette wissen nur noch einige Walzerlöwe, die bei Schramm und hin und wieder auf einem Leierkasten ertönen, matt und klagend zu erzählen. Das ist nun einmal das Schicksal populärer Operetten: Ein halbes Jahr lang würde auch der gottesfürchtigste Volkezeuge die Annahme, daß er ihre Reklamen nicht zu preisen verstände, als Ehrenkränkung betrachten, und dann sind sie so mauferot, daß selbst der verwohnenste musikalische Freibeuter nicht im Stande ist, aus ihnen ein paar ansprechende Töne zu entlocken.

Die Zeit der Vorbereitung zu einem neuen Glanzstück wird im Apollo-Theater durch ein „reines“ Spezialitäten-Programm angefüllt. Einige Vorstellungen erheben sich über das Maß des Gewohnten. Mary Werder hat von der Spezialität des Pariser Straßenjägers manches gelernt; sie verweert die fremden Anregungen aber mit voller künstlerischer Selbstständigkeit. Ihre „Tippelchöre“ werden mit Galgenhumor das Elend der Landstraße. Ein selbstames Volquartett sind die Götthaus aus New York; tadellose Gesangsvorträge werden von ihnen mit wunderlichen Kapriolen gewürzt. In akrobatischen Künsten ist die Gesellschaft „Adolf“ obenauf; artistische Leistungen von unglaublicher Schwierigkeit vollführen aber die drei Kofpequillibristen Gebrüder Willee. Vom vorigen Monat ist u. a. der Professor Boneth mit seinem buntem gemischten Tierzirkus geblieben.

Auf eine Renierung im Bühnenraum des Theaters sei noch hin-

gemiesen. Es handelt sich um eine sogenannte Regenborrdung, wie sie bereits in mehreren Theatern Berlins angelegt ist. Durch die Borrdung kann die Bühne beim Ausbruch eines Feuers in kürzester Zeit unter Wasser gesetzt werden. In diesem Zweck ist über der Hauptbühne des Theaters, die 180,5 Quadratmeter misst, und über den beiden Nebenbühnen, die zusammen einen Flächeninhalt von 31 Quadratmeter haben, ein Netz von Kupferrohren gezogen worden, das auch die Galerien und die Eingänge bedeckt. Die Rohre sind mit Ausflüßlöchern versehen, die zu je dreien schräg zur Längsachse der Rohre und in einem Winkel von 45 Grad zu ihnen angeordnet sind. Die Zuleitung ist 125 Millimeter stark, und bei einem Druck von 20 Meter Wassersäule beträgt die Abflusmenge rund 24,6 Liter in der Sekunde, also in der Stunde ungefähr 88 660 Liter oder 88,5 Kubikmeter Wasser, was der Leistungsfähigkeit einer Dampfströhe gleichkommt. Die kupfernen Verteilungsrohre haben 40 Millimeter im Durchmesser. Der Apparat funktioniert sehr präcise; in kaum einer halben Minute, nachdem das Wasser angebracht ist, strömt es auf die Bühne hernieder.

**Theater.** Am Carl Weich-Theater gelangt heute nachmittag bei keinem Preisen als Kinderdarstellung „Nebenbrödel“ zur Aufführung. — Im Schiller-Theater wird das „Näbchen von Sellbrunn“ neu einstudiert. — In der 13. d. M., in vollständig neuer Besetzung zum erstenmal aufgeführt. — Fräulein A. A. N. N., eine junge Künstlerin, welche in Berlin und Hamburg schon schöne und bemerkenswerte Erfolge erzielt hat, ist (eben von der Direktion des Thalia-Theaters verpflichtet worden. — Ueber „Stille Luft“ wird heute, Sonnabend, abends 8 Uhr im Hof der Urania Herr Dr. P. Spiess einen Vortrag halten. — Ein „Hohensch“, der Regier Dames, wird sich heute zuerst im Circus Schumann produzieren.

### Aus den Nachbarorten.

#### Stadtverordneten-Wahl in Spandau.

**Arbeiter, Parteigenossen! Heute, als am letzten Wahltage, wird der Entscheidungskampf von unserer Seite zu führen sein, heute Abend, bei Verkündung des Resultats wird es sich zeigen, ob die Spandauer Arbeiterschaft wissen und im Stande ist, ohne kleinliche Rücksichten für ihre Ideen und ihre Interessen auf kommunalem Gebiet thätig einzutreten. Unsere Gegner werden am heutigen Tage einen ganz besonders starken Druck auf die abhängigen Elemente, Arbeiter, Straßenfeger, Nachtwächter und Beamten ausüben, um, wenn auch auf fremden Kosten, in das Stadtparlament zu gelangen. Sorge deshalb ein jeder wahlberechtigter Arbeiter dafür, daß er sich selbst nach Verkündung des Wahlergebnisses nicht zu schämen haben wird, mit anderen Worten: Jeder spanne im Dienst für die Arbeiterschaft heute seine Kräfte besonders an, um unseren Kandidaten den Sieg zu sichern. Noch ist es Zeit! Wer heute jedoch, in letzter Stunde, nicht seine Pflicht im vollsten Maße thut, der begeht einen unverzeihlichen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft! Der unerhörtesten Wahlnacht der Gegner muß der erste feste Wille der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft Spandaus entgegengezeigt werden. Nur dann ist der Sieg unser! Darum Arbeiter, Parteigenossen:**

#### Gleit zur Stichwahl!

**Die Stadtverordneten-Wahlen in Spandau** ergaben gestern folgendes Resultat: Kieger (Soc.) 200, Scholz (Soc.) 201 und Kunkel (Soc.) 108 Stimmen. Von den Gegnern erhielten Stephan 89, Dr. Kallstein 87 und Krüger 88 Stimmen.

**Waldmanns Lust.** Sonntagnachmittag 4 Uhr findet in Röhnd Schweizerhändchen eine Volksversammlung statt. Genosse Schaubert spricht über „Der Reichstag und die politischen Parteien“. Außerdem stehen die Wahlen eines Vertrauensmannes, sowie einer Lokalkommission auf der Tagesordnung.

**Ober-Schöneweide.** Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet bei Völl, Simonsstraße, eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Stadtverordneter Genosse Th. Meyner hält einen Vortrag: „Gleiches Recht für alle“. Gäste haben Zutritt.

**Stralau-Rummelsburg.** Sonntagnachmittag 4 Uhr spricht Genosse Gutzeit bei Schönerl im sozialdemokratischen Verein über die Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften und ihre Vertrauensärzte. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

**In der allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Charlottenburg** fand vorgestern die Wahl der Delegierten aus der Klasse der Arbeitnehmer statt. Mit großer Mehrheit drang die von parteigenösslicher Seite aufgestellte Liste durch. Sonntag ist die Wahl der Arbeitnehmer-Delegierten.

**Aus Nixdorf** wird uns geschrieben: Die Richterfüllung eines Versprechens bedeutet die Festsetzung der Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbergericht auf den heutigen Sonnabend. Als der Wortlaut des Ortsstatuts für das hiesige Gewerbergericht seiner Zeit in der damit betrauten Kommission durchberaten und festgestellt wurde, verlangten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, besonders der Genosse Conrad, daß die Wahlen regelmäßig des Sonntags stattfinden sollten. Dieser Vorschlag scheiterte an den religiösen Bedenken der Mehrheit. Hierauf beantragte Conrad, dann wenigstens im Statut festzusetzen, daß die Wahlen nie auf einen Sonnabend anzubekommen seien. Es wurde ausdrücklich begünstigt, weshalb der Sonnabend als Wahltag besonders für Arbeiter der ungeeignete Wahltag wäre. Gegen eine solche Bestimmung wandten sich alle bürgerlichen Mitglieder, auch der Vorsitzende Stadtrat Wärdner. Jedoch wurde allgemein betont, daß bei der Festsetzung des Wahltermins die Wünsche der Vertreter aus der III. Wählerabteilung berücksichtigt werden würden. Besonders das Magistratsmitglied Justizrat Wärdner gab ein dahingehendes Versprechen ab. Trotzdem wurde vom Magistrat grade der Sonnabend zum Wahltag für die Arbeitnehmer bestimmt.

Auf eine Interpellation des Genossen Conrad hat nun allerdings Herr Bürgermeister Voigt in der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung erklärt, der Magistrat habe den Sonnabendnachmittag für besonders geeignet gehalten, weil am Sonnabend viele Arbeiter einige Stunden früher Feierabend hätten; es könnte höchstens ein Zerium vorliegen; in Zukunft würden entsprechende Wünsche sicher berücksichtigt werden. Das mag richtig und ernst gemeint sein, es schadet aber nicht die Thatsache aus der Welt, daß man sich diesmal über stark betonte Wünsche hinweggesetzt und das von einem Magistratsmitgliede gegebene Versprechen nicht erfüllt hat. Die Folge kann natürlich nur Mißtrauen sein.

**Vom öffentlichen Arbeitsnachweis der Stadt Nixdorf** verlanget im November 96 Arbeiter insgesamt 168 Personen, darunter 22 weibliche und 10 unter 16 Jahren. Im besonderen wurden verlangt 36 gelernte Arbeiter, 100 sogenannte gewöhnliche Arbeiter, 7 Dienstmädchen, 9 Fabrikarbeiterinnen und 6 andere Arbeiterinnen. Es wurde Arbeit gesucht von 257 Personen, darunter waren 19 weibliche und 16 unter 16 Jahren. Die Arbeitssuchenden versetzten in 39 Handwerker, 183 andere Arbeiter, 2 Dienstmädchen, 19 Fabrikarbeiterinnen, 7 andere Arbeiterinnen. Von den 257 Arbeitssuchenden erhielten 240 Arbeit nachgewiesen. Von den 19 weiblichen Personen wurden 16 untergebracht. Die Bemerkung des Arbeitsnachweises kostet nichts. Das Bureau befindet sich in der Steinmehlf. 7, parterre.

**Wie die Armut wohnt!** Professor Dr. Thourat in Friedenau hat, durch dritte Personen veranlaßt, dem dortigen Armenhaus, welches früher als Choleraquarantäne diente, einen Besuch abgestattet und schildert den gewonnenen Eindruck folgendermaßen: „In einer an sich geräumigen Stube haust dort Frau S. mit zehn Kindern, sechs eigenen und vier einer Frau P., die selbst seit 14 Tagen im Krankenhanse liegt. Wenn ich auch in Berlin schlimmere Verhältnisse (1) gesehen habe, so war der Anblick dieser Armensube mit der in allen möglichen und unmöglichen Aufzügen herumlagernden oder sich herumwälzenden Kinderhaare doch ein herabgewandter. In der Mitte stand ein Kinderwagen, worin ein schwächlicher Säugling lag, der halb mit der Flasche, halb mit der Brust ernährt wird,

obgleich der Arzt der Mutter das Nähere verboten hat. Die verschiedenen Organe der Armenverwaltung usw. helfen wohl aus, aber soviel wird jedem Besucher klar, daß hier Missethäter abzuwehren, die Frieden aus unwillkürlich und einer gründlichen Besserung bedürftig, was natürlich Geld kosten wird. Hier müssen von Gemeinde wegen Opfer gebracht werden. Ein einziger Mann für soviel Köpfe kann auf die Dauer kein menschenwürdiger Aufenthalt genannt werden, besonders da das ganze Haus widerwärtig nach Stagen riecht. Aber die Hauptfrage ist die, ob die Parade überhaupt als Armenhaus genügt. Der Augenblick spricht dagegen und besonders im Winter wird sie nicht ausreichen. Eine bessere Mitte richte ich an die Schulverwaltung und die Lehrerschaft. Ich weiß nicht, was davon ist; aber erzählt wurde, daß sich einige von den Kindern Kleinfelder, Federn usw. aus einer Handlung auf Vorkauf geholt hätten. Mein Vorschlag geht dahin, den Kindern Bücher, Hefte und Kleinfelder in der Schule zu liefern und einfach dort zurückzubehalten, von allen Schularbeiten abzugehen, ihnen aber Säcklein und Lebkuchen — die später verbraucht werden müssen — in die Parade mitzugeben, damit sie sich nicht immer zu halben brauchen. Pflicht der Gemeinde endlich ist es, die Kinder im Armenhaus vor physischer und moralischer Verlotterung zu schützen, denn sie sind meistens schlimmer daran als Weisen!

Ein Kulturbild des scheidenden 19. Jahrhunderts!

Für die vom Schöneberger Magistrat vor drei Wochen angeforderten vier Oberlehrerstellen, deren Schaffung der weitere Ausbau des städtischen Reform-Gymnasiums zu Ostern nächsten Jahres durch die Aufhebung der beiden Untersekunda-Klassen (für den Gymnasial- wie Realzweig) erfordert, sind bereits gegen 120 Bewerbungen eingegangen. — Einen Stadtbaurat sowie einen vereideten Landmesser und außerdem noch drei untere Baubeamte, sämtlich für das Tiefbauwesen, beabsichtigt der Magistrat zu Schöneberg zum 1. April 1900 anzustellen.

Schwer verunglückt ist der Arbeiter Karl Jahnke in Charlottenburg, als er einen Sad mit Mehl vom Wagen nach dem Krahn bringen wollte. Er stürzte und der Sad fiel auf ihn und brachte ihm so schwere innere Verletzungen bei, daß ihn die Rettungswache in der Wilhelmsdorferstraße dem städtischen Krankenhause zuführen mußte.

Stationüberlegung. Am Dienstag, 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, wird die Station Riez-Stummelsburg der Linie Berlin-Erfner nach der Prinz-Albertstraße hin verlegt. Der Zugang zu der neuen Station befindet sich gegenüber dem Hause Nr. 6 der Prinz-Albertstraße. Der von Erfner um 11 Uhr 43 Min. vormittags auf Riez-Stummelsburg eintreffende Zug wird als erster Zug auf der neuen Station abgefertigt.

Das als Holzerinstrument gefährdete Spandauer Strohpflaster soll seiner schlimmsten mittelalterlichen Schreden beraubt und dem Kulturzustand nahe gebracht werden, dessen Verfall sich etwa zu Anfang dieses Jahrhunderts ereignete. Zu diesem Zwecke wurden in Spandau vor einiger Zeit mit alten Berliner Pflastersteinen ein paar Nebenstraßen probeweise gepflastert. Der Versuch ist angeblich als wohl gelungen anzusehen, und der Spandauer Magistrat hat daher beschlossen, zu Pflasterungszwecken einen größeren Posten ausgetragener Berliner Steine, im ganzen für 45 000 M. anzulassen.

In der Alt-Buchhändler Nordaffäre wird die Anklage nur gegen das 16jährige Dienstmädchen Vertha Schröder erhoben werden. Die von den Berliner und den Vorortbehörden angestellten Nachforschungen nach einem etwaigen Verleumdung oder Geistesverfall der Sch. waren völlig ergebnislos. Die Schröder hatte übrigens auch versucht, einen Unbekannten als den thätlichen Mörder zu bezeichnen, nahm jedoch später das Geständnis wieder zurück, und es gilt jetzt als unzweifelhaft erwiesen, daß die Sch. die That allein begangen hat. Ueber den Verbleib des gestohlenen Geldes (1300 M.) war bisher, da die Verbrecherin jede Auskunft hierüber entschieden verweigert, nichts zu ermitteln.

## Gerichts-Beilage.

### Eine romantische Geschichte.

Bei welcher eine Tierbändigerin mit menschenfreundlichem Herzen die Hauptrolle spielte und welcher auch der Justizminister aus rechtlichen Gründen wiederholt sein Interesse zugewandt hat, beschäfligt gestern die III. Strafkammer des Reichsgerichts I. Wegen Diebstahls wurde die 27jährige Marie Wilhelmine Reuhof zur Verantwortung gezogen; sie sitzt seit dem 20. Juni in Untersuchungshaft, befreit aber jedwede Schuld. Das Verfahren sollte ursprünglich auch wegen Kindesentführung eingeleitet werden, ist aber nach dieser Richtung hin eingestellt worden. Die Angeklagte hat ein vielbewegtes Leben hinter sich; sie hat schon in jungen Jahren ihre Eltern verloren und hat sich dem Künstlerberufe gewidmet. Seit acht Jahren gehört sie dem Circus des Direktors Behrendt an, mit dem sie als Tierbändigerin von Ort zu Ort reist. Zuletzt befand sie sich mit dem Circus in Paris und erhielt dort Anfang Juni ihren zweimonatlichen Sommerurlaub, den sie nach ihrer Verheiratung in Olinda verbringen wollte. Sie machte in Antwerpen Station und lernte dort in einem Hotel garni den jetzt 50 Jahre alten Rentier Franz Disterbed aus Berlin kennen, der in demselben Hotel mit einem 14jährigen Knaben und einer 7-jährigen Tochter wohnte. Herr Disterbed hat auch seine Geschichte hinter sich. Die chelischen Szenen, die er aus ungedrübeter Eifersucht seiner Frau bereite, haben seiner Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt, als er wegen Körperverletzung seiner Ehefrau zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Ehe der beiden Elemente ist gerichtsfällig geschieden und dem Vater der Knabe, der Mutter aber das Mädchen gerichtsfällig zugesprochen worden. Herr D. war aber, nachdem er hier sein Eigentum zu Gelde gemacht, eines Tages unter Mitnahme seiner beiden Kinder verschwunden. Die Erklärung hierfür ist vielleicht darin zu suchen, daß er die vier Monate nicht abhien mochte, außerdem sollte aber auch, wie die Polizei zu den Akten angegeben hat, ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineide gegen ihn eingeleitet werden. Genau: Herr D. war verschwunden und die um ihr Anrecht auf das Mädchen gebrachte Frau Disterbed hat in öffentlichen Zeitungsannoncen eine Belohnung für denjenigen aus, der ihr den Aufenthaltsort ihrer Tochter nachweisen würde. Diese bestand sich, wie gesagt, bei ihrem Vater in Antwerpen, als die Angeklagte diesen kennen lernte. Herr Disterbed war damals in großer Verlegenheit: seine Wirtschafterin war in dringenden Geschäften nach Berlin gereist und so nahm denn die Angeklagte das Anerbieten an, sich bis zur Rückkehr der Wirtschafterin als eine Art Nonne oder Mädchen für alles bei D. engagieren zu lassen. Wie die Angeklagte behauptet, hat ihr nun das kleine Mädchen, welches die ganze Ehezeitungsgeheimnisse ihrer Eltern konnte, wiederholt unter Thränen und Bittgesängen die Bitte ausgesprochen, sie doch zu ihrer Mutter nach Berlin zu bringen, da sie zu große Sehnsucht nach derselben habe. Sie will lange diesen Gedanken bekämpft haben, dann aber durch die Bitten der Kleinen so gerührt worden sein, daß sie sich zur Flucht bereit erklärte. Eines Tages — am 12. Juni — ging Herr D. aus und ließ der Angeklagten zur Versorgung kleiner Einkäufe 100 Fr. zurück. Nun schritt die Angeklagte zur That. Sie schickte den kleinen Jungen allein in den Schulungsparl, indem sie ihm vorredete, daß sie mit dem Mädchen bald nachkommen würde, raffte dann schnell einiges Kleingeld zusammen, verschloß die Thür und befand sich mit ihrer kleinen Begleiterin bald auf dem Wege nach Berlin. Hier nahm sie in einem Gasthof Quartier, schrieb ihren und des Mädchens richtigen Namen ins Fremdenbuch und begab sich sehr bald zum Einwohner-Verdamm, um die Wohnung der Frau Disterbed zu erfahren. Inzwischen war aber Herr D. in Antwerpen nicht müßig geblieben. Als er nach Hause kam, mußte er die verschlossene Wohnung erst durch einen Schlosser öffnen lassen und da will er denn festgestellt haben, daß ihm in seiner Abwesenheit eine Summe von 600 Mark in

Zwanzigmarkstücken, die sich angeblich in einer verschlossenen Kaffette in einem verschlossenen Korb befunden haben sollen, gestohlen worden waren. Da die Angeklagte mit der Tochter nicht zurückkehrte, ahnte Herr D. sofort einen Zusammenhang zwischen dem angeblichen Diebstahl und dem Verschwinden der beiden und am sein Betreiben wandte sich der Untersuchungsrichter in Antwerpen mit dem telegraphischen Gesuch an die hiesige Polizei, die Kindesentführerin wegen Diebstahls festzunehmen. Die Gasthauspolizei entdeckte dann auch sehr bald ihren Aufenthalt und sie wurde in Haft genommen. Die Frau Disterbed ist dabei wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Als sie die Kunde von der Ankunft ihres Kindes erhalten und freudig erregt auf der Wirtschafterin erschien, um es abzuholen, mußte sie zu ihrer Betrübnis erfahren, daß das Mädchen schon wieder nach Antwerpen abgedampft war. Und das hatte die Energie der gerade in Berlin weilenden Wirtschafterin des Herrn D. zu stande gebracht, an die sich Herr D. auch sofort mit telegraphischen Direktiven gewandt hatte. So ist das unglückliche Kind, auf welches nach gerichtlichem Erkenntnis die Mutter einen Anspruch hatte, ruhig wieder dem Vater ausgeliefert worden, der seinen Anspruch darauf hatte. Die Angeklagte bestritt bei ihren ersten polizeilichen Vernehmungen mit Entschiedenheit, einen Diebstahl begangen zu haben. Sie behauptete, daß sie von der Auslieferung einer Belohnung keine Kenntnis gehabt und lediglich als Mitgefährtin für das kleine Mädchen und deren Mutter gehandelt habe. Sie bestritt auch, daß Herr D. zur Zeit ihrer Abreise überhaupt 100 M. in bar besessen habe, behauptete vielmehr, daß er gerade damals in vorübergehender Verlegenheit gewesen sei und erst Geld von seinem Bankier erwartete. Nun ist hier in einem Zimmer des Polizeipräsidiums, in welchem die Angeklagte vernommen war, unmittelbar nach ihrer Entlassung aus dem Zimmer am Boden in der Nähe der Thür ein kleines leinwandenes Beutelchen mit 20 Markstücken gefunden worden, welches nach Ansicht der Polizei die Angeklagte verloren haben muß. Auch hier besitzet diese nachdrücklich, dieses Geld besessen und — wie angenommen wird — geschickt verborgen zu haben. Zu diesem belästigenden Moment kamen noch einige belästigende Aussagen, welche das kleine Mädchen bei der kommissarischen Vernehmung in Amsterdam über die Geldmittel der Angeklagten gemacht hatte. Nach der Vernehmung des Schutzmanns Richter wurde die Angeklagte am 20. Juni in dem Wachtzimmer der Kriminalabteilung eingeliefert. Sie bekam, als sie am nächsten Tage wieder vorgeführt wurde, Schwindelanfälle, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden sollte. Unmittelbar nachdem sie aus dem Zimmer gegangen war, fand man an der Außenseite der Thür ein kleines Beutelchen mit 14 Zwanzigmarkstücken. Die Aufseherin des Justizgefängnisses der Polizei hatte sie nach der Entlassung Verpöckel untersucht, aber ein dergleichen Geldbeutelchen nicht bei ihr vorgefunden. Die polizeiliche Kombination, wie die Angeklagte das Geld verbergen haben könnte, wurde vom Sanitätsrat Dr. Wittenberg an sich als möglich erklärt. — Auf Grund dieses Sachverhaltes beantragte Staatsanwaltschaftsrat Glitzel das Sündig wegen Diebstahls, wobei er als ausgeschloffen betrachtete, daß eine andere Person das Beutelchen mit den 20 Mark-Stücken verloren haben könne. Er beantragte sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft. — Rechtsanwält Dr. Schlegel erachtete es dagegen für geboten, die Schmerzzeit der Angeklagten durch eine Freisprechung zu beenden, da dieselbe weder durch das ominöse Geldbeutelchen noch durch die Aussage des unter dem Einfluß ihres Vaters stehenden kleinen Mädchens überführt scheine. Der Gerichtshof hielt es nicht für ausgeschlossen, daß ein anderer das Mädchen mit den 20 Mark-Stücken verloren haben könne, und erklärte daher auf Freisprechung der Angeklagten. Diese wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Der seit nahezu zwei Jahren schwebende Torgauer Strafprozess gegen unieren Parteigenossen Paul Jahn hat abgemacht das Gericht beschäftigt. Ursprünglich wegen Gendarmen- und Richterbeleidigung angeklagt, war Jahn in erster Instanz nur wegen angeblicher Richterbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis, in der Vernehmungsinanz aber wegen beider „Straftaten“ zur gleich hohen Strafe verurteilt worden. Das Oberlandesgericht in Rumburg a. S. hatte dies Urteil aufgehoben mit der Begründung, daß eine Beurteilung nicht auf Grund des § 186 des Strafgesetzbuchs, sondern nur nach § 188 hätte stattfinden können, dafür aber keine genügenden Beweise erbracht seien! In die Vernehmungsinanz zurückverwiesen, lautete das Urteil nunmehr nur wegen Richterbeleidigung auf 1 Monat Gefängnis. Dieses Urteil wurde jetzt vom Oberlandesgericht bestätigt und das freisprechende Erkenntnis aufgehoben, da eine Verurteilung hätte erfolgen müssen, obwohl keinerlei neue Beweismittel erbracht waren. In der am 5. Dezember abgemachten Verhandlung vor dem Landgericht in Torgau stattgefundenen Verhandlung wurde Jahn wegen angeblicher Gendarmenbeleidigung zu einer Zuchthausstrafe von 6 Wochen, insgesamt zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In der mündlichen Verhandlung durch den von Jahn schon einmal abgeurteilten Landgerichtsdirektor Bachmann wurde betont, daß das Gericht der Anweisung des Oberlandesgericht folgen und eine Verurteilung ansprechen mußte, weil die von Jahn gemachte bloße Mitteilung, daß ein früherer Gendarm in Thüringen heute sozialdemokratischer Vertrauensmann sei, eine „arge Verhöhnung des anwesenden Gendarmen“ als Vertreter der Staatsgewalt bedeute. Und dieses Urteil, obwohl weder Zeugen geladen noch neue Beweismittel dafür erbracht waren. Dem beleidigten Gendarmen-Bachmeister Säulster in Torgau wurde noch die Publikationsbefugnis des Urteils im Torgauer Kreisblatt zugesprochen und dem Angeklagten sämtliche Kosten aller Instanzen auferlegt.

Der Prozess gegen den des Wuchers beschuldigten Agenten Johann Blumberg gelangte gestern in später Abendstunde zum Abschluß. Wie der Wucherrevisor Oehme herausrechnete, hatte der Angeklagte in den am mildesten liegenden Fällen einen Zinsbetrag von 20 Proz. genommen, in verschiedenen Fällen aber auch 100 Proz. Staatsanwalt Liebenow hielt das Geschäftsgebahren des Angeklagten um so verwerflicher, weil er sich eidesstattliche Versicherungen ausstellen ließ, trotzdem er wußte, daß der Inhalt derselben nicht der Wahrheit entsprach, daß die Aussteller sich vielmehr in einer Notlage und in den meisten Fällen sogar in einer sehr drückenden befanden. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Wuchers für überführt und beantragte gegen ihn neun Monate Gefängnis, 600 M. Geldstrafe und fünfjährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof mußte zwar einige Fälle aufheben, bejahte das wunderliche Treiben des Angeklagten aber doch als ein gewerbs- und gewohnheitsmäßiges und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis, 600 M. Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte erklärte, sich hierbei nicht berufen zu wollen.

## Vermishtes.

Die Verheerungen an der Ostseeküste dauern fort. Infolge des in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag erfolgten Durchbruchs der Gafflundische ist die Danziger Regierung meilenweit überflutet. Besonders betroffen sind viele blühende Ortschaften am Einthof und Steegen. Das Wasser überflutet 1/2 bis 2 Meter hoch das Land. Das Vieh ist meist getötet, der Schaden an der Winterjaat und den Deichen sehr bedeutend. — Von der Halbinsel Gela wird gemeldet, daß dieselbe an einer schwachen Stelle vollständig überflutet ist.

Der Dampfer des „Norddeutschen Lloyd“ „Königin Louise“, welcher sich auf der Fahrt von Bremen nach Australien mit Antwerpen als Zwischenhafen befand, ist Freitag früh bei Bluth auf der Unterseite auf der Bank von Walscoords in der Nähe von Vah festgeraten. Schlepper sind von hier abgegangen, um den Dampfer abzubringen.

Ein englisches Kriegsschiff gescheitert. Bei „Hohs-Agentur“ in London ist aus Cambridge, Insel Wight, die Nach-

richt eingegangen, daß das englische Kriegsschiff „Thyne“ auf einem Stein bei Bembidge gescheitert ist. Ein Rettungsboot ist dorthin abgegangen. Das Wetter ist ruhig. Die „Thyne“ ist ein Proviant-Geschiff; sie war auf dem Wege nach Malta.

Stübchen. Für die deutschen Zeitungen in Budapest ist ein Reporter thätig, der sich sowohl durch seinen Eifer als auch durch seine unerschöpfliche Vorliebe für Metaphern hervorhebt. Jeder Redakteur kennt die an sich schätzbaren Mitarbeiter dieser Art, und der Stämpfe, die er selber mit dem Stil ihrer blaugelbten Mitteilungen gefüllt, wird er sich heiter erinnern, wenn er die folgenden Ausprüche des Budapest-Reporters liest, die das „Neue Pesther Journal“ mit Gleichsamkeit und lobend veröffentlicht hat: — Zwei Arbeiter wurden schwer beschädigt; andere drei befanden sich in jähem Entzweiungsgesfahr. — Die Bauarbeiter scheinen den Zeitpunkt für erachteten gekommen zu sein... — Und nun entstand ein Chaos von Stimmengewirr. — Sie hatten das Motto der goldenen Freiheit auf die rote Fahne des Wagners graviert. — Die Reichen wählten in den feuerfesteren Kassen ihrer goldenen Kälber. — Das ganze Leben der Vätergesellschaft ist nichts als eine Vegetation. — ... eine von schwach bewohnten florentinischen Loggionnen wimmelnde Gegend. — Die Verammlung entzog dem Präsidenten das Vertrauensvotum. — Die Maurer-gehilfen sind des Hungers satt. — Für den gehörten Eherieden suchte er Trost in den Armen des Alkohols. — Die Abhaltung eines Tischlergehilfen-Kongresses ist demnach bereits eine affaire accompli. — Wozu Reich suchte die aufgeregten Gemüter, die bereits in ein Handgemenge geraten waren, zu beschwichtigen. — Durch diese ins Herz getroffene Maßregel waren die Arbeiter, besonders die Maurer, aufgeregt. — Die Parole: „Auf die Androssstraße!“ wurde durch die Polizei vereitelt. — Die Arbeiter stehen nicht auf der Höhe des Aneaus. — Die nächste Frage: Pensionverband, wurde vom Referenten unter großem Lärm auf das Tapet der Beratung gesetzt. — Der Jahm der Zeit reißt die Menschheit. — Müllers Name war einer der ersten, die seinen Pfad kreuzten. — Anna Haducel ist eine vor innerer Blut sich selbst vergebende, lebende Fadel der Frauenrechte...

Marktpreise von Berlin am 7. Dezember 1899

nach Ermittlungen des (al. Polizeipräsidiums.		Schwefelkies 1 kg		1,60	1,10
* Weizen	14,85	14,-	Schwefelkies 1 kg	1,60	1,10
* Roggen	14,70	13,70	Schwefelkies 1 kg	1,60	1,10
Winter-Weizen	14,-	13,-	Dammkies 1 kg	1,60	1,10
Winter-Roggen	13,-	12,30	Dammkies 1 kg	1,60	1,10
Winter-Mittel	14,20	13,50	Winter-Mittel 1 kg	1,60	1,10
Winter-Gering	13,40	12,80	Winter-Gering 1 kg	1,60	1,10
Winter-Hoch	4,10	3,50	Winter-Hoch 1 kg	1,60	1,10
Winter-Niedrig	7,20	4,40	Winter-Niedrig 1 kg	1,60	1,10
Winter-Mittel	40,-	25,-	Winter-Mittel 1 kg	1,60	1,10
Winter-Hoch	45,-	25,-	Winter-Hoch 1 kg	1,60	1,10
Winter-Niedrig	70,-	80,-	Winter-Niedrig 1 kg	1,60	1,10
Winter-Mittel	7,-	5,-	Winter-Mittel 1 kg	1,60	1,10
Winter-Hoch	1,90	1,20	Winter-Hoch 1 kg	1,60	1,10
Winter-Niedrig	1,20	1,-	Winter-Niedrig 1 kg	1,60	1,10

Ergebnisse der Zählung von 8. Dezember 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Stimmen	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte
Swinebunde	165	211	—	—	—
Damburg	761	910	—	—	—
Berlin	761	910	—	—	—
Stredobaden	761	910	—	—	—
Wahnen	761	910	—	—	—
Wicu	761	910	—	—	—

Wetter-Broschüre für Sonnabend, den 9. Dezember 1899.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten teils ich mit, daß mein lieber Mann, der Wähler Heinrich Thomas am 6. d. M., nachts 11 1/2 Uhr, nach länger, schwerer Krankheit verschieden ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Totenkirchhofes in Rudow (Hermannstraße) aus statt. 12799

Die trauernde Witwe.

Todes-Anzeige. 12855

Am 6. Dezember verstarb unser Kollege Heinrich Thomas. Dies allen Bekannten zur Nachricht. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Totenkirchhofes in Rudow (Hermannstraße) aus statt. Die Kollegen der Wagnersfabrik von L. Schmidt.

Verein der Cöper Berlin u. Umgegend.

Am Mittwoch, den 6. Dezember cr., verstarb unser Mitglied Kollege Carl Jaase im Alter von 29 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Totenkirchhofes in der Prinzen-Allee aus statt. 12825

Um zahlreiche Beteiligung erucht Der Vorstand.

Wilhelmsruh bei Spandau. Am Sonntag, den 10. d. M.: Grobes Gänse-Indivisueln und Ausbieten. wozu alle Freunde und Bekannte eingeladen sind. 12785

Ergebenst Gustav Erbe.

Zu kaufen gesucht: Aeltere sozialistische Literatur, Neue Zeit, Socialdemokrat, Vorwärts, Vorbote, Zukunft, Volks-Zeitung, Volksstaat, Protokolle d. Social-Kongresse, Socialist, Rheinische Zeitung, Werke von Püttmann, Proudhon, Rodbertus, Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Heineken, Weitling, Ruge und andere social. Werke. 3277

C. Calvary & Co., Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Centralverein der Former und Berufsgenossen.

Am Dienstag, den 5. Dezember, starb unser altes und langjähriges Mitglied der Former Carl Schmidt im 61. Lebensjahre. Seine Hinterbliebenen sind: seine Frau Helene Schmidt geb. Matzke. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Totenkirchhofes, Wollankstr. 63 (Seimdamm), aus statt. Um rege Beteiligung erucht Der Vorstand.

Am Donnerstag, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, verschied meine liebe Frau Helene Balleul geb. Matzke. Dies gelte hierdurch an Charlottenburg, 8. Dechr. 1899. Wilhelm Balleul. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Totenkirchhofes, am Finkenbrunnweg, aus statt. 12858

Von Cataracta (grauem Stear) durch neue Behandlungsmethoden des Herrn Dr. Robinski, Berlin (W.), Kurfürstendamm 119, ohne Operation geheilt.

A. Boddin. Rentier und Fondsagent, Berlin (S.), Stallstraße 32 I.

Am Donnerstag, den 7. d. M., nachmittags 4 Uhr, verschied meine liebe Frau Helene Balleul geb. Matzke. Dies gelte hierdurch an Charlottenburg, 8. Dechr. 1899. Wilhelm Balleul. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Totenkirchhofes, am Finkenbrunnweg, aus statt. 12858

Von Cataracta (grauem Stear) durch neue Behandlungsmethoden des Herrn Dr. Robinski, Berlin (W.), Kurfürstendamm 119, ohne Operation geheilt.

A. Boddin. Rentier und Fondsagent, Berlin (S.), Stallstraße 32 I.

Ausverkauf wegen Berufswechsels! Uhren u. Goldwaren spottbillig. Georg Wagner, Skalitzerstr. 126 (nahe dem Kottbuser Thor).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 9. Dezember. Opernhaus. Uda. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Faust. Anfang 7 Uhr. Deutsches. Der Probefandibul. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Josphine. Anf. 7 1/2 Uhr. Berliner. Faust. (I. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Zwei glückliche Tage. Anfang 8 Uhr. Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Hünkel und Gretel. Westen. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr. Reibens. Busch und Reichenbach. Vorher: Die Richtige. Anfang 7 1/2 Uhr. Russen. Kurbad Centrum. Anfang 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weiss. Der Westuntergang. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung: Alchymist. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Die sieben Raben. Victoria. Die Venus von der Markthalle. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Das tapfere Schneiderlein. Belle Alliance. Gasspiel des Schillerfestes. Anfang 8 Uhr. Metrop. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Palast. Susanne im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Kranz. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte. Landwehrstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr. Hofsaal: Dr. Spies: Klaffige Luft.

### Schiller-Theater

(Kallauer-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage. Schwan in 4 Akten von Schönanhan und Adelburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Richter von Zalamea. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Ehre. Montag, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts.

### Thalia-Theater.

Tel. Amt Va 6440. Dresdenstr. 72/73. Drittschöne Woche! Der Plagymajor. Thomas, Thielcher, Helmerding, Junkermann. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der Plagymajor. Freitag, den 15. d. M., zum Beisein der Stiftung: Nationalbald für Veteranen. einmalige Aufführung von: „Der Millionenbauer“. Rolle: Emil Thomas.

### Central-Theater

Direction: José Ferenczy. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Die Geisha. Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Geisha. Von Johann Strauß.

### Cirkus Busch.

Heute, Sonnabend, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: High Life Evening. Zum 30. Male: Die Camorra.

### Die Camorra.

Von der gesamten Presse als das größte und interessanteste Sensations-Schauspiel d. Jahrhunderts anerkannt. Inhaber: Die fahne Reiter-Konkurrenz. Mit Clementine, Wilh. Derling, Mr. Leon und Mr. Glarte. Die Ritter-Tournee des Mittelalters, geritten mit 25 Schulpferden. Mit Vola Lee, Schultzeiterin. Herr Burghardt-Footitt, Schachmeister. Herr u. Milton, Matadore auf Hohen Red. Noch nie dagewesen! Der Sprung des Vollbluters „Chips“ über einen 8 Fuß hohen Kiejen-Gleisanten!!

Morgen, Sonntag, den 10. Dezember 1899, nachmittags 4 Uhr: Signor Moglia mit seinen dreifachen Löwen und Olympische Spiele, worin der Sturz eines brennenden Germanen aus einer Höhe von 150 Fuß ins Wasser. Dandriga-Mann, Spanning, die 50 Fuß hohe Kaskade hinauf und durch das Wasser. Schwimmende und tauchende Gleisanten und Pferde.

## Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur.“ Hofsaal: Dr. Spies: „Klaffige Luft.“ Invalidenstr. 57/62: Tägliche Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Panopticum.

Neu! Anatomisch. Museum. Dienstags für Damen. Passage-Theater. Beginn des Konzerts 6 Uhr, darvorst. 7 Uhr. 15 erstklass. Deb.

### CASTANS PANOPTICUM

Präsident von Transvaal „Ohm“ Krüger und General Joubert mit kriegsgerüsteten Boeren. Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

### Carl Weiss Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Heute nachmittags 3 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung: Alchymist. Jandermärchen mit 50 Bildern von H. v. Dahn. Regie: J. Hill. Preise der Plätze: Gallerie 10 Pf., II. Parterre u. II. Rang 20 Pf., I. Parterre von der 17. Reihe und I. Rang 30 Pf., I. Parterre 50 Pf., Loge 60 Pf. Abends 8 Uhr: Der Westuntergang. Großes Anschauungsbild mit Bezug in 3 Akten (15 Bildern) von Dr. Carl Weiss und Jos. Hill. Musik von R. Fall. Morgen: Der Westuntergang. Vorspielsbildchen haben Gültigkeit. Im Tunnel v. 7 Uhr an Freikonzert.

### Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz. Um 10 Uhr 30: Liane de Vries. Sigmund Steiner. Mirano. Mary Wolf. Brothers Ceado. Freres Kulper. Franc. Rivoli. The 5 Greenwoods. Um 8 Uhr 40: Rund um Berlin. Anfang 8 Uhr.

### Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Das tiefengroße neue Dezember-Programm! 10 erstklassige Spezialitäten. Eben! Alfredo Truppe. Etamen! Ein Morgen in Süd-Afrika. Große anatomische Pantomime. Dazu die unvergleichliche, abendst. mit großem Jubel zum 74. Male aufgeführte Gesangsbarocke Susanne im Bade. Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr. In Vorbereitung: Leuts von heute. Vorspielsbilder sind gültig und in allen Uiguer. Weich. zu haben.

### Cirkus Alb. Schumann.

Heute, Sonnabend, den 9. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr: V. Grand Soiree High Life. Gala-Programm. Neue Debüt. 1. Debut. U. a.: Great american attraction, das größte Wunder des Jahrhunderts. Zum erstenmale auf dem Kontinent: Halb Mensch, halb Pferd und Major Page. 29 Jahre alt - 33 Zoll hoch. 50 lb. Championbayer of the world. Original-Transvaal-Boeren. Zum 21. Male: Großes Ritterkutschspiel. Schwarz und Weiss - mit sämtlichen Einlagen - Sonntag: 2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Brennenstraße 16. Die beiden Reichenmüller. Volksspiel mit Bezug in 4 Akten von Anton Kuno. Nach der Vorstellung Tanzkränzchen. Reichshallen. Stettiner Sänger. Heute, Freitag: „Zu 1000 Neugästen.“ Tagesstoffe 11-1. Anf. präc. 8 Uhr.

### Apollo-Theater.

Nur noch kurze Zeit: The Gothams. Mary Werder. Dressierte Füchse, vorgeführt von Prof. E. Bonetty. The Haytons. Brüder Willé. Cäcille Carola. Adolph Trio. Schindler. Der Kosmograph etc. etc. Anfang 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: Im Reiche des Indra. Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I. Abend-Oberjohanneide. Restaurant Sporthaus. Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Saal Gärten, Reged. u. Kaffee. Dobslaw

### Der Reichsbürger.

Jedermann hat nicht nur Anrecht auf eine Stelle des Bodens, wo er begraben wird, sondern auch auf eine Stelle, wo er leben und arbeiten kann. Niemand soll um Arbeit betteln müssen. Eintritt frei!

## Centralverein der Bildhauer Deutschlands

(Verwaltungsstelle Berlin). Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 9-12 Uhr: Exkursion nach der „Technischen Hochschule“ (Polytechnicum Charlottenburg). Treffpunkt 8 1/2 Uhr in der Borsalle daselbst. Zu erreichen von Station Tiergarten 3 Minuten Fußwegs. Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal von Spielberg, Köpckeplatz 62: Versammlung. Vortrag des Herrn Prof. A. Geheke: „Der Charakter.“ 21/10

### Adlung! Former. Adlung!

Sonntag, den 10. Dezember, mittags 12 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23. Große öffentliche Versammlung der Former und aller in Eisengießereien beschäftigten Arbeiter. Tages-Ordnung: 1. Die Beendigung des Leipziger Streiks. 2. Diskussion. 3. Die schlechten Verhältnisse in verschiedenen Gießereien. Das nächstbeste Vorgehen der Former in mehreren Werksstätten. 4. Auf welche Weise können die Arbeiter das ändern. 61/18 Einem jeden Kollegen Pflicht ist es, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Die Kollegen der Firmen Hoffmann u. Kuhmann, Hartung u. Rosenbergs (Kirdorf), sind extra eingeladen. 3. A.: A. Plath.

## Steinseher und Berufsgenossen.

Sonntag, den 10. Dezember, mittags 12 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Rümnn, Brunnenstraße 188. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Lohnbewegung der Kammer. 3. Bericht und Renzierung der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Bericht des Vertrauensmannes. 5. Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann.

## Verband der Möbelpolierer.

Morgen vormittags punkt 9 Uhr bei Schure: Außerordentliche Vorstandssitzung. Montag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 150: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel über: Die Arbeiterfürsorge in Theorie und Praxis. 2. Bericht über den Ausstand der Kollegen bei Laborenz. 3. Ausgabe der Billets zur Lira am 20. Dezember. 4. Verschiedenes. Kollegen! Heute abend ist Jahrtag. Pflicht jedes Einzelnen ist es, seine Beiträge für dieses Jahr zu entrichten. Der Vorstand.

## Verband der im Bergoldgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Montag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal): Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstätten-Vertrauensleute. 2. Diskussion der Anträge zur Generalversammlung 1900. 3. Abrechnung von der Ratine. 4. Verschiedenes und Franzosen. 226/6 Anträge von Mitgliedern der Filiale Berlin sind an den Vorsitzenden G. Dehler schriftlich bis zum 9. d. M. einzufenden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen. E. Oehlert.

## Bauhändler-Krankenkasse für Berlin u. Umg.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.) Den Mitgliedern von Süd-Ost zur Kenntnis, daß die Zahlstelle von Waldemarstr. 2 nach Wrangelstr. 21, Ecke Paderstraße, zum Restaurant Gratzig verlegt ist und wird von heute an dort laffert. 38/11 Der Vorstand. F. A.: G. Meete.

## Rixdorf. Socialdemokrat. Verein „Vorwärts“

Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Peters Salon, Knesebeckstr. 113. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Victor Fränkl, Rechtsanwält, über: Mietsverträge und Mieterrechte nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Unser diesjähriges 232/16

## Weihnachts-Bergnügen

findet am 26. Dezember (2. Weihnachts-Freitag), nachmittags 4 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/50, statt. Billets à 30 Pf. sind in dieser Versammlung sowie in den Zahlstellen zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## W. Noacks Theater.

Brennenstraße 16. Die beiden Reichenmüller. Volksspiel mit Bezug in 4 Akten von Anton Kuno. Nach der Vorstellung Tanzkränzchen. Reichshallen. Stettiner Sänger. Heute, Freitag: „Zu 1000 Neugästen.“ Tagesstoffe 11-1. Anf. präc. 8 Uhr.

## Apollo-Theater.

Nur noch kurze Zeit: The Gothams. Mary Werder. Dressierte Füchse, vorgeführt von Prof. E. Bonetty. The Haytons. Brüder Willé. Cäcille Carola. Adolph Trio. Schindler. Der Kosmograph etc. etc. Anfang 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: Im Reiche des Indra. Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I. Abend-Oberjohanneide. Restaurant Sporthaus. Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Saal Gärten, Reged. u. Kaffee. Dobslaw

## Der Reichsbürger.

Jedermann hat nicht nur Anrecht auf eine Stelle des Bodens, wo er begraben wird, sondern auch auf eine Stelle, wo er leben und arbeiten kann. Niemand soll um Arbeit betteln müssen. Eintritt frei!

## Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die für die Wahlperiode 1899 und 1900 gewählten Delegierten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, werden hierdurch zu einer Ordentlichen General-Versammlung am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 17. Dezember 1899, vormittags 10 und 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, ergebenst eingeladen. Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, zwei auf zwei Jahre, einer auf ein Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheiden aus die Herren Schulz, Israel und Göge.) Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Tages-Ordnung: 1. Bestätigung des Vertrages pro 1900 mit dem Verein der freiwilligen Kassenärzte. 2. Bestätigung von vier Vertretern mit vier Kassenbeamten. 3. Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1899. 4. Mitteilungen des Vorstandes. Schluss der allgemeinen Generalversammlung.

## Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Leberhöfe Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Wirt in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nichtfalte u. Rappnähte. Beste Leder-Bilrot-Taschen, die Hofe (Bei Entnahme von) 4 Mf. 50 (6 Stück 26 Mf.) Acht indigoblaue Jackett für Radfahrer, Monteur etc. 1 Mf. 90 Acht indigoblaue Hofe dito 1 Mf. 50 Prima Wandkoffer Hofe 8.-, 4 Mf. 75 Gefalteter Wandkoffer Jackett 13.-, 9.- Herge-Rittel, geblickt Kessel 2 Mf. Hofer-Rittel in Weizen-Mit. 2 Mf. 25 Wechamer-Rittel (braun) 2 Mf. 40 Weiches Leder-Jackett, gefalteter, zweifach 7 Mf. 50 Weiche Leder-Hofe, Prima Ware 3 Mf. 75

## Baer Sohn

En gros Export. En detail. Chaukestr. 24. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 14te Schuljahr-Preisliste 1900 über gelamte Herren- und Knaben-Bestellung (Kaufge 1 Million) ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugelandt. 27019\* Versand von 20 Mf. an franco. Bei Bestellung genügt Angabe der Stadt u. Bundesweite u. Schriftlänge.

## Maehrs Theater

Oranienstr. 24. Täglich: „Mit vollen Segeln“. Lebensbild in 3 Akten von Hugo Schulz. Vorher: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Fond montags gültig. Nachdruck verboten!

## Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabend: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Anf. Sonntag 7 1/2, wochent. 8. Sonntag und Donnerstag nach der Soiree Tanz.

## American-Theater.

Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnabl. Mrs. Darious Tableaux vivants und 10 erstklassige Debüt. „Berlin ulkt!“ Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chaukestr. 24. Vortrag von Dr. Hans Brackebusch: „Das Recht des Reichsbürgers“

## H. Imbs, Ostbahnhof, Rüdersdorferstr. 71.

Keine Festfälle sind noch am Sonnabend, den 6. und Sonnabend, den 20. Januar 1900, zu Vereinsfestlichkeiten zu vergeben. 32159\*

## Verpändel gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- und Herren-Montoir-Uhren mit feinsten Werken, unter zweijähriger Garantie, goldene Ketten, Ringe, Trauringe, sämtl. Goldwaren, Brillanten, Ringe, Ohrringe, Broschen, alles modern, wie neu, verkauft sportlich, ebenlo 70/17\*

## Fahrräder

Concess. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11. 1360R\* Hans Kayser Götlicher Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen. Weihnachtsbäume von 50 Pf. an. Schol. R. 23. Brückenstr. 63. 1288\*